

25. Jahrgang

Nr. 3



September 2014

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung des sozialen Organismus

1914–2014: Wo stehen
wir mit der Dreigliederung?

Mikrokredite – Fluch
oder Segen für die Ärmsten?

Nachhaltige
Entwicklung?

Zeichen der Zeit,
Berichte

Termine,
Literatur

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert – Brennpunkte des Zeitgeschehens
(Christoph Strawe) _____ 3

1914–2014: Wo stehen wir heute?
Die Entwicklungsperspektiven der sozialen Dreigliederung und die Katastrophen des 20. Jahrhunderts (Christoph Strawe) _____ 5

Zeitenwende Erster Weltkrieg.
Zu Markus Osterrieders Buch (C. Strawe) _____ 9

Mikrokredite – Für die Ärmsten der Armen Fluch oder Segen?
(Christian Kreiß / Jochen Splettstößer) _____ 14

Überleben setzt leben können voraus – Nachhaltige Entwicklung (Otto Ulrich) _____ 22

Zeichen der Zeit

Ukraine – kritische Solidarität (Kai Ehlers) _____ 27

Kommunale Auswirkungen von TTIP und TISA
(Wilhelm Neurohr) _____ 28

Fuck the EU (Roland Benedikter) _____ 32

Berichte _____ 37

EU-Kommission lehnt EBI gegen TTIP ab |
Vereinsrechtsform unter Beschuss

Gedenken an Michael Rist _____ 38

Termine _____ 39

Europaweit | München-Ismaning | Stuttgart |
Dornach | Konstanz | Braunschweig | Achberg |

Literatur _____ 41

C. Strawe | M. Osterrieder | Th. Mayer / Roman Huber

Kolloquium, Netzwerktreffen, Seminar _____ 43

Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 18630480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsarbeit: Katharina Offenborn. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600) oder in bar. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

„Nie wieder Krieg!“ Das wünschten sich Millionen Menschen nach den beiden Weltkriegen. Millionen Menschen engagierten sich in der Friedensbewegung gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, gegen den Vietnam-Krieg und gegen die Nachrüstung. 1989 schien eine friedliche und gerechte Welt greifbar nahe. Doch bald schon erwies sich diese Hoffnung als trügerisch angesichts der Realität von Hass, Machtstreben und Rüstungsinteressen. Viele Menschen haben zunehmend Angst, dass auch in Europa die lange Friedensperiode zu Ende gehen könnte.

War unser Friedensengagement vergebens? Bleibt nur Resignation? Das kann nicht sein, wo es uns Menschen doch in der Vergangenheit immer wieder gelungen ist, Kriege und Bürgerkriege beizulegen. Protest ist wichtig, um wachzurütteln. Aber Protest ist per definitionem reaktiv. Die Katastrophe muss bereits eingetreten sein, damit man gegen sie protestieren kann. Daher muss die Friedensbewegung und müssen die mit ihr sympathisierenden politischen Kräfte nach Ansatzpunkten zum proaktiven Handeln für eine friedlichere Welt suchen. In alten Zeiten galt der Satz „Si vis pacem, para bellum“ – „Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor“. In der heutigen Zeit muss aber vielmehr der andere Satz gelten: „Si vis pacem, para pacem“, „Wenn Du den Frieden willst, bereite den Frieden vor“. Den Frieden vorbereiten heißt, aktive Abrüstungs- und Verständigungspolitik zu betreiben, es heißt vor allem aber auch, für eine Gesellschaft zu arbeiten, in der die Menschenrechte aller respektiert werden und dadurch ein wirklicher Friedenszustand erreicht werden kann. Frieden ist mehr als Nicht-Krieg!

Um in diesem Sinne proaktiv handeln zu können, muss man aber erst einmal die Ursachen bewaffneter Konflikte verstehen. Deshalb ist die gegenwärtige Diskreditierung des Wortes „verstehen“ etwas Entsetzliches. „Versteher“ ist zum Schimpfwort geworden, als ob das Verstehen der jeweils anderen Seite nicht gerade eine Voraussetzung zu jedweder Konfliktlösung ist. Verstehen heißt ja nicht, alles für richtig zu halten. Nicht umsonst sagt man: Alles verstehen heißt nicht alles verzeihen. Wer versteht, ist jedoch in der Lage, Empathie für die Opfer aufzubringen und die Perspektive der Akteure einzunehmen – und das ist als solches ein erster Schritt zum Frieden.

Auch in diesem Heft versuchen wir, zum Verstehen der sozialen Probleme der Zeit und der Handlungsmotive der unterschiedlichen Akteure beizutragen – letztlich immer mit dem Ziel, eine proaktive Praxis des Engagements für eine freiere, friedlichere und gerechtere Welt zu fördern. Sie finden einen Aufsatz zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, eine Untersuchung über Mikrokredite, einen Artikel über „nachhaltige Entwicklung“ sowie Beiträge zur Ukraine, zu TTIP, zum Verhältnis USA-EU und vieles andere mehr. ■

Ihr 

Notiert – Brennpunkte des Zeitgeschehens

10. Juni bis 18. September

Christoph Strawe

Deutschland

Die NPD scheitert mit einer Klage gegen den deutschen Bundespräsidenten Gauck, der die Neonazis weiterhin als „Spinner“ bezeichnen darf +++ In einer spektakulären Rettungsaktion wird der verunfallte Höhlenforscher Johann Westhauser trotz Verletzung wohlbehalten aus den Tiefen der Berchtesgadener Alpen herausgeholt +++ Ex-Bundespräsident Wulff stößt mit seinem Buch „Ganz oben, ganz unten“ eine Debatte über die Rolle der Medien an +++ Schwere Unwetter an Rhein und Ruhr richten großen Schaden an +++ Der Deutsche Bundestag beschließt die Neufassung des Gesetzes über erneuerbare Energien. Erklärtes Ziel ist, das Anwachsen der Strompreise zu bremsen. Kritiker halten das Gesetz für geeignet, die Energiewende auszubremsen, und monieren, dass es sich an den Interessen der großen Energiekonzerne orientiere +++ Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) befürwortet die Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen. Um diese Frage ist ein heftiger Streit entbrannt +++ Der Deutsche Bundestag beschließt endgültig die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro ab 2015, nachdem nach langen Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern Einigkeit über Ausnahmeregelungen erzielt worden ist +++ Nach gravierenden Spionagefällen hat die Bundesregierung den Vertreter der Geheimdienste in der US-Botschaft aufgefordert, das Land zu verlassen. Ein Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, dem Spionage für die USA zur Last gelegt wird, wird in U-Haft genommen. Dennoch ist die Bundesregierung nach wie vor bestrebt, den Konflikt herunterzuspielen +++ Deutschland hält unter den Einwanderungsländern der Welt inzwischen den 2. Platz nach den USA +++ In Deutschland ist in den letzten Jahren die Internet-Kriminalität stark angestiegen +++ Der Berliner Oberbürgermeister Klaus Wowereit, zuletzt wegen der Skandale um den Großflughafen BER in die Schlagzeilen geraten, kündigt seinen Rückzug vom Amt für Dezember an +++ Krankenkassen und niedergelassene Ärzte einigen sich in Verhandlungen über die Anhebung der Vergütung um ca. 800 Millionen Euro. Die Ärzte hatten zunächst 5 Milliarden gefordert +++ Der Streit um die Vorschläge von CSU-Verkehrsminister Dobrindt zu einer PKW-Maut hält auch in der CDU an. Finanzminister Wolfgang Schäuble warnt vor einem finanziellen Desaster, die Kanzlerin mahnt zur Koalitionsdisziplin +++ Finanzminister Schäuble plant angeblich die Abschaffung des Solidaritätszuschlages, was durch Anhebung anderer Steuern kompensiert werden soll +++ Landtagswahlen in Sachsen und zwei Wochen später in Thüringen und Brandenburg. In Sachsen gibt es mit 49,1 % einen Negativrekord bei der Wahlbeteiligung, die CDU gewinnt klar mit 39 %, die FDP scheitert in allen drei Bundesländern an der 5-Prozent-Hürde – Schwarz-Gelb ist damit in Sachsen Geschichte. In Thüringen ist rechnerisch sowohl eine

große Koalition als auch eine rot-rot-grüne Regierung unter Führung der Linkspartei möglich. Letztere liegt überall weit vor der SPD. Die AfD ist in allen drei Landtagen vertreten +++ Der Journalist und Publizist Peter Scholl-Latour ist tot. Er galt als profunder Kenner des Nahen Ostens und war ein scharfzüngiger Kritiker offizieller Politik, zuletzt in seinem posthum veröffentlichten Buch „Der Fluch der bösen Tat – Das Scheitern des Westens im Orient“. Er stellt darin u.a. die These auf, die USA seien ein „gefährlicher, dubioser Partner“ +++ Verstärkte öffentliche Debatte über den Verfall der Infrastruktur in Deutschland mit dem Vorwurf, nötige Milliardeninvestitionen in Schiene, Straße, Bildung, Forschung usw. würden unterlassen +++

Europa

Ein europäischer Ratsgipfel in Brüssel nominiert den Spitzenkandidaten der konservativen Europäischen Volkspartei bei den Europaparlamentswahlen Jean-Claude Juncker für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission. Großbritannien hatte lange dagegen opponiert, sich aber nicht durchsetzen können. Juncker erhält im Europaparlament schließlich die notwendige Mehrheit und kann sein Amt antreten. Vor dem Gipfel hatten die Staats- und Regierungschefs in der belgischen Stadt Ypern des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs gedacht +++ Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs darf die BRD beim Umzug türkischer Bürger zum Ehepartner nach Deutschland keine Sprachtests mehr verlangen. Der EuGH findet, dass diese mit der vereinbarten Niederlassungsfreiheit in der EU nicht vereinbar sind +++ Frankreich hat eine neue Regierung, Premierminister bleibt Manuel Valls +++ Jean Claude Juncker stellt die neue EU-Kommission vor, über die das Europa-Parlament noch abstimmen muss. Er zieht mit sieben Vizepräsidenten – die meisten von Ihnen sind ehemalige Ministerpräsidenten – eine neue Hierarchieebene in die Kommissionsstruktur ein, womit eine stärkere Effizienz erreicht werden soll. Besonders heftig wird kritisiert, dass der Brite Jonathan Hill Finanzkommissar werden soll. „Damit wäre ein Banken-Lobbyist für die Finanzmarktregulierung zuständig“, so der grüne Europaabgeordnete Sven Giegold. Wodurch sich Günther Oettinger für das Amt des Digitalkommissars qualifizierte, hat sich bisher nur wenigen erschließen können. Es ist davon auszugehen, dass Juncker eine Stärkung der Kommission gegenüber dem Rat anstrebt und dafür mit dem Parlament stärker kooperieren will +++ Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD – ihr gehören 34 Industriestaaten an – fordert die Europäische Zentralbank EZB zu weiteren konjunkturbelebenden Maßnahmen auf, weil sonst eine wirtschaftliche Stagnation drohe. Zu den über die bereits vorgenommenen Leitzinssenkungen hinaus vorgeschlagenen Maßnahmen gehört der Ankauf von Wertpapieren im großen Stil. In Teilen der Finanzwelt und Politik wird die Geldpolitik der EZB als zu locker kritisiert +++ In einem Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands stimmen am 18. September 55 Prozent der Schotten mit Nein. Nachdem die Ja-Befürworter in Umfragen zugelegt hatten, hatten britische Spitzenpolitiker alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Stimmung noch zu kippen +++

Brennpunkt Ukraine

W

Weitere Zuspitzung des Ukraine-Konflikts: Die sog. Separatisten schießen ein ukrainisches Militärflugzeug ab, die Ukraine weitet ihr militärisches Engagement in der Ostukraine aus, dabei werden nicht nur Soldaten, sondern auch zahlreiche Zivilisten Opfer der Kampfhandlungen +++ Versuche, eine langfristige Waffenruhe herbeizuführen, scheitern immer wieder +++ Die EU verhängt Sanktionen gegen Russland, das seinerseits u.a. mit einem Embargo für Agrarprodukte reagiert +++ Gegenseitige Beschuldigungen der Ukraine bzw. ihrer Verbündeten und Russlands, dass letzteres Truppen in die Ostukraine einsickern lasse bzw. dass erstere den militärischen Konflikt anheize und Söldner engagiere +++ Interne Spannungen lassen kurzfristig den Bruch der ukrainischen Regierungskoalition befürchten +++ Auseinandersetzungen über die Kontrolle der Fracht eines russischen Hilfskonvois für den Donbass +++ Über ostukrainischem Gebiet stürzt eine Maschine der Malaysian Airlines ab, 298 Insassen sterben, ein Abschuss gilt als wahrscheinlich. Die weltweite Empörung heizt den Konflikt an, noch bevor klare Untersuchungsergebnisse vorliegen, ist man mit gegenseitigen Schuldzuweisungen bei der Hand +++ Der russische Präsident Putin bezeichnet das Gebiet der Ostukraine als „Neurussland“ +++ Neue EU- und US-Sanktionen gegen Russland +++ Neue Waffenruhe, Präsident Poroschenko erklärt, dass 70 Prozent der Russen abgezogen seien. Zugleich gibt es Pläne, eine Grenzsicherungsanlage an der Ostgrenze der Ukraine anzulegen +++ Ein Bericht der niederländischen Untersuchungskommission zum Absturz des Flugs MH17 bestätigt mit hoher Wahrscheinlichkeit die Zerstörung durch eine Bodenlufrakete, kommt aber zu keinem Ergebnis, was die Frage betrifft, wer diese abgefeuert hat +++

Brennpunkt Naher Osten

I

Im Irak nehmen Militäreinheiten der Gruppe Islamischer Staat (IS oder ISIS) die Stadt Mossul ein und nähern sich Bagdad, die irakische Armee erweist sich als unfähig, mit den IS-Kämpfern fertig zu werden, die schließlich ein zusammenhängendes Territorium in Irak und Syrien kontrollieren. Die Gruppe IS ist aus dem Widerstand gegen die US-Besetzung des Irak hervorgegangen. IS ist besonders auch durch die Einmischung in den syrischen Bürgerkrieg erstarkt, in ihren Reihen kämpfen Dschihadisten aus vielen Ländern, u.a. auch aus Deutschland. Im Irak nutzt sie geschickt die Diskriminierung der sunnitischen Minderheit durch die Regierung al-Maliki. IS ruft im Juni ein „Kalifat“ aus und bekundet damit einen Führungsanspruch in der arabischen Welt. Sie lässt so die Absicht erkennen, einen umfassenden sunnitischen Gottesstaat zu schaffen. Die IS verbreitet Furcht und Schrecken durch Massenhinrichtungen, die Verfolgung aller Andersgläubigen und die Ermordung von Geiseln. Militärisch sind ihr zunächst am ehesten kurdische Militärformationen gewachsen. Die USA greifen durch Bombardements gegen IS-Stellungen in den Konflikt ein. Der Rücktritt von al-Maliki wird erzwungen, die US-Bombardements schließlich ohne völkerrechtliche Legitimation auf syrisches Gebiet ausgedehnt. Eine Reihe westlicher Länder leistet Militärhilfe. Die deutsche Bundesregierung beschließt,

Waffen an die kurdische Peschmerga zu liefern. Eine militärische Unterstützung der PKK-Einheiten, denen die Rettung einer großen Zahl von Jesiden vor dem IS-Terror zu verdanken ist, ist nicht vorgesehen +++ Der Nahost-Ost-Konflikt eskaliert, nachdem zwei von der Hamas entführte israelische Jugendliche tot aufgefunden werden, – worauf ein Palästinenserjunge von israelischen Extremisten brutal ermordet wird. Als Reaktion auf den Raketenbeschuss israelischer Siedlungen aus dem Gaza-Streifen beginnt die israelische Armee massive Bombardements und zerstört zahlreiche Gebäude. Immer wieder kommt es dabei zu zivilen Opfern, vor allem Kindern. U.a. wird eine UN-Schule getroffen. Weltweit wird gegen die Unverhältnismäßigkeit und Grausamkeit des Einsatzes protestiert. Umgekehrt benutzt die Hamas Zivilisten als Schutzschilde und blockiert ihrerseits eine Deeskalation. Israel startet auch eine Bodenoffensive, deren Ziel offiziell die Zerstörung des Tunnelsystems der Hamas ist. Zeitweilige kurzfristige Waffenstillstandsvereinbarungen halten nicht lange, Hunderttausende Gaza-Bewohner sind auf der Flucht +++

Welt

H

Hillary Clinton promotet ihr neues Buch „Hard Choices“. Es wird gemutmaßt, dass sie damit eine Kandidatur für die nächsten Präsidentschaftswahlen in den USA vorbereiten will +++ Zahlreiche Terroranschläge in Nigeria +++ Im brasilianischen Fortaleza trifft sich die sog. BRICS-Gruppe, der Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika angehören. Die Gruppe beschließt, einen eigenen Währungsfonds und eine eigene Entwicklungsbank zu gründen +++ Die südafrikanische Schriftstellerin Nadine Gordimer, eine Vorkämpferin der Bewegung gegen die Apartheid, ist tot +++ Schwere Flugzeugunglücke in Taiwan und Mali +++ In Westafrika breitet sich die bisher unheilbare Fieberepidemie Ebola immer weiter aus. Zuletzt häufen sich die Fälle auch in Nigeria, was die Sorgen vor einer weltweiten Weiterverbreitung verstärkt. Die Weltgesundheitsorganisation WHO ruft den Notstand aus +++ Durch Hackerangriffe, die vermutlich von russischen Hackern ausgehen, werden über eine Milliarde Internet-Passwörter erbeutet +++ Kieu Samphan und Nuon Chea, die zu den wenigen überlebenden Haupttätern der Roten Khmer gehören, werden zu lebenslanger Haft verurteilt. Man schätzt, dass während der Schreckensherrschaft der Roten Khmer 1975 bis 1978 bis zu 2,2 Millionen Kambodschaner ermordet wurden +++ Bei der Fußballweltmeisterschaft in Brasilien setzt sich Deutschland im Endspiel gegen Argentinien durch +++ In der nordamerikanischen Kleinstadt Ferguson wird ein junger Farbiger – obwohl friedlich und unbewaffnet – von der Polizei erschossen. Daraufhin kommt es über Tage und Wochen zu Massenprotesten und Unruhen gegen den immer noch vorhandenen Rassismus. Dabei gibt es ein zweites Todesopfer durch die Polizei +++ In Argentinien wird ein Gesetz beschlossen, mit dessen Hilfe das Land hofft, weiter seine Schulden bedienen zu können. Damit reagiert Argentinien auf das vor einiger Zeit verhängte Urteil eines US-amerikanischen Bundesrichters, der dem Land zu diktieren versuchte, dass die Zahlungen an einen Hedgefonds in Höhe von 1,3 Mrd. Dollar absoluten Vorrang haben ■

1914 – 2014: Wo stehen wir heute?

Die Entwicklungsperspektiven der sozialen Dreigliederung und die Katastrophen des 20. Jahrhunderts

Die Krisen der Gegenwart spiegeln, dass zahlreiche Probleme, die zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit beigetragen haben, nach wie ungelöst sind. Soziale Dreigliederung ist aktueller denn je.

Christoph Strawe

Der vorliegende Text stützt sich auf einen Vortrag, den der Autor zur Eröffnung eines Dreigliederungs-Regionaltreffens in München am 27./28. Juni 2014 gehalten hat. Der Versuch, die Dreigliederungsarbeit in der Region stärker zu beleben, fiel zusammen mit dem 100. Jahrestag des Attentats von Sarajewo am 28.6.1914. Während des I. Weltkriegs und in gewissem Sinne als Antwort auf ihn beginnt R. Steiner mit seiner Arbeit für eine Dreigliederung des sozialen Organismus. Deshalb ist dieser Tag ein ganz besonderes Datum, wenn es um die Frage geht: Wo stehen wir heute mit der Dreigliederung?

Der Weltkrieg und seine katastrophalen Resultate

In diesen Tagen wird der Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit vielen Details in den Medien dargestellt. An dieser Stelle muss eine stichwortartige Darstellung der Ereignisse genügen: Am 28. Juni 1914 erschießt der Attentäter Gavrilo Princip¹ den

¹ Princip galt als Mitglied der revolutionären Untergrundorganisation Mlada Bosna, „die in Verbindung mit offiziellen Stellen Serbiens stand bzw. gebracht wurde. Hauptmotive waren die Befreiung Bosnien-Herzegowinas von der österreichisch-ungarischen Herrschaft mit dem Ziel einer Einigung der Südslawen unter Führung Serbiens“. (http://de.wikipedia.org/wiki/Erster_Weltkrieg)

österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau. Das ist der Auslöser der sog. Juni-Krise, die zum Ausbruch eines Krieges führt, der 17 Millionen Menschenleben fordert, 8 Millionen zu Kriegsinvaliden macht und das Gesicht der Welt verändert, – eine „Urkatastrophe“, der weitere Katastrophen folgen.

Dass die Ereignisse diesen Verlauf nehmen konnten, hat auch damit zu tun, dass das Bewusstsein der Akteure verdunkelt war, was zuletzt der Historiker Christopher Clark in seinem Buch „Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ herausgearbeitet hat.²

Europa stolpert in die Katastrophe. Das bestehende Geflecht von Bündnisverpflichtungen entfaltet eine Eigendynamik, die sich in Folge der Bewusstseins-trübung vieler Akteure immer weniger eindämmen lässt. Wieweit bewusste Eingriffe oder Unterlassungen an der Entfesselung eines Krieges interessierter Kreise dazu beitragen, dass diese Dynamik nicht gebrochen werden kann, mag an dieser Stelle dahingestellt bleiben. Dass es in allen Lagern solche Kreise gab, ist schwer zu bestreiten.

Schritte, die in den Abgrund führen: Reichskanzler Bethmann-Hollweg und Kaiser Wilhelm II. stellen sich bedingungslos hinter Österreich (der sog. „Blankoscheck“, 5. Juli). Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien (23. Juli). Mobilmachung der serbischen Armee. Russland sagt Serbien militärischen Beistand im Konfliktfall zu (25. Juli). Französisch-russische Allianz wird bekräftigt. Österreich-Ungarn erklärt Serbien den Krieg (28. Juli). 30. Juli: russische Mobilmachung, der tags darauf die Generalmobilmachung in Österreich-Ungarn folgt. Deutsche Kriegserklärung an Russland am 1. August. Generalmobilmachung in Deutschland und Frankreich. Deutscher Einmarsch in Luxemburg und Ultimatum an Belgien mit Forderung nach freiem Durchmarsch. 3. August: Kriegserklärung an Frankreich. England macht mobil. 4. August: Großbritannien als Garantmacht der belgischen Neutralität im Kriegszustand mit Deutschland. Deutsche Truppen marschieren in Belgien ein. 6. August: Kriegserklärung Österreichs an Russland und Serbiens an Deutschland.

Das Verhängnisvolle ist: In Deutschland existiert für den Fall eines Zweifrontenkrieges – wie er durch die Beteiligung Russlands und Frankreichs gegeben ist – nur ein militärischer Plan (der berühmte „Schlieffen-Plan“): Der Zweifrontenkrieg, so der dahinterstehende Gedanke, sei nur zu überstehen, wenn Frankreich durch einen raschen Vorstoß besiegt werde, damit dann alle Kräfte im Osten eingesetzt werden können. Der Vorstoß könne nur unter Umgehung der stärksten französischen Befestigungsanlagen über belgisches Territorium erfolgen.

Damit ist der Bruch der belgischen Neutralität von vornherein eingeplant. Ein Plan B existiert nicht, der Politik bleibt keinerlei Spielraum. Man glaubt zwar

² Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2013 (Januar 2014 in 10. Auflage).

damals an den Satz des preußischen Generals und Militärtheoretikers Carl von Clausewitz, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. R. Steiner stellt dazu fest, diese Aussage sei so sinnvoll wie der Satz, die Scheidung sei die Fortsetzung der Ehe mit anderen Mitteln. In Wirklichkeit sei der Krieg das Scheitern der Politik wie die Scheidung das Scheitern der Ehe darstelle. Für Kriege und Revolutionen brauche man keine Ideen, sehr wohl aber für eine Friedensordnung.³ Verhängnisvoll ist in diesen Wochen auch, dass sozialistische Parteien „Burgfrieden“ mit ihren Gegnern schließen und von der Politik eines gemeinsamen Kampfs der Völker gegen den Krieg abrücken. Die SPD etwa bewilligt am 4. August die Kriegskredite – und unterliegt dabei der Bewusstseinstrübung, mit der ‚Verteidigung‘ gegen Russland als ‚Hort der Reaktion‘ den Weg des kleineren Übels zu gehen. Dieser „Verrat“ treibt Teile der Kriegsgegner in die Arme der Bolschewiki, die die Parole ausgeben, der imperialistische Krieg müsse in einen Bürgerkrieg umgewandelt werden.

Die Kalkulationen der militärischen und politischen Eliten der Mittelmächte erweisen sich als illusionär. Der deutsche Vormarsch läuft sich an der Marne fest. Der Stellungskrieg mit seinen Materialschlachten beginnt. Nach dem Kriegseintritt der USA 1917 kann niemand, der nüchtern nachdenkt, noch Siegeshoffnungen für die Mittelmächte hegen.

Es kommt, wie es kommen muss: Am Ende stehen militärischer Zusammenbruch und Kapitulation, der Zerfall des Deutschen Kaiserreichs und der k.u.k. Monarchie. Wenig später verschwindet auch das Osmanische Reich. 1917 beginnt bereits der Aufstieg der USA und Russlands zu den Supermächten, als die sie sich viele Jahrzehnte in einer entscheidenden Position halten werden. Der Friedensvertrag von Versailles mit seinen drückenden Lasten für die Besiegten, die gezwungen werden, ihre Alleinschuld am Krieg zu unterschreiben, enthält den Keim zu neuen Katastrophen. Er wird von vielen als Schmach erlebt. Die reaktionären Kräfte in Deutschland lancieren die verlogene „Dolchstoßlegende“, der zufolge die Novemberrevolution dem im Feld angeblich unbesiegten Heer in den Rücken gefallen sei. Das ist der Nährboden für die Propaganda und den Terror der Feinde der Weimarer Republik. So kann Hitler seine Demagogie entfalten, können die Nazis die Macht ergreifen⁴, den Zweiten Weltkrieg entfesseln und beispiellose Verbrechen gegen die Menschheit – bis hin zur Shoah – begehen.

Zum ersten Mal in der Geschichte wird im Ersten Weltkrieg das Töten von Menschen „industrialisiert“, Panzer und Flugzeuge treten auf den Plan, Massenvernichtungswaffen kommen zum Einsatz. Bei Ypern⁵ verwenden die Deutschen erstmals Giftgas. Ohne solche Grenzüberschreitungen sind weder Auschwitz noch die spätere Weiterentwicklung

der Vernichtungswaffen bis hin zur Atombombe zu verstehen. Das Wort von der „Urkatastrophe“ ist daher durchaus sachgemäß.

Erster Weltkrieg, Sieg des Bolschewismus und Entwicklung des Stalinismus, Zweiter Weltkrieg und die folgende Spaltung Europas und das Gleichgewicht des Schreckens hängen miteinander zusammen.

Konstellationen, die den Weltkrieg möglich machten

Wir müssen uns nun fragen, welche Elemente sich im Ursachenkomplex des Ersten Weltkrieges zeigen, die in den weiteren Krisen und Katastrophen bis heute ebenfalls anzutreffen sind – wenn auch vielleicht in gewandelter Form – bzw. welche Elemente heute als überwunden gelten können.

Mir geht es dabei um eine erste Annäherung, die Grundthemen sichtbar machen soll. Für eine ausgedehntere historische Analyse des Weltkrieges gibt es Berufenerere als den Autor, beispielsweise Markus Osterrieder, dessen Opus Magnum „Welt im Umbruch. Nationalitätenfrage, Ordnungspläne und Rudolf Steiners Haltung im Ersten Weltkrieg“ den LeserInnen auf S. 9 und 10 in diesem Heft vorgestellt wird.⁶ Auch an die Pionierarbeit Christoph Lindbergs darf in diesem Zusammenhang erinnert werden.⁷

Es ist für das Verständnis wichtig sich klarzumachen, in welchem gesellschaftlichen Kontext sich die bereits erwähnte Bewusstseinsverdunkelung als entscheidender Auslöser des Weltkrieges vollzog. Sie konnte nur so verheerend wirken, weil soziale Fehlentwicklungen bereits zur Anhäufung brandgefährlicher Konfliktpotenziale geführt hatten, zu einer verhängnisvollen Verquickung von Profitinteressen des Kapitals, beispielsweise der Rüstungsindustrie, und Machtinteressen der zentralistischen nationalen Einheitsstaaten – die wiederum für fehlgeleitete national-kulturelle, religiöse oder spirituelle Ambitionen instrumentalisiert wurden. All dies ergab eine äußerst explosive Konstellation.

Unselige Verquickungen von Staat, Kultur und Ökonomie

Rudolf Hilferdings Werk „Das Finanzkapital“⁸ beschreibt 1910 die Verschmelzung des Bank- und Industriekapitals zum Finanzkapital als Charakteristikum der jüngsten Entwicklung des Kapitalismus. Das Finanzkapital nimmt Einfluss auf den Staat, um ihn für seine ökonomisch expansiven Zwecke zu instrumentalisieren. Für den Staat wiederum wird eine starke Ökonomie zur Basis seiner politischen und militärischen Machtenfaltung. Am Projekt der

⁶ Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 2014.

⁷ Vgl. die entsprechenden Passagen von Lindbergs großer Steiner-Biografie (Rudolf Steiner – Eine Biographie: 1861–1925, 2 Bände, Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1997).

⁸ Eine Studie zur jüngsten Entwicklung des Kapitalismus. Wien 1910. Lenin benutzt Hilferdings Analyse später für Zwecke seiner Revolutionstheorie in seiner Schrift: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916).

³ Vortrag vom 12. Februar 1919, GA 328, Dornach 1977, S. 98.

⁴ Nachdem bereits im Oktober 1922 Mussolini erfolgreich auf Rom marschiert war.

⁵ In Ypern trafen sich vor einem Brüsseler Gipfel am 27. Juni die Regierungschefs und Staatsoberhäupter der EU zum Gedenken an den Jahrestag des Attentats und seiner Folgen.

Bagdad-Bahn kann man die Verflechtung und gegenseitige Überlagerung wirtschaftlicher und politischer Gesichtspunkte und Interessen studieren.⁹

Die Verquickung von Profit- und Machtstaatsinteressen bildet den Boden für miteinander konkurrierende imperialistische Bestrebungen. Die europäische Expansion seit Beginn der Neuzeit hatte zu einer Aufteilung der Welt unter die großen staatlich organisierten Nationen geführt. Als Ergebnis der Aufteilung gibt es am Beginn des 20. Jahrhunderts Gewinner und zu kurz Gekommene. Mögliche Kriegsmotive haben beide: die einen das Motiv, das Ergebnis der Aufteilung zu ihren Gunsten zu korrigieren, die anderen, ihr Imperium zu sichern und zu konsolidieren, günstigstenfalls sogar noch zu erweitern.

In Deutschland, das seinen „Platz an der Sonne“ vermeintlich erst noch suchen muss, propagieren die „Alldeutschen“ den „Griff nach der Weltmacht“ – so auch der Titel eines berühmten Buches von Fritz Fischer¹⁰. Dieser stellte den bis dahin vielfach unterschätzten deutschen Anteil an der Katastrophe heraus – allerdings in einer Einseitigkeit, die wiederum Korrekturen hervorgerufen hat, wie das zitierte Buch von Christopher Clarke. In England gibt es einflussreiche Kreise, die die angelsächsische Weltmacht konsolidieren und ausweiten wollen. Unter ihnen sind Akteure, die dieses Ansinnen sogar als okkult begründete geschichtliche Notwendigkeit betrachten. In Frankreich träumen viele von der Revanche für 1871 und von der Verlagerung der Ostgrenze an den Rhein, auch verfolgt man koloniale Kriegsziele.

Neben den Verflechtungen von Ökonomie und Politik spielt die Verquickung geistig-kultureller Intentionen und Einrichtungen mit politisch-ökonomischen Strukturen eine verhängnisvolle Rolle. Das zeigt sich überall da, wo religiöser Fanatismus sich des Staates bemächtigt oder ihn benutzt, um Konflikte zwischen Menschengruppierungen zu schüren – nach der Devise „Divide et impera“. Es gibt auch Beispiele dafür, dass elitäre Gruppierungen die Menschheitsevolution beeinflussen wollen und deshalb Staatsstrukturen für eine „okkulte Geopolitik“ zu instrumentalisieren versuchen – was über die genannten Profit- und Machtinteressen noch weit hinausgeht.¹¹

Völkerhass und Kriegsbegeisterung

Wo immer sich Nationalkultur und staatlicher Machtgedanke mischen, ist die Steigerung des Nationalismus zum Chauvinismus vorprogrammiert, – ein Chauvinismus, der zugleich benutzt wird, um die Völker dazu zu bringen, sich im Krieg für partikulare

Interessen, die als allgemeine ausgegeben werden, zu opfern. Zur Bewusstseinsstrübung jener Tage gehören auch der chauvinistische Rausch und der zum Vernichtungswillen gesteigerte Hass auf allen Seiten. „Jeder Schuss ein Russ, jeder Tritt ein Britt, jeder Stoß ein Franzos“, solche Parolen – die wir heute fassungslos lesen – fallen zu der Zeit auf fruchtbaren Boden. Angesichts der Kriegsrealität lässt allerdings die Kriegsbegeisterung bald nach. Schon zu Kriegsbeginn erfasst sie nicht alle Schichten der Bevölkerung: Auf den Fotos aus diesen Tagen werden auffallend viele Hüte begeistert in die Luft geworfen, aber kaum Mützen (wie die Arbeiter sie trugen). In der SPD ist die bereits erwähnte Bewilligung der Kriegskredite Ursache der späteren Spaltung in Mehrheitssozialdemokraten, USPD und Spartakus/KPD.¹²

R. Steiners Dreigliederungsinitiativen und ihre aktuelle Bedeutung

Rudolf Steiners Dreigliederungsinitiativen konzentrieren sich auf die Jahre 1917 bis 1922, haben aber eine Vorgeschichte, die für ihr Verständnis wichtig ist. Der Dreigliederungsimpuls ist insofern eine Antwort auf den Weltkrieg, als dieser das Ergebnis unzeitgemäß gewordener Gesellschaftsstrukturen darstellt, im Hinblick auf die Steiner betont, dass es Aufgabe der Zeit sei, die sozialen Verhältnisse mit Bewusstsein zu durchdringen, was wiederum ein Verständnis der Gliederung des sozialen Organismus zur Voraussetzung habe.¹³ Der Dreigliederungsimpuls ist somit als epochaler und globaler Impuls zu sehen. Gleichzeitig hat er eine besondere Bedeutung für Mitteleuropa, da sich hier einerseits Sozialgestaltungsdefizite besonders katastrophal auswirkten, andererseits im mitteleuropäischen Geistesleben Gliederungsmotive entwickelt worden waren, die verdrängt wurden und die es nun wiederzubeleben gilt. R. Steiners Wirken in den Jahren des Weltkrieges und danach umfasst all diese Aspekte. Wenn dies nicht genau verstanden wird, muss es zwangsläufig zu Missverständnissen kommen.

Keimpunkte der Dreigliederung finden sich in Steiners beiden Aufsätzen „Freiheit und Gesellschaft“ und „Die soziale Frage“ von 1898 sowie in den Aufsätzen „Geisteswissenschaft und soziale Frage“ 1905/06.¹⁴ 1898 konstatiert R. Steiner, dass am Anfang der Kulturzustände die Gemeinschaft herrsche, im weiteren Verlauf emanzipiere sich der Einzelne, sodass alle Geschichte auf einen Individualisierungsprozess hinauslaufe („Soziologisches Grundgesetz“).

Dies mache ein neues Rollenverständnis des Staates notwendig, der Schutz und Förderung des Einzelnen in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit stellen müsse. Vormundschaftliche Staatsstrukturen, gleich welcher Art, seien, so Steiner, nicht mehr zeitgemäß und stellten ein Hindernis für die weitere Entwicklung des Menschen dar. Jeder Mensch braucht Raum, seine

⁹ Vgl. R. Steiner: Internationale Wirtschaft und dreigliedriger sozialer Organismus, in: Aufsätze GA 24, Dornach 1982, S. 222.

¹⁰ Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Düsseldorf 1961.

¹¹ Vgl. Osterrieder, a.a.O., Im okkulten Untergrund. Es wird dort eine Fülle von Belegen ausgebreitet, die zeigen, dass Vorstellungen einer okkulten Geopolitik für das Agieren einer Reihe maßgeblicher Beteiligter am Geschehen faktisch eine erhebliche Rolle spielten. Dies wird die Geschichtswissenschaft zur Kenntnis nehmen müssen. Denn, ganz unabhängig davon, was der einzelnen Historiker über den Realitätsgehalt dieser spirituellen Konzepte denken mag, haben sie als Handlungsleitlinie von Beteiligten historisch-reale Wirksamkeit entfaltet.

¹² Vgl. S. 6.

¹³ Aufruf „An das deutsche Volk und an die Kulturwelt“. Abgedruckt in: Die Kernpunkte der sozialen Frage ..., GA 23, Dornach 1976, Anhang.

¹⁴ In: Aufsätze GA 31 bzw. GA 34.

individuelle geistige Kreativität zu entfalten – den Raum, den Steiner später „freies Geistesleben“ nennen wird. Parallel zur Individualisierung kommt es zu einer weiteren Dynamik, die 1898 noch nicht in den Blick genommen, 1905/06 jedoch in den Mittelpunkt gerückt wird: die Dynamik der Globalisierung, die heute in teilweise problematischen Formen in Erscheinung tritt. Ihr Grundcharakteristikum ist jedoch das Zusammenwachsen der Welt zu einem Netzwerk von Arbeitsteilung und Kooperation. Dies erfordert, wie Steiner bereits 1905/06 erkennt, die Überwindung selbstversorgerischen Denkens – und auf solchem Denken gründender Institutionen, die heute den „objektiven Altruismus“ (R. Steiner) der Arbeitsteilung überlagern. Das Heil einer Gesamtheit zusammenarbeitender Menschen sei umso größer, je weniger der Egoismus sich entfalten könne, je mehr der eine für den anderen tätig sei, je mehr die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen gelinge.

Soziale Dreigliederung, so betrachtet, ist die gesellschaftliche Konsequenz aus der Tatsache individueller Mündigkeit in einer Welt, die zugleich dem Einzelnen Mitverantwortlichkeit für das globale Ganze abfordert. Die Dynamik der Individualisierung erfordert Freiheit, die der Globalisierung Brüderlichkeit. Beide Dynamiken untergraben das traditionelle Rollenverständnis des Staates und verlangen rechtsstaatliche Strukturen, die auf der Gleichheit im Sinne der gleichen Freiheit jedes Menschen beruhen, dessen Schutz und Förderung in den Mittelpunkt des Staatslebens gestellt werden müssen. Gleichzeitig hat der moderne Staat der Ökonomie einen rechtlichen Rahmen zu geben, der Hemmnisse für eine Entfaltung geschwisterlicher Kooperation nachhaltig beseitigt. Das Machtprinzip gehört streng begrenzt – Selbstgestaltung, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung sollten in immer mehr Bereichen des sozialen Lebens an die Stelle von Regelungen von oben bzw. von außen treten. Im Staat selber ist immer mehr die unmittelbare Beteiligung der BürgerInnen, vor allem auch in Form direkter Demokratie, gefragt. Menschen- bzw. Grundrechte und Minderheitenschutz müssten das Mehrheitsprinzip begrenzen.

Der neuzeitliche Staat entsteht zwar als Nationalstaat, beginnt aber als solcher durch die beschriebene Dynamik von Individualisierung und Globalisierung schon im Moment seines Entstehens obsolet zu werden. Das soziologische Grundgesetz führt zur Umkehrung des Verhältnisses von Einzelnem und Gemeinschaft. Das heißt, dass der Einzelne zuerst einmal Mensch und erst in zweiter Linie Zugehöriger von Gruppen ist – Deutscher, Schweizer, Chinese, Russe, Kongolese oder Japaner. Das National-Kulturelle wird zum bloßen Hintergrund, aus dem heraus der Einzelne mit seinen Fähigkeiten zum diversen Reichtum der Menschheit beiträgt. Auf der anderen Seite erwächst die Ökonomie volkswirtschaftlichen Begrenzungen und will letztlich zu einer solidarischen Menschheitsökonomie werden.

Soziale Dreigliederung ist auf der einen Seite eine Methode zur Erforschung heute bereits real vorhandener sozialer Dynamiken. Auf der anderen Seite ist sie eine Methode zum Aufspüren dessen,

was werden will, d. h. der Richtung, in welche diese Dynamiken treiben, bzw. zum Erkennen der Anforderungen, die sich daraus im Hinblick auf die Schaffung sozialer Strukturen, die dafür durchlässig sind, ergeben. Dabei werden nicht Ziele solcher Entwicklungen vorstellungsmäßig antizipiert, sondern es wird nach den institutionellen Bedingungen gefragt, die den sozialen Organismus durch die in ihm lebenden und zusammenarbeitenden Menschen gestaltbar machen. Es geht darum, zu beschreiben, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen Menschen, die ins Zeitalter der Mündigkeit eingetreten sind, umfassend an der Gestaltung teilhaben können.

Mitteleuropäische Perspektiven

Worin liegt nun die spezielle Bedeutung des Dreigliederungsimpulses für Mitteleuropa?

Gerade in den Jahren des Krieges kommt R. Steiner immer wieder auf die Rolle Mitteleuropas zu sprechen. Die Dreigliederung, wie sie sich schon in ihren ersten Ansätzen 1898 und 1905/06 zeigt, ist ein Anti-Macht-Prinzip, in gewissem Sinne Fortsetzung und Steigerung des Montesquieu'schen Gewaltenteilungsprinzips. Im mitteleuropäischen Geistesleben war dieses Antimachtstaatsprinzip vorgeprägt, – besonders pointiert in philosophischer Form in Schillers „Ästhetischen Briefen“, in poetischer in Goethes „Märchen“ und in politischer in Wilhelm von Humboldts „Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“. Für R. Steiner hing nun die sich abzeichnende Katastrophe Mitteleuropas auf das Engste zusammen mit der Verdrängung jener Impulse des mitteleuropäischen Geisteslebens, die aus der Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution entwickelt worden waren, zugunsten des Machtstaatsgedankens des Deutschen Reiches, über dessen Gründung Friedrich Nietzsche gesagt hatte, sie sei die „Extirpation des deutschen Geistes zugunsten des Deutschen Reiches“. Die Aufgabe Deutschlands und Mitteleuropas müsse von vornherein als verfehlt gelten, so Steiner damals, wenn sie auf äußere Macht anstatt auf die innere Entwicklung von Kultur aufgebaut werde. Doch der Kult des Nationalstaats trat an die Stelle der weltbürgerlichen und menschheitlichen Impulse der Weimarer Klassik.¹⁵

Der Zusammenhang des Dreigliederungsgedankens mit dem Mitteleuropa-Thema ist also nicht bloß dadurch gegeben, dass Mitteleuropa der geografische Ort der ersten Umsetzungsversuche des Dreigliederungsimpulses in der sozialen Realität ist, sondern ebenso durch den genannten Bezug. Der erste Ansatz dazu sind die Memoranden von 1917.¹⁶ Sie waren der Versuch, die Regierenden in Wien und in

15 Wie in letzterer gedacht wurde, erhellen z.B. Schillers Zeilen in seinem Gedichtentwurf „Zur Feier der Jahrhundertwende“: „Das ist nicht des Deutschen Größe / Obzuziegen mit dem Schwert, / In das Geisterreich zu dringen / Männlich mit dem Wahn zu ringen / Das ist seines Eifers wert. [...] Freiheit der Vernunft erfechten / Heißt für alle Völker rechten“ [...] Mit Goethe schrieb er in den Xenien das bekannte Distichon „Zur Nation euch zu bilden, ihr hoffet es, Deutsche vergebens. Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus!“

16 Abgedruckt in GA 24.

Berlin zu veranlassen, mit einem mitteleuropäischen Friedensprogramm, das an die guten Traditionen Mitteleuropas anschließt und sie weiterentwickelt, das Ende der Feindseligkeiten zu suchen. An die Stelle der monolithischen staatlichen Machtgebilde sollte eine Dreiheit aus Kulturparlament, Wirtschaftsparlament und politischem Parlament treten. Abstrakten Völkerbefreiungsparolen hielt Steiner entgegen, es gelte zunächst den Einzelnen zu befreien, damit befreie man dann auch die Völker. Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher ethnischer, religiöser und sonstiger Zugehörigkeit auf einem Territorium sei da am besten gewährleistet, wo eine umfassende kulturelle Autonomie des Einzelnen Sprache, Religion und Nationalkultur vor jedweder Unterdrückung schützt. Der Primat des sog. Selbstbestimmungsrechts der Nationen – von US-Präsident Wilson in seinen 14 Punkten, später zur Grundlage einer Friedensordnung deklariert – vor dem individuellen Menschenrecht lege dagegen den Grund zu neuen Konflikten und Kriegen. „Nur Menschen können Rechte haben. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist ein barbarisches Instrument“, mit diesem Worten sprach 1989 Ralf Dahrendorf den gleichen Gedanken aus.¹⁷

Steiner und einige seiner Schüler brachten solche Gedanken in einer Reihe von Gesprächen führenden Politikern nahe. Das Ergebnis war desillusionierend, die befürchtete militärische Katastrophe trat ein. Nach der Novemberrevolution schien nun die Zeit für eine Massenmobilisierung für den Dreigliederungsimpuls gekommen. R. Steiner verfasste einen entsprechenden „Aufruf an das deutsche Volk und an die Kulturwelt“ und startete eine Unterschriftensammlung. Die Deutschen werden in dem Dokument speziell angesprochen, indem die allgemeine Notwendigkeit sozialer Dreigliederung in unserer Zeit zugleich als die richtige Konsequenz aus dem Scheitern der deutschen Machtstaatsillusionen dargestellt wird. Der Verlauf der Bewegung ist vielfach beschrieben worden, auch in dieser Zeitschrift¹⁸, so dass eine Skizzierung durch Stichworte hier genügen mag: Begründung des Bundes für Dreigliederung des

17 „Die Zeit“, 28.4.1989. „Der Nationalstaat muss sterben“, so jüngst Georg Dietz in einem Kommentar in Spiegel online vom 20.6.2014 im Hinblick auf den machiavellistischen Gebrauch, den die Politik der führenden westlichen Länder bis heute von dieser Parole mache, die man so interpretiere, wie sie einem gerade nützlich sei.

18 C. Strawe: Die Dreigliederungsbewegung von 1917 - 1922 und ihre aktuelle Bedeutung, Sozialimpulse 3/1998, S. 3–11.

Zeitenwende Erster Weltkrieg

Zu Markus Osterrieders Werk „Welt im Umbruch. Nationalitätenfrage, Ordnungspläne und Rudolf Steiners Haltung im Ersten Weltkrieg“

C. Strawe

Insider hatten das in diesem Mai erschienene Werk des Münchner Historikers Markus Osterrieder über den Ersten Weltkrieg, und dabei besonders über die Haltung Rudolf Steiners in diesem Geschehen, lange erwartet. Osterrieder, Jahrgang 1961, studierte neben Geschichte Slavistik und Politikwissenschaft, war nach der Promotion mehrere Jahre am Osteuropa-Institut München tätig und ist heute als Publizist und in vielen Ländern als Vortragender tätig. Besonders beschäftigt ihn das Ost-West-Thema, wovon auch seine Website www.celtoslavica.de zeugt.

Osterrieder ist an das in einem Zeitraum von 14 Jahren entstandene Werk mit bewundernswerter Gründlichkeit herangegangen: Es umfasst über 1700 Seiten, weit über 1000 Quellen aus 10 Sprachen wurden ausgewertet, das Personenregister umfasst 30 Seiten.

In der Einleitung skizziert der Autor die für ihn maßgeblichen Fragestellungen. Er sieht R. Steiner in einer Linie mit Tendenzen in der neueren Geschichtsforschung: „Als Zeitgenosse der Kriegsjahre war Rudolf Steiner in dieser Hinsicht bereits erstaunlich ‚modern‘, um es mit einem Schlagwort mehr schlecht als recht auszudrücken. Wohl setzte er sich vehement dafür ein, die seit Ende 1914 propagandistisch kursierende ‚Alleinschuld der Deutschen‘ zurechtzurücken, und wies dabei immer wieder auf Hintergründe und Zusammenhänge hin, die zu einem vertieften Verständnis des Geschehens beitragen sollten. Die Art und Weise, wie er dies in öffentlichen und internen Vorträgen, aber auch in Publikationen gerade jener Monate zwischen September 1914 und Ende 2015 tat, klingen für die heutige Beurteilung – zumal durch die Brille der historischen Erfahrung von 1933 bis 1945 oft apologetisch bis nationalistisch, vor allem wenn man sie aus dem Kontext der gesprochenen Situation reißt. Die vorliegende Arbeit versucht einige Gesichtspunkte aufzuzeigen, warum dies der Haltung und Intention Rudolf Steiner kaum gerecht wird.“¹

Osterrieder will dabei vor allen Dingen „Ordnungsvorstellungen“ untersuchen, „die zum Teil kriegsauslösend waren oder erst während des Weltkriegs heraufgezogen“, sowie der Frage nachgehen, „in welchem Maße eine übersinnliche Anschauung von Welt und Mensch, in die Motivationen von politischen Entscheidungsträgern einfluss“².

Dies geschieht in zwei Teilen. Der erste Teil „Die Nationalitätenfrage in Mitteleuropa und der Weg in den Weltkrieg“ behandelt in sechs Kapiteln: Vielvölkerraum und Heimatlosigkeit | Von der Humanität zur Nationalität | Der ‚Völkerfrühling‘ in der Habsburger Monarchie | Im ‚okkulten Untergrund‘ | Der Weg nach Sarajewo | Allianzen auf dem Weg in den Krieg.

... Fortsetzung nächste S.

- 1 Alle Zitate in der Einleitung
- 2 ebenda

... Osterrieder: Welt im Umbruch

Teil II umfasst fünf Kapitel: „The English-speaking Idea | Das Ringen um ‚Mitteleuropa‘ | Die Revolutionierung der Nationalitäten | Das Jahr 1917 und der Beginn der bipolaren Weltordnung | Der unvollendete Umbruch. Es folgt ein Schlussteil „Der Ruf nach der versunkenen Mitte“.

Osterrieders Darstellung und seine Erschließung kaum bekannten Materials dürfte auch für manchen Kenner der Materie verblüffende neue Einblicke eröffnen. Was im Exkurs im nebenstehenden Artikel über Missverständnisse bezüglich der Haltung R. Steiners im Weltkrieg nur angedeutet werden konnte, wird dort umfänglich belegt und argumentiert. Es wird dabei auch sichtbar, wo und inwiefern sich Steiners Haltung weiterentwickelt bzw. gewandelt hat.³

Die Leser der Sozialimpulse werden sich besonders für den Beitrag interessieren, den Osterrieder zur Geschichte der Dreigliederungsbewegung leistet. Hier ist vor allem die umfängliche Behandlung der Memoranden von 1917 und der Oberschlesien-Aktion von 1920 zu nennen. Auch Steiners Versuch, durch die Herausgabe der Moltke-Memoiren Einfluss auf die Verhandlungen von Versailles zu nehmen, und sein tragisches Scheitern wird durch Osterrieders Darstellung verständlicher, ebenso wie die Motivlage, die Steiner 1916 bewog, die Leitung eines deutschen Pressebüros in Zürich anzustreben – was ebenso missglückte. Von größtem Interesse ist auch die Darstellung von wirkungsträchtigen Konzepten wie der „Synarchie“, die der sozialen Dreigliederung auf den ersten Blick zu ähneln scheinen, bei näherem Hinsehen jedoch eine Art Gegenbild von ihr darstellen.

Dass Osterrieders Buch von einigen auch kräftig geschmäht werden würde, war nicht anders zu erwarten. Es geschah dies z. B. in einer längeren Kundenrezension bei Amazon. Man mag sagen, dass Kritik dieser Art wissenschaftlich wenig Relevanz besitzt. Es wäre jedoch fatal, wenn solche Angriffe dazu beitragen würden, dass es erst gar nicht zu der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Osterrieders Thesen kommt, die sein Werk in jeder Hinsicht verdient hätte. Ein solcher wissenschaftlicher Diskurs würde der historischen Wahrheitsfindung dienen und ist deshalb zu erhoffen. Gerade an den heikelsten Punkten, wie z. B. dem der Einflussnahme eines „okkulten Untergrundes“ bei wichtigen Weichenstellungen, bietet das Buch eine Fülle von Material, über dessen Bewertung gestritten werden mag, das aber als solches von einer gewissenhaften Geschichtsforschung nicht ignoriert werden darf.

Heute, in einer Zeit neuer Friedensbedrohungen, wird viel von den Lehren aus dem I. Weltkrieg gesprochen. Osterrieder konstatiert in einem Interview mit der Nachrichtenagentur NNA vom 1. März 2014, dass bis heute die nötigen Lehren nicht gezogen worden seien: Man habe „aus den Geschehnissen der Jahre 1912 bis 1922 erschreckend wenig gelernt [...], was die tieferen, weltanschaulichen und machtpolitischen Prämissen betrifft, die in einen Krieg münden mussten. Die von Rudolf Steiner angemahnte ‚Pflege eines wahren Geisteslebens‘ hat nicht stattgefunden. Im Gegenteil. Nicht umsonst evozieren so viele Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft eine Wiederholung der Situation von 1914 in der Gegenwart (innerhalb der EU, aber auch in Ostasien). Und das ist eigentlich erschütternd, weil sie damit selbst eine Bankrotterklärung des gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems konstatieren.“⁴ Damit ist zugleich alles über die Aktualität des vorliegenden Werks gesagt.

Man lasse sich durch den Umfang nicht vom Kauf abschrecken: Es ist so verfasst, dass man durchaus mit Gewinn auch einzelne Kapitel studieren kann, und als Nachschlagewerk wird es jedem gute Dienste leisten, der sich mit dem Ersten Weltkrieg und dem Zusammenhang des Dreigliederungsimpulses mit der damaligen Zeitlage und in Bezug auf die heutigen Zeitprobleme intensiver auseinandersetzen möchte.

Osterrieder, Markus: Welt im Umbruch. Nationalitätenfrage, Ordnungspläne und Rudolf Steiners Haltung im Ersten Weltkrieg, Verlag Freies Geistesleben Stuttgart 2014 (ISBN: 978-3-7725-2600-83), 1754 Seiten, 79,- €

³ Man hätte sich allerdings gewünscht, dass dabei die Pionierarbeit Christoph Lindbergs stärker mit einbezogen worden wäre. So bleibt die Weiterführung der von diesem angestoßenen kritischen Debatte über einzelne Aspekte von Steiners Haltung zum Weltkrieg im Hinblick auf Missdeutungen und Missdeutbarkeit im Ansatz stecken.

⁴ www.nna-news.org/de/nachrichten/artikel/historiker-osterrieder-forschung-zum-ersten-weltkrieg-richtet-sich-auch-nach-zeitgenssischen-trend/

sozialen Organismus; Mitarbeit in der damals sich entwickelnden Betriebsrätebewegung, mit dem Ziel, Selbstverwaltungsrealitäten im Wirtschaftsleben zu schaffen; Bemühungen um die Gründung eines Kulturrates; Abflauen der Bewegung und Konzentration auf die Entwicklung von „Musterinstitutionen“ (Waldorfschule, Kommender Tag AG); schließlich – angesichts einer vom Völkerbund angesetzten Volksabstimmung über die Staatszugehörigkeit Oberschlesiens zu Polen oder zu Deutschland – noch einmal der Versuch, im Großen für die Dreigliederung als Friedensordnung für ein bestimmtes Territorium zu werben (Oberschlesien-Aktion). Die Kampagne scheitert nicht zuletzt am Widerstand rechtsradikaler Kräfte, die den Dreigliederern „Vaterlandsverrat“ vorwerfen. In diesem Zusammenhang schreibt Adolf Hitler, die Dreigliederung gehöre zu den „ganzen jüdischen Methoden zur Zerstörung der normalen Geistesverfassung der Völker“.¹⁹

Exkurs: Verhängnisvolle Missverständnisse

Die Dreigliederungsinitiativen Rudolf Steiners waren und sind zahlreichen Missverständnissen ausgesetzt.²⁰ Zu Lebzeiten Steiners gab es wie gesagt massive Angriffe aus rechten Kreisen. Innerhalb der Anthroposophenschaft gab es nicht nur Vorbehalte gegenüber der Dreigliederungsbewegung, sie wurde auch unter ihren Anhängern oft nicht wirklich verstanden. So klagt Steiner, man habe in seinem im April 1919 erschienenen Buch „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft“ die illustrierenden Beispiele für den Kern der Sache genommen²¹ und verkannt, dass es sich bei diesem Werk um ein Willens- und Herzensbuch handle.²²

Gravierende Missverständnisse erwachsen insbesondere aus Steiners Äußerungen zur Kriegsschuldfrage und zur Rolle der deutschen bzw. mitteleuropäischen Kultur, Missverständnisse, die unter einem nicht unerheblichen Teil der Anthroposophen 1933 zu einer verheerenden Unterschätzung, ja vielfach sogar Unterstützung des Nationalsozialismus führten.

So berechtigt die Forderung nach einer Aufarbeitung der Gründe dafür ist, wie dies geschehen konnte und ob und wie dabei Steiner selbst auch zu Missdeutungen Anlass gegeben habe, so deutlich muss betont werden, dass Steiner sich unermüdlich gegen Nationalismus, Chauvinismus, Militarismus und Machtstaatsgedanken äußerte und engagierte.²³ Steiners Eintreten gegen die Alleinschuldthese hinsichtlich der Mittelmächte bedeutet mitnichten, dass er sie für unschuldig erklärt hätte. Im Gegenteil: Seine Kritik an der verantwortungslosen Haltung

Berlins und Wiens wird jedenfalls im Verlaufe des Krieges immer schärfer.

Missverstanden wurden in diesem Zusammenhang in den sog. Zeitgeschichtlichen Betrachtungen²⁴ enthaltene Aussagen über das Wirken eines okkulten Untergrundes bei der Entwicklung der Weltordnungspläne und Kriegsziele der Triple-Entente. Mit paranoiden und spekulativen Verschwörungsfantasien, die sich als Theorien gebärden, kann, wie die Erfahrung lehrt, nicht nur viel Verwirrung gestiftet, sondern auch viel Missbrauch betrieben werden. Gerade weil das so ist, ist es aber auch eine beliebte Diffamierungsstrategie geworden, auf Empirie und gründlicher Forschung beruhende Untersuchungen über die Wirksamkeit von Netzwerken, die versuchen, Einfluss auf die Entwicklung in der Welt zu nehmen, in die „verschwörungstheoretische“ Ecke zu stellen. Auch Äußerungen Steiners werden in dieser Weise gedeutet. Er selbst bezog sich jedoch durchaus auf empirische Details, die durch neuere Forschungen, wie diejenigen M. Osterrieders, noch ergänzt wurden. Über die Bewertung dieser Details, auch über Leistungsfähigkeit und Grenzen der dabei von R. Steiners häufig angewandten symptomatologischen Betrachtungsweise, mag man streiten, Steiners Herangehen selbst kann jedenfalls nicht als bloß spekulativ und unkritisch abgetan werden.

Dass hierbei der Hochgradfreimaurerei einige Aufmerksamkeit gewidmet wird, hat m.E. nichts mit einem Generalverdacht gegen das Freimaurertum zu tun. R. Steiner schätzte das Freimaurertum als Gesamtbewegung durchaus hoch, wenn er auch hinsichtlich der Frage der Publikation okkulten Erkenntnisse einen innerhalb des Freimaurertums nicht mehrheitsfähigen Kurs einschlug. Das Festhalten an Geheimhaltungsregeln und die Kompliziertheit und Intransparenz der Strukturen der englischen und französischen Hochgradfreimaurerei machte diese jedoch zum geeigneten Boden für Netzwerke, über welche Machtstrategien verfolgt werden konnten. In besonderem Maße scheint dies in der angelsächsischen Welt der Fall gewesen zu sein. Bei solchen Strategien spielten – und spielen möglicherweise – neben vordergründigen politischen und ökonomischen Zielsetzungen auch langfristig angelegte Konzepte eine Rolle, die auf okkultisch begründeten Vorstellungen von der weltgeschichtlichen Rolle einzelner Völker beruhen, – etwa des Angelsächsentums als führender Kraft der Gegenwart und des Slawentums als Zukunftskraft, auf die ein Einfluss im angelsächsischen Sinne zu nehmen sei. Eine eigenständige Rolle Mitteleuropas erschien so gesehen als potenzieller Störfaktor. Auch finden sich im Gedankengut solcher Kreise bis heute wirksame Gegenbilder der Dreigliederung wie das Konzept der „Synarchie“²⁵.

Man übersieht vielfach, dass Äußerungen Steiners zu diesem Themenkomplex weniger als Kritik an der Politik der Triple-Entente gemeint waren, sondern vielmehr als Kritik an der Ignoranz und Fantasielosig-

19 Zit. nach Osterrieder, S. 1536.

20 Ein Beispiel ist die Rezeption Helmut Zanders, vgl. meinen Aufsatz: Helmut Zanders Missverstehen der sozialen Dreigliederung. In: Sozialimpulse 4/2007, S. 5–15.

21 Die Wirklichkeit der höheren Welten, 8 Vorträge Oslo 1921, GA 79, Dornach 1988, S. 241f.

22 Die geistig-seelischen Grundkräfte der Erziehungskunst, 12 Vorträge, Oxford 1922, GA 305, Dornach 1991, S. 222.

23 Zahlreiche Belege bei Osterrieder, a.a.O.

24 Vorträge 1916/17, GA 173a, 173b, 173c. Diese 4. vollständig neu bearbeitete Ausgabe wurde von Alexander Lüscher unter Mithilfe u.a. von Markus Osterrieder besorgt.

25 Vgl. Osterrieder, a.a.O., 341 ff. und 446 ff.

keit der politischen Eliten Mitteleuropas und ihrem fehlenden Blick für geistige Hintergründe. Zu den Missverständnissen hat allerdings auch die Tatsache beigetragen, dass R. Steiner zu dem berüchtigten und später von den Nazis instrumentalisierten spekulativ verschwörungstheoretischen Buch „Entente-Freimaurerei und der Weltkrieg“ von Karl Heise ein Vorwort beisteuerte.²⁶ Wenn auch dessen Inhalt als diplomatisch verklausulierte Distanzierung von Heise bzw. als Relativierung seiner Thesen betrachtet werden kann, so hat doch die bloße Tatsache die Verwirrung begünstigt. Da Heise, der sich als Schüler R. Steiners betrachtete, dessen Anregungen in den „Zeitgeschichtlichen Betrachtungen“ aufgreifen wollte, sah dieser sich offenbar in einer menschlich-sozialen Zwangslage, in der er meinte, sich Heises Bitte um ein Vorwort und einen Finanzbeitrag zum Druck nicht entziehen zu können.

Zwischenkriegszeit

1922 wird die damalige Dreigliederungsinitiative abgebrochen. Steiner setzt in seiner Tätigkeit nun andere Schwerpunkte, legt aber gleichzeitig, im August 1922, durch den Versuch der Begründung einer neuen Wirtschaftswissenschaft (NÖK), Grundlagen für eine neue Dreigliederungsbewegung.

Die gesamtpolitische Entwicklung der Zwischenkriegszeit führt zu einer geistigen und sozialen „Sonnenfinsternis“ (Arthur Köstler): Über Russland beginnt sich der Archipel Gulag zu legen, der Stalinismus entfaltet seinen Terror. 1922 siegt der Faschismus in Italien, 1933 kommt der Nationalsozialismus in Deutschland an die Macht. R. Steiners Aussage, 1933 steige das Tier aus dem Abgrund auf²⁷, erweist sich als prophetisch. Das Scheitern der Versuche, Machtballungen aufzulösen, gibt den Raum frei für totalitäre Machtstrukturen von nie dagewesener Unmenschlichkeit. Die Menschheit wird von den Nazis in das Grauen eines neuen Weltkrieges gestürzt.

Die Aktualität der sozialen Dreigliederung

Wäre die Auflösung unzeitgemäßer Machtstrukturen rechtzeitig geglückt, die weitere Entwicklung wäre weltweit sicherlich ganz anders verlaufen.²⁸ Da das damals nicht gelang, drängen bis heute trotz der 1945 erfolgten Befreiung vom Faschismus und trotz des Endes des Ost-West-Konflikts 1989 ungelöste und nach wie vor weitgehend nicht erkannte oder verdrängte Probleme von damals immer wieder an die Oberfläche – teilweise sind sie zusätzlich mit neuem Konfliktstoff aufgeladen, teilweise zeigen sie neue Erscheinungsformen, denn die beschriebenen

Prozesse von Individualisierung, Globalisierung und Neuaufstellung des Staates haben sich natürlich weiterentwickelt. Insofern hat die Notwendigkeit sozialer Dreigliederung an Aktualität noch gewonnen. 1945 und 1989 lebte der Traum von einer Welt auf, in der die Menschen und Völker friedlich zusammenleben. Die Realität sieht nach wie vor völlig anders aus. Selbst in Europa, wo Erbfeindschaften beendet wurden, erleben wir, wie leicht immer wieder Hass und Hader aufflammen.

Der Ukraine-Konflikt ist ein Beispiel dafür. Europa, die Amerikaner, aber auch die Russen, verhalten sich heute wieder wie Schlafwandler, so Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem Interview am 16. Mai dieses Jahres. Dort sagt er weiter: Die Gefahr, dass „sich die Situation verschärft wie im August 1914, wächst von Tag zu Tag“. Zwar ist bis heute das Schlimmste nicht eingetreten, vielleicht auch weil geopolitische Gegner heute mehr als 1914 miteinander reden im Sinne eines Konfliktmanagements, das Risiken begrenzen und verhindern soll, dass die Entwicklung jeder Kontrolle entgleitet. Was die Anhäufung von Sprengstoff betrifft, kann man jedoch dem Altkanzler kaum widersprechen. Es ist wie mit Händen zu greifen, wie der Gedanke des Nationalen, mit dem Staatsgedanken und ökonomischen Interessen verquickt, Zwietracht unter die Menschen sät. Wenn die Frage nicht gelöst wird, wie man auf einem Territorium friedlich zusammenzuleben kann und soll, besteht immer wieder die Gefahr, dass Konflikte dieser Art für eigensüchtige Interessen ausgenutzt werden, dass jeder Dialog endet und die Waffen zu sprechen beginnen. So kam es bisher zwar zu keinem weiteren Weltkrieg, aber zu einer Vielzahl an lokalen Kriegen und Konflikten: in Syrien, im Sudan, im Kongo, in der Ukraine, in Gaza und im Irak – wobei dort neben den ethnischen die religiösen Konflikte die Hauptrolle spielen. Doch auch willkürliche Grenzziehungen, die nach dem Ersten Weltkrieg erfolgten, spielen immer wieder eine Rolle dabei. Der Vormarsch von ISIS ist zugleich der Bankrott der Irak-Politik der Weltmacht USA. Mit dem Gaza-Krieg eskaliert wiederum der israelisch-palästinensische Konflikt, Ausdruck der Tatsache, dass es nicht gelang, soziale Formen zu schaffen, in denen unterschiedliche Menschengruppen auf einem Territorium friedlich zusammenleben können.

Nach wie vor herrschen Hunger und Elend in weiten Teilen der Welt – trotz gewaltiger ökonomischer Produktivitätsfortschritte. Finanzkrise, Staatsverschuldungskrise, Demokratiekrise, Umweltkrise, Energiekrise, Krise sozialer Sicherungssysteme – in all diesen Krisen findet man, wenn man tief genug schürft, am Grund die Frage, wie sich Formen des sozialen Miteinanders, die der heutigen Zeit angemessen sind, entwickeln lassen. Wir leben in einer „verrückten Welt“, in der sich die Felder des gesellschaftlichen Lebens nicht ihren Eigengesetzmäßigkeiten entsprechend entwickeln und nicht von den Menschen gestaltet werden können, sondern wo der eine Bereich in schädigender und die Mündigkeit der Menschen missachtender Weise auf den anderen übergreift. Konfusionen allüberall: Der Staat lässt das Kulturleben nicht zu einer wirklich selbstständigen

²⁶ Näheres Osterrieder, 1286 ff.

²⁷ R. Steiner: Apokalypse und Priesterwirken. Dornach 1995, GA-Nr. 346. Vortrag vom 20. September 1924.

²⁸ Gegen den möglichen Einwand, solche Behauptungen seien rein spekulativ, darf darauf hingewiesen werden, dass auch in der Historikerzunft „Alternativgeschichtsforschung“ salonfähig zu werden beginnt. (Vgl. Peter Maxwell: Alternativgeschichtsforschung. Als Hitler den Krieg gewann. Der Spiegel, 22.12.2013 (auch: www.spiegel.de/einestages/forschung-ueber-alternativgeschichte-als-hitler-den-krieg-gewann-a-951407.html). Der Artikel bezieht sich insbesondere auf die Forschungen von Karlheinz Steinmüller, Mark Almond und Alexander Demandt).

Entfaltung kommen, gleichzeitig verstärkt sich die Fremdbestimmung der Kultur durch die Ökonomie: „Heute versteht es sich von selbst, dass auch das Erziehungswesen in den Komplex der Wirtschaft gehört, dass es genauso notwendig ist, Menschen für die Wirtschaft vorzubereiten wie Sachgüter und Maschinen. Das Erziehungswesen steht nun gleichwertig neben Autobahnen, Stahlwerken und Kunstdüngerfabriken“, so wird es in einem Text der OECD von 1966 formuliert.²⁹ „Standortsicherung“, nicht menschliche Entwicklung, steht im Mittelpunkt von Erziehung und Bildung.

Wie im Zusammenhang mit der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen schon gezeigt, spielt mangelnde kulturelle Autonomie für Minderheiten, zuoberst für den Einzelnen als kleinster Minderheit, bei den Konflikten um Staatszugehörigkeit und Staatsgrenzen eine verhängnisvolle Rolle. Im Zusammenhang mit dem schottischen Referendum bemerkt Eckhard Behrens dazu: „Wenn die Gewohnheit besteht, dass sich der Staat in alle privaten wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten einmischt, dann will man im zuständigen Staat die Mehrheit haben und mit deren Hilfe entscheiden, wie man leben möchte. Wenn der Staat sich im Sinne der Dreigliederung des Sozialen Organismus aus der Lenkung der wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheit heraushält und für diese Aktivitäten nur den rechtlichen Rahmen setzt, dann sind seine Grenzen sekundär, weil er weltweite Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und kulturellen Fragen zulässt.“³⁰ Fehlende Dreigliederung verstärkt den Wunsch nach Abspaltung kleinerer Staatsgebilde als scheinbaren Ausweg aus Konflikten. In Europa gibt es hier noch mehr Potenzial: Katalonien, Baskenland, Flandern, Südtirol ... und am Ende vielleicht noch Bayern?

Die gleichen Staaten, die sich der Kultursphäre gegenüber nicht auf die Rechtsaufsicht beschränken, sondern ihr nach wie vor strategisch-inhaltliche Richtlinien geben wollen, sind gleichzeitig nicht in der Lage, sich dem erpresserischen Druck einer profitorientierten, finanzmarktgesteuerten Ökonomie zu entziehen bzw. dieser Grenzen zu setzen. Im Gegenteil: Die Staaten entwickeln und schützen ein Eigentumsrecht, das die Fehlentwicklungen der Wirtschaft nicht nur ermöglicht, sondern begünstigt. Dass nicht nur Waren und Dienstleistungen, sondern auch Verfügungsrechte – Unternehmen und Unternehmensanteile, Geldkapital, Grund und Boden sowie Arbeit – käuflich sind, ist wesentliche Ursache der wachsenden sozialen Ungleichheit auf unserem Planeten. Trotz aller Fortschritte im Einzelnen, sind im Großen und Ganzen die grundlegenden Dreigliederungsaufgaben – Freiheit für das Geistesleben, Gleichheit für das Rechtsleben und Geschwisterlichkeit für das Wirtschaftsleben – nicht wirklich gelöst.

29 Wirtschaftswachstum und Bildungsaufwand. Wien 1966, 46.

30 Posting auf der Mailingliste des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 12.9.2014. Behrens fährt fort: „Die EU und alle Mitgliedsstaaten machen noch den Fehler, ihre Bürger in wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten zu sehr zu bevormunden. Daher die Abstoßungskräfte. Die Bürger suchen ihr Heil dann in (zu) kleinen staatlichen Einheiten, in denen sie die Mehrheitsmeinungen besser übersehen können. Protektionistische Isolation ist die Folge.“!

Wie kann größere Resonanz für den Dreigliederungsgedanken entstehen?

Es besteht enormer Handlungsbedarf. Überall ist durch die gesellschaftliche Entwicklung Dreigliederung veranlagt, während gleichzeitig gesellschaftliche Institutionen und Gedankenformen verhindern, dass die notwendigen Konsequenzen aus dieser Tatsache gezogen werden. Daraus resultiert die immer wieder geäußerte Meinung, die Dreigliederung sei „gescheitert“. Das ist jedoch eine zu schlichte Sichtweise. Eine differenzierte Betrachtung der Wirkungsgeschichte der Dreigliederung nach 1945 ergibt, dass partiell durchaus manches erreicht wurde, wenn auch die großen Aufgaben der Dreigliederungsbewegung nach wie vor ungelöst sind.

In der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gibt es auch positive Aspekte: Das deutsche Grundgesetz etwa weist eine gewisse Durchlässigkeit für Dreigliederungsimpulse auf, totalitäre Staatsformen in Ost- und Ostmitteleuropa wurden überwunden. Einzelne Institutionen und Initiativen auf dem wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Feld sind im Sinne der Dreigliederung oder einzelner ihrer Elemente tätig.³¹ Gewiss: Angesichts der Größe der Aufgaben ist die Dreigliederungsbewegung ein kleines Häuflein mit geringem Wirkungsradius. Aber welche Alternative gibt es zum Versuch, die Impulse für Richtiges und Notwendiges nach und nach zu verstärken?

Es wäre schon viel gewonnen, wenn der Dreigliederungsimpuls bei einer kritischen Minderheit der Menschen eine größere Resonanz fände, wenn z. B. Dreigliederungsgedanken in den Sozialwissenschaften eine größere Rolle zu spielen beginnen würden. Eine Fülle von Aufgaben wartet darauf angepackt zu werden. Nicht die unwichtigste besteht darin, die Hemmnisse zu überwinden, die uns innerhalb der Dreigliederungsbewegung selbst daran hindern, unsere Kräfte noch effizienter zu bündeln. Das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart e.V. und die Initiative Netzwerk Dreigliederung bieten aus diesem Grunde ein Kolloquium an, mit der Zielsetzung, offene Fragen sozialer Dreigliederung gemeinsam zu diskutieren. Es soll um „Urgedanken und praktische Aufgaben, Einstiegspunkte und Kontroversen“ (vgl. S. 43) gehen. Hierzu sei auch an dieser Stelle noch einmal herzlich eingeladen. ■

31 Vgl. C. Strawe: Sozialimpulse der Anthroposophie – Entstehungsbedingungen und Wirkungsgeschichte des Arbeitsansatzes der Dreigliederung des sozialen Organismus. In: Rahel Uhlenhoff (Hrsg.): Anthroposophie in Geschichte und Gegenwart, Berliner Wissenschaftsverlag 2011.

Mikrokredite

Für die Ärmsten der Armen Fluch oder Segen?

Christian Kreiß / Jochen Splettstößer

Im Greenpeace-Magazin von März-April 2014 konnte man unter der Überschrift „Mythos Mikrokredit – Kleinstkredite nutzen nicht den Armen, sondern dem Finanzkapital“ ein pauschales, geradezu vernichtendes Urteil zu Mikrokrediten lesen. Was ist dran an den Argumenten?

Die Kernaussagen des von Kathrin Hartmann geschriebenen Artikels lauten: Der Begründer der Mikrokredite, Muhammad Yunus, der 1983 mit der Grameen-Bank in Bangladesch die erste Mikrokreditbank gegründet hatte, erhielt 2006 hierfür den Friedensnobelpreis. Seither galt das Konzept als Erfolg versprechend. Dies sei jedoch eine falsche Schlussfolgerung: Internationale wissenschaftliche Studien belegten immer häufiger, dass Mikrokredite keine armutsreduzierende Wirkung aufwiesen, sondern im Gegenteil den Armen schaden. Die Zinsen für Mikrokredite seien mit im Durchschnitt mehr als 30 % pro Jahr so hoch, dass die Kreditnehmer dadurch in die Überschuldung getrieben würden. Durch rigide Geldeintreiber würden die überschuldeten Kleinkreditnehmern ihrer wenigen Habseligkeiten beraubt, was u.a. zu Verzweiflung und hohen Selbstmordraten führe. Selbst die Grameen Bank verlange 20 % und treibe diese genau so rigide ein wie alle anderen. Der Grund für die negative Wirkung von Mikrokrediten für die Armen liege darin, dass bei der Vergabe nicht die Armutsbekämpfung im Mittelpunkt stehe, sondern die Einbindung der Armen in die Kapitalmärkte, um daraus Profit für die Banken und Investoren zu schlagen – zu Lasten der Ärmsten der Armen.¹

Die harsche Kritik von Greenpeace an den kommerziellen, auf Profitmaximierung ausgerichteten Mikrokreditbanken ist durchaus berechtigt. Auf die börsennotierte mexikanische Mikrokreditbank mit dem zynischen Namen Compartamos² Bank, die laut Greenpeace sogar über 60 % Zinsen verlange, sowie die Groß- und Investmentbanken Deutsche Bank, Citibank, Morgan Stanley und Credit Suisse, die, wie vom Greenpeace-Magazin angeführt, in das Geschäft mit der Armut eingestiegen

sind, dürften diese Vorwürfe, dass sich eine ohnehin bereits reiche Eigentümer-Klientel auf Kosten der Ärmsten der Armen bereichere, tatsächlich zutreffen. Es gibt wohl nur wenige zynischere Geschäftsmodelle. Es besteht jedoch keinerlei Berechtigung, deshalb die Grameen-Bank von M. Yunus und andere nach den Yunus-Prinzipien arbeitende Institute, mit diesen menschenverachtenden, profitmaximierenden Mikrokreditbanken in einen Topf zu werfen. Diese Pauschalisierung verdeckt fundamentale Unterschiede und breitet einen Schleier der Verallgemeinerung über Mikrokredite als solche, die dadurch zu Unrecht generell in Misskredit gebracht werden. Hier irrt das Greenpeace-Magazin, wie im Folgenden aufgezeigt werden soll.

Muhammad Yunus und die Grameen-Bank

Der am 28. Juni 1940 in Bathua, Bezirk Chittagong in Bangladesch, geborene Muhammad Yunus studierte in seinem Heimatland und in den USA Ökonomie. Er wurde 1972 Professor und Leiter der volkswirtschaftlichen Fakultät an der Chittagong-Universität. Während der Hungersnot 1974 in Bangladesch stellte er fest, dass die volkswirtschaftlichen Theorien, die er erlernt hatte, wenig zu tun hatten mit der tragischen Realität, die sich vor den Toren der Universität abspielte, wo Menschen nicht weit entfernt von den Vorlesungssälen auf den Gehsteigen verhungerten. So traf er den Entschluss, dem Komfort der Universität den Rücken zu kehren und sich der Realität auf den Straßen zu stellen.³

Yunus war schockiert zu erfahren, mit welchem geringem Lohn die Ärmsten seiner Landsleute auskommen mussten und dass insbesondere viele Frauen nicht einmal über die kleinsten Beträge für tägliche Arbeitsmaterialien oder gar Investitionen verfügten, z. B. für einige Hühner für eine Geflügelaufzucht, eine pedalbetriebene Nähmaschine, für einen Ofen aus Lehm oder Bambus zum Flechten von Körben oder Stühlen. Eine Frau konnte beispielsweise die Materialien zum Flechten von Bambusstühlen im Wert von umgerechnet 22 US-Cent nicht aus eigener Kraft finanzieren, sondern musste sich diese 22 US-Cent täglich bei einem Geldleiher zu horrenden Zinssätzen leihen. Der Geldleiher verkaufte die fertigen Stühle regelmäßig, behielt den Erlös zum größten Teil für sich ein und die Frau bekam für ihre Flechtarbeit einen Tageslohn von umgerechnet 2 US-Cent. Die Zinsen, die die Geldleiher verlangten (und heute noch verlangen) betragen häufig über 10.000 % pro Jahr. Den ärmsten Bevölkerungsschichten wurden und werden von Geldleihern häufig unglaublich hohe Wucherzinsen abverlangt, da sie aufgrund fehlender Kreditsicherheiten keinen anderen Zugang zu Geld hatten als über Wucherer. Er bezeichnete dies als „finanzielle Apartheid“. Er war entsetzt über die unmenschlichen Wucherzinsen und erkannte, dass bereits kleinste Geldbeträge zu Investitions- oder Arbeitszwecken den ärmsten Mitbewohnern eine große Hilfe zu Selbsthilfe werden konnten.

¹ Greenpeace-Magazin Nr.2/ 2014, März-April, S.1516

² Compartamos bedeutet: wir teilen, wir nutzen gemeinsam.

³ Vgl. Yunus, Muhammad (1999), S. vii ff.

So beschloss Yunus, Abhilfe zu schaffen und lieh aus eigener Brieftasche 27 US-Dollar an 42 Frauen, um deren Schulden bei Wucher-Geldleihern abzulösen und ihnen eine finanzielle Basis für ihr Erwerbsleben zu geben⁴ – mit großem Erfolg. Ab 1977 begann er Kleinstkredite zu vergeben, was 1983 schließlich zur Gründung der Grameen Bank (übersetzt: „Dorf“-Bank) führte. Der Grundgedanke von Yunus war, den Ärmsten seiner Landsleute durch ökonomische Hilfe zur Selbsthilfe eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen – ein tief mitmenschliches Motiv. Yunus sagte später selbst einmal, er habe Struktur und Vorgehensweise der kommerziellen Geschäftsbanken studiert, die nach dem Prinzip der Profitmaximierung arbeiten – und in allen Punkten das Gegenteil gemacht.⁵

Die Grameen Bank ist als eine Non-Profit-Bank konzipiert. Die Gewinne der Bank sollten nicht ohnehin wohlhabenden Aktieneigentümern⁶ als Nicht-Arbeits-Einkommen in Form von Dividenden oder Aktienkurssteigerungen zufließen, sondern denjenigen zugutekommen, die sie durch ihre Arbeit erwirtschaften: den kleinen, armselig lebenden und hart arbeitenden Kreditnehmern der Grameen Bank. Deshalb wurde die Bank nicht als Aktiengesellschaft, sondern als Genossenschaft organisiert. Sie sollte vom Konzept her in Händen der vielen fast mittellosen Kleinkunden bleiben, die auch als Genossen fungieren⁷ und entsprechende Mitspracherechte innehaben sollten. Dieses Ziel konnte allerdings nur schrittweise umgesetzt werden: Nach dem Stand von Oktober 2011 gehört die Bank jetzt zu 95 % den Armen, die restlichen 5 % verbleiben bei der Regierung.⁸

Zinssätze im Vergleich

Da die Bankgewinne nicht an eine kleine Gruppe wohlhabender Aktionäre abfließen, konnte die Grameen Bank ihren Kreditnehmern von Anfang an Geld zu vergleichsweise niedrigen Zinsen zur Verfügung stellen. Die 20 % nominaler Jahreszins, die die Grameen Bank verlangte, waren, gemessen an den damals als häufig einzige Alternative existierenden Darlehen der Geldleiher und verglichen mit heutigen

Zinssätzen von profitorientierten Mikrokreditbanken, äußerst günstig.

Wie bereits erwähnt, stellten vor Gründung der Grameen Bank skrupellose Geldverleiher für viele der ärmsten Menschen in Bangladesch und anderen Ländern häufig den einzigen Zugang zu Krediten dar. Ein Zinssatz von 10 % pro Woche, wie er bei Geldverleihern durchaus üblich war und ist⁹, entspricht einem Zinssatz von über 14.000 Prozent pro Jahr.¹⁰

Auf den Philippinen ist das sogenannte „5–6 Schema“ weit verbreitet: Für fünf Pesos, die zu Sonnenaufgang geliehen werden, müssen am Tagesende sechs Pesos zurückbezahlt werden.¹¹ Dies entspricht einem Zinssatz von 20 % pro Tag bzw. von über 6 Milliarden % auf 100 Tage. Bei diesem Zinssatz werden finanzmathematisch aus einem Euro-Cent binnen 200 Tagen über 57.000 Milliarden Euro. Der Grund hierfür ist der in der Finanzbranche übliche Zinseszinsseffekt.

Zur Verdeutlichung der Zinseszins-Problematik sei die Geschichte vom „Josephspfennig“ erwähnt: Wenn im Jahre 1 unserer Zeitrechnung bei der Flucht nach Ägypten von Maria und Joseph ein Pfennig zu einem Zinssatz von 4 % angelegt worden wäre, so wäre daraus bis zum Jahre 1750 über Zins und Zinseszins ein Geldbetrag im Wert von einer Erdkugel aus Gold geworden. Bis zum Jahr 1990 wären daraus 890 solche Kugeln geworden.¹² Es ist offensichtlich, dass eine auf dem Zinseszinsseffekt beruhende Kapitalvermehrung schon im Ansatz nur zu Lasten anderer Menschen möglich ist – im Falle von Geldverleihern zu Lasten der Kleinstkreditnehmer, die durch dieses System strukturell übervoiteilt werden.

Die Grameen Bank verzichtete bei ihren klassischen Kleindarlehen im Gegensatz zu konventionellen Banken oder Geldleihern von Anfang an auf Zinseszinsen. Sie vergab standardmäßig feste Ratenkredite zu einem Zinssatz von 20 % pro Jahr.¹³

Der klassische Basis-Mikrokredit der Grameen Bank hatte (und hat) folgende Struktur: Die Kreditlaufzeit beträgt ein Jahr. Kredite werden in wöchentlich gleichbleibenden Raten abbezahlt. Die erste Rate ist eine Woche nach Kreditherausgabe zu leisten,

4 Vgl. Yunus, Muhammad (1999), S. 49f.

5 Vgl. Spiegel, Peter (2012), S. 7–11.

6 Vgl. Eigentümerstruktur an Unternehmen in Deutschland oder den USA: Die gesamten deutschen Unternehmen, soweit sie in Besitz von Inländern sind, gehören ebenfalls etwa einem Zehntel der deutschen Bevölkerung, vgl. Frick/Grabka 2009, S. 60. In den USA beispielsweise befinden sich 61 % der Anteile an Finanzaktien (financial securities) in Händen der reichsten 1 % der US-Amerikaner, 98 % aller Finanzaktien gehören den reichsten 10 % der US-Amerikaner. Vgl. Domhoff 2012.

7 Yunus' Absicht, die Bank – ähnlich einer Genossenschaft – zu 100 % in den Besitz der Kreditnehmer zu übergeben, konnte nicht gänzlich umgesetzt werden: Die Regierung behielt zunächst 60 % Anteile an der Bank – die Kreditnehmer bekamen die übrigen 40 %. Erst im Lauf der Jahre konnte die Eigentumsstruktur dahin gehend geändert werden, dass die Kreditnehmer zu 75 % im Besitz der Bank waren, später sogar zu 93 %. Dies war wichtig, da die Besitzverhältnisse auch die Besetzung des Verwaltungsrats der Grameen Bank bestimmten – erst jetzt waren gewählte Vertreter der Kreditnehmer in der Mehrheit und konnten bei Entscheidungen stets die staatlichen Vertreter überstimmen.“ Nach dem Stand von Oktober 2011 gehört die Bank sogar zu 95 % den Armen, die restlichen 5 % verbleiben bei der Regierung. Quelle: http://www.grameeninfo.org/index.php?option=com_content&task=view&id=26&Itemid=175 unter Punkt 2.0.

8 Vgl. Yunus, Muhammad (1999), S. 235 oder Grameen Bank (2011)

9 Vgl. Spiegel, Peter (2012), S. 21: „Yunus fragte weiter: ‚Können Sie sich das Geld nicht anderswo leihen und das Material selbst kaufen?‘ ‚Schon, aber der Geldverleiher würde noch viel mehr von mir verlangen. Die Leute, die sich mit ihnen abgeben, werden nur noch ärmer‘. ‚Wie viel nimmt der Geldverleiher?‘ ‚Das hängt davon ab. Manchmal verlangt er 10 % pro Woche. Einer meiner Nachbarn muss sogar 10 % pro Tag bezahlen‘.“ In Yunus, Muhammad (1999), S. 47 ist der originale Dialog in Englisch abgedruckt.

10 Die exakte Formel zur Berechnung der tatsächlichen Jahreszinsen lautet: $(1 + \text{Zinssatz}) \times (\text{Kreditlaufzeit in Tagen}/365)$

11 Vgl. Smith, Phil/Thurman, Eric (2007), S. 55–57.

12 Vgl. Kennedy (1996), S. 5. Die Zahlen beziehen sich auf DM-Werte aus dem Jahre 1996.

13 Die Grameen Bank hat verschiedene Kredite in ihrem Angebot: flexible Kredite, Hauskredite zu 8 %, Bildungskredite zu 5 %, sogar ein Kreditprogramm für Bettler, d. h. sehr kleine Kredite zu NULL Prozent. Doch die mit Anstand wichtigste Kreditform ist der Basis-Kredit für Einkommensgenerierende Tätigkeiten. Letzterer wird auch heute noch zu festen, transparenten 20 % pro Jahr ohne Zinseszinsberechnung vergeben.

wobei sich die Raten aus einem Tilgungs- und einem Zinsanteil zusammensetzen.

Die wöchentliche Tilgung beträgt 2 % der Kreditsumme für die Dauer von 50 Wochen, wodurch der Kredit über diesen Zeitraum vollständig getilgt wird. Die Zinsen betragen umgerechnet zwanzig US-Cent pro Woche pro 100 geliehenen US-Dollar; Zinseszins gibt es nicht. Die Zinsen der gesamten Laufzeit beziehen sich nicht auf den zu Anfang geliehenen Betrag, sondern auf die durchschnittlich ausstehende Restschuld. Diese beträgt exakt die Hälfte des ursprünglich geliehenen Betrages, was man durch das Schaubild „declining balance rate“ verdeutlichen kann:

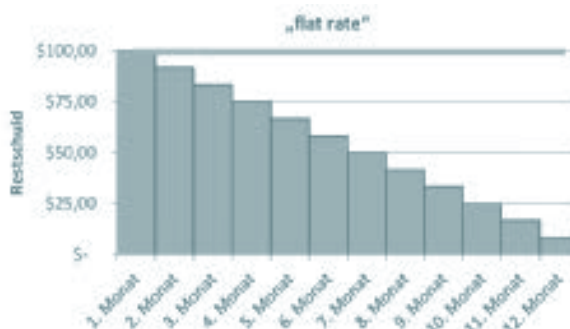


Zinsberechnung nach der „declining balance rate“-Methode. Die obere Linie stellt die Bemessungsgrundlage der Zinsberechnung dar.

Bei einem Jahreszinssatz von 20 % sind umgerechnet pro geliehene 100 US-Dollar somit insgesamt 20 % x 50 US-Dollar = 10 US-Dollar während der Gesamtlaufzeit an Zinsen zu bezahlen. Pro Woche ergibt das 10 US-Dollar / 50 Wochen = 0,2 US-Dollar, also 20 US-Cent pro geliehene 100 US-Dollar.

Hierzu ein konkretes Beispiel: Ein Kunde möchte einen Mikrokredit über umgerechnet 100 US-Dollar. Die wöchentliche Tilgung über 50 Wochen beträgt zwei Prozent der Kreditsumme, d. h. zwei US-Dollar pro Woche. Die Zinsen betragen jede Woche 0,2 US-Dollar pro geliehene 100 US-Dollar. Folglich hat der Mikrokreditnehmer jede Woche 2 US-Dollar Tilgungsanteil + 0,2 US-Dollar Zinsanteil = 2,2 US-Dollar zu seinen Treffen mit den Bankangestellten mitzubringen.

Auf die gesamte Kreditlaufzeit bezogen betragen die Zinsen also 10 US-Dollar. Das entspricht einem Zinssatz von 10 % auf den ursprünglich geliehenen Betrag von 100 US-Dollar bzw. 20 % auf den durchschnittlich ausstehenden Kreditbetrag von 50 US-Dollar.¹⁴



Zinsberechnung nach der „flat rate“-Methode. Die obere Linie stellt die Bemessungsgrundlage der Zinsberechnung dar

Eine Vergleichszahl hierzu: Die profitorientierte, börsennotierte mexikanische Compartamos Bank wirbt mit Mikrokrediten von 4 % Monat nach der sogenannten Flat Rate-Methode (siehe Schaubild „flat rate“).¹⁵

Flat Rate-Methode bedeutet, dass die 4 % bis zuletzt auf den ursprünglich entliehenen Betrag gezahlt werden müssen. Bei einem Kreditbetrag im Gegenwert von 100 US-Dollar müssen bei einer Kreditlaufzeit von 12 Monaten jeden Monat 4 US-Dollar Zins bezahlt werden bzw. ein US-Dollar pro Woche (zum Vergleich: bei der Grameen Bank 0,2 US-Dollar pro Woche), unabhängig von zwischenzeitlich erfolgten Tilgungszahlungen, unabhängig davon, wie hoch die ausstehende Restschuld ist. Über 12 Monate bedeutet dies Zinszahlungen von insgesamt 48 US-Dollar (zum Vergleich: bei der Grameen Bank müssen insgesamt 10 US-Dollar Zins bezahlt werden) oder einen Zinssatz von 48 % (ohne Berücksichtigung von zwischenzeitlich angefallenen Zinsen) auf die ursprünglich entliehenen 100 US-Dollar (im Vergleich dazu: 10 % bei der Grameen-Bank) oder 96 % auf den durchschnittlich ausstehenden Kreditbetrag (zum Vergleich: bei der Grameen Bank 20 %).

Unter Berücksichtigung sonstiger Gebühren und Kosten, die von der Compartamos Bank den Kreditnehmern zusätzlich in Rechnung gestellt werden (und die bei der Grameen Bank nicht anfallen), ergibt sich bei der Compartamos Bank ein tatsächlicher effektiver Jahreszinssatz von mindestens 105 % pro Jahr¹⁶ (zum Vergleich: bei der Grameen Bank beträgt der Effektivzins 20 % pro Jahr, da hier keine weiteren Gebühren in Rechnung gestellt werden).¹⁷

Diese effektiven Nominalzinsen muss man jedoch noch um die Inflation bereinigen, um die Realzinsen zu erhalten, die die Kreditnehmer tatsächlich zahlen müssen. Ein Beispiel zur Verdeutlichung: Angenommen, ein Bäcker nimmt einen Kleinkredit von 100 US-Dollar zu 20 % Nominalzins für ein

¹⁵ Vgl. Waterfield, Chuck (2011)

¹⁶ Vgl. Waterfield, Chuck (2011)

¹⁷ MicroFinance Transparency untersucht die Mikrokreditprodukte von Mikrofinanzinstituten und vergleicht im Anschluss an eine ausführliche Analyse, inwieweit die von den MFIs angegebenen Zinssätze mit den rechnerisch tatsächlichen Zinssätzen übereinstimmen. Wenn dies zu 100 % korrekt ist, erhält ein solches Institut die Höchstnote (MicroFinance Transparency Index = „100 %“). Der Grameen Bank ist dies für jedes ihrer Mikrokreditprodukte gelungen. Vgl. MicroFinance Transparency (2011)

¹⁴ Vgl. Yunus (1999), S. 61–83 und 235–243

Jahr auf. Nach einem Jahr muss der Bäcker also 120 US-Dollar zurückzahlen. Nehmen wir an, die Fladenbrotpreise betragen bei Kreditaufnahme 0,1 US-Dollar pro Brot. Ein Kredit über umgerechnet 100 US-Dollar entspricht für den Bäcker also einem Wert von 1.000 Fladenbrot. Wenn es keine Inflation gibt, die Fladenbrotpreise also konstant bleiben, muss der Bäcker nach einem Jahr, um die 120 US-Dollar zurückzahlen, 1.200 Fladenbrote backen und zurückzahlen. Beträgt die (Brotpreis)-Inflation jedoch 20 %, d. h., die Brotpreise steigen binnen Jahresfrist von 0,1 US-Dollar pro Brot bzw. 10 US-Cent auf 12 US-Cent pro Fladenbrot, so muss der Bäcker nach einem Jahr, um die 120 US-Dollar zurückzuzahlen, nur 1.000 Fladenbrote backen. Sein Realzins liegt also bei Null, wenn der Kreditzins 20 % beträgt und die Inflation ebenfalls 20 %. Liegt die (Fladenbrotpreis)-Inflationsrate bei 10 %, so beläuft sich der Realzins des Bäckers auf 9,1 %.¹⁸ Der Realzins gibt also an, wie viel ein Kreditnehmer tatsächlich, real zurückzahlen muss. Der Realzins ist also in Wirklichkeit für den Kreditnehmer der entscheidende Zinssatz, nicht der Nominalzins.

Angewendet auf die Grameen und Compartamos Bank ergibt sich folgende Rechnung:

- Im Gründungsjahr der Grameen Bank 1983 betrug die Inflationsrate in Bangladesch 8,5 %. Bereinigt man die 20 % Nominalzinsen um diese Inflationsrate, so erhält man für das Jahr 1983 einen Realzins von 10,6 %.
- Für das Jahr 1984 erhält man einen Realzins von 5,3 %. Realzinsen von 5 bis 10 % 1983 und 1984 waren, verglichen mit den Wucherzinsen ringsum, äußerst niedrig.
- 2012 betrug die Inflationsrate in Bangladesch etwa 9 %.¹⁹ Der Realzins der Grameen Bank 2012 belief sich also auf 10,1 % (20 % Nominalzins bereinigt um die Inflationsrate von 9 %).

In Mexiko betrug die Inflationsrate 2012 etwa 4 %.²⁰ Der Realzins der Compartamos Bank betrug 2012 97,1 % (105 % Nominalzins bereinigt um die Inflationsrate von 4 %). D. h. 2012 waren die Realzinsen der profitorientierten Compartamos Bank mit 97,1 % beinahe zehnmal so hoch wie die Realzinsen von 10,1 % der nicht-profitorientierten Grameen Bank.

Unsinnige Durchschnittsbildung

Da beide Banken Mikrokredite vergeben, kann man sie unter dem Begriff Mikrokreditbanken zusammenfassen und einen Durchschnittszinssatz von Mikrokreditbanken bilden. Eine solche Durchschnittsbildung der Zinssätze von Compartamos und Grameen Bank ist ähnlich sinnvoll wie die Durchschnittsbildung des Einkommens einer Führungskraft mit einem Monatseinkommen von 10.000 Euro mit demjenigen einer

Hilfskraft, die ein Monatseinkommen von 1.000 Euro hat. Im Durchschnitt verdienen beide 5.500 Euro. Doch was sagt dies aus? Über die Realität des Lebens eines Menschen mit einem Monatseinkommen von 1.000 Euro sagt dies wenig aus, im Gegenteil, die Beschreibung der Wirklichkeit wird durch eine solch unsinnige Durchschnittsbildung komplett verfälscht. Es stellt eine analytische Unsauberkeit dar, die Zinssätze zweier Institutionen, die so wenig gemeinsam haben wie die Compartamos Bank und die Grameen Bank, zu einem Durchschnitt zusammenzufassen und hieraus Schlüsse *alle* Mikrokreditbanken betreffend ableiten zu wollen. Eine solche Unsauberkeit *muss* zu wissenschaftlich falschen Ergebnissen führen, wie jedem einleuchten wird.

Dass die Zinssätze der nach profitorientierten Grundsätzen handelnden Compartamos Bank beinahe zehnmal so hoch sind wie diejenigen der Grameen Bank ist kein Zufall. Denn im Prinzip „Gewinnmaximierung“ steckt eine mehr als deutliche Aufforderung zur Abzocke, einem ethisch unzweifelhaft fragwürdigen Verhalten.²¹ Diese Aussagen des Betriebswirtschaftsprofessors Heinz Siebenbrock bringen eine zentrale Botschaft der Betriebswirtschaftslehre auf den Punkt: Gewinnmaximierende Mikrokreditbanken sind *keine* Wohltätigkeitsvereine. Es geht ihnen nicht darum, Kleinkreditnehmern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, sondern darum, Profit für ihre überwiegend sehr wohlhabenden Aktionäre zu erzielen. Sie unterscheiden sich in dieser Beziehung nicht von den Geldleihern, die von ihren Klienten Wucherzinsen verlangen, um sich selbst zu bereichern.

Doch genau das versuchte Yunus durch die Gründung der Grameen Bank zu verhindern. Deshalb ist es nicht nur analytisch unsauber, sondern in hohem Maße irreführend und falsch, dass heute die Grameen Bank mit den Wucherzinsnehmern, seien es Geldleiher, seien es profitmaximierende Geschäftsbanken, die Yunus bekämpfen wollte, in einen Topf geworfen wird. De facto vergibt die Grameen Bank bis heute ihre Kredite zu effektiven Realzinsen, die, je nach Inflationsrate zwischen 5 % und 15 %, um ein Vielfaches niedriger sind als anderswo.

Die Kosten für Kleinkredite in Asien oder anderen Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen mit den in Europa oder den USA üblichen Zinsen für Durchschnittskredite zu vergleichen, ist in dreifacher Hinsicht falsch und irreführend:

- Zum einen ist das Zinsniveau allgemein in Industrieländern deutlich niedriger als in Entwicklungsländern.
- Zweitens sind Kleinkredite wegen des sehr viel höheren Bearbeitungsaufwandes deutlich teurer als Normalkredite. Kleinkredite sind daher auch in Europa sehr viel teurer als Normalkredite.

18 Die genaue finanzmathematische Formel für die Ermittlung der Realzinsen lautet: $(1 + \text{Zinssatz} / 1 + \text{Inflationsrate} - 1) \times 100$

19 Vgl. www.tradingeconomics.com

20 Vgl. www.tradingeconomics.com

21 Siebenbrock (2013), S. 20

- Drittens ist die Inflationsrate in Industrieländern normalerweise deutlich niedriger als in Entwicklungsländern.

Was man also vergleichen müsste, um zu einer wahrheitsgemäßen Aussage über die Zinshöhe zu kommen, sind Zinsen für Mikrokredite in Entwicklungsländern mit den allgemein üblichen Zinsen in Industrieländern, Kleinkredite mit Kleinkrediten und Realzinsen mit Realzinsen statt Nominalzinsen mit Nominalzinsen.

Ein Vergleich der Nominalzinssätze von Mikrokrediten der Grameen Bank mit europäischen Normalkrediten, wie es im Greenpeace-Magazin geschieht,²² ist daher nicht nur falsch und irreführend, sondern unseriös. Denn ein Vergleich mit der falschen Referenzgröße erzeugt das Bild, als ob die Grameen Bank, ebenso wie andere profitorientierte Geschäftsbanken, eine halsabschneiderische Bank sei, über die sich auf Kosten der mittellosen Kleinkreditnehmer eine kleine Anzahl an wohlhabenden Aktionären bereichert – was auf die profitorientierte Mikrokreditbank Compartamos u.a. ja auch zutrifft...

Investitions- statt Konsumkredit

Ein weiterer fundamentaler Unterschied zwischen der Grameen Bank und den profitorientierten Mikrokreditbanken ist der Fokus auf die *Kreditverwendung*.

22 Wörtlich heißt es dazu im Greenpeace-Magazin: „Hierzulande liegen die Zinsen bei drei bis fünf Prozent, für Mikrokredite sind es im weltweiten Schnitt mehr als 30 Prozent.“ Greenpeace-Magazin März/April 2014, S.15.

Die Grameen Bank besteht darauf, dass die Kredite ausschließlich zu Investitionszwecken verwendet werden. Bei den profitorientierten Mikrokreditbanken können Kleinkredite auch zu Konsumzwecken verwendet werden. Den Unterschied zwischen Investitions- und Konsumkrediten kann man sich durch folgende Überlegung leicht klarmachen.

Betrachten wir Robinson Crusoe auf seiner einsamen Insel. Durch Fischen mit einer Hand-Angel kann er sich recht und schlecht mit vielleicht zwei Fischen pro Tag ernähren. Nehmen wir an, er habe die Idee, aus Pflanzenfasern ein Netz zu flechten, das ihm künftig vielleicht zehn Fische pro Tag zu angeln ermöglicht. Um während des Flechtens, das 30 Tage dauert, nicht zu verhungern, nimmt er sich einen Kredit bei einem Leidensgenossen von der Nachbarinsel auf. Von ihm leiht er sich für 30 Tage jeden Tag einen Fisch mit dem Versprechen, ihm später 30 Tage lang täglich zwei Fische zurückzugeben, also zu einem sehr hohen Zinssatz.

Das neu geknüpfte Netz erhöht die Produktivität des Fische-Angelns von Robinson auf das Fünffache (10 Fische pro Tag statt 2). Robinson kann durch die Investition in das Netz problemlos selbst einen hohen Zins erwirtschaften und bezahlen. Er ist durch die gestiegene Produktivität in der Zukunft mühelos in der Lage, nicht nur die geliehenen Fische, sondern erheblich mehr, zurückzugeben. Da der Kredit für eine sinnvolle Investition verwendet wird, erwachsen dem Kleinkreditnehmer, Robinson, daraus keine Finanzprobleme. Diese Aussage kann verallgemeinert werden: Sinnvolle, die Produktivität erhöhende Investitionskredite können normalerweise problemlos mit Zinsen zurückgezahlt werden.

Beispiel: Compartamos Bank

Angenommen, die Compartamos Bank beginne wie die Grameen Bank mit einem effektiven Realzins von etwa 10 % pro Jahr statt 97 % und probiere nun aus, wie sich der Gewinn verändert bei Erhöhung der Zinsen. Nun kann die Bank den Realzins auf 20 % pro Jahr erhöhen und beobachten, ob die Rückzahlungsquote, die in etwa die Privatinsolvenzrate widerspiegelt, entsprechend sinkt. Wenn die Rückzahlungsquote beispielsweise von über 97 %, wie sie bei der Grameen Bank üblich ist, auf 95 % sinkt, so lohnt sich die Zinserhöhung betriebswirtschaftlich, sprich: unter Profitmaximierungsaspekten: Bei einer Zinserhöhung um 10 Prozentpunkte steigt die Gewinnmarge ebenfalls um 10 Prozentpunkte, durch die Abnahme der Rückzahlungsquote von 97 % auf 95 % verliert die Bank aber nur 2 Prozentpunkte Gewinnmarge durch höhere Ausfälle. Ein lohnendes Geschäft: Netto steigt die Gewinnmarge um 8 Prozentpunkte.

Auf diese Weise kann eine profitmaximierende Geschäftsbank ihre Zinssätze sukzessive so stark erhöhen, bis eine weitere Erhöhung durch einen überproportionalen Abfall der Rückzahlungsquote überkompensiert wird. Bei demjenigen Zinssatz, bei dem der Anstieg der Gewinnmarge durch eine Kreditzinserhöhung genauso hoch ist wie der Anstieg der Privatinsolvenzen, sind betriebswirtschaftlich der optimale Zinssatz, die optimale Insolvenzquote und damit der maximale Gewinn erreicht. In den Begriffen der Ökonomen ausgedrückt: Bei demjenigen Zinssatz, bei dem der Grenznutzen einer weiteren Zinserhöhung ebenso hoch ist wie die Grenzkosten durch die Abnahme der Rückzahlungsquote, lohnt es sich unter Gewinnmaximierungsgesichtspunkten nicht mehr, den Zins noch weiter zu erhöhen. Eine so niedrige Ausfallquote wie diejenige der Grameen Bank von unter 3 % ist unter Profitgesichtspunkten völlig ineffizient.

Die Frage der optimalen Zinshöhe ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht eine reine Rechenaufgabe. Das Wohl oder der Nutzen der Kreditnehmer spielt dabei keine Rolle. Es geht ausschließlich um das betriebswirtschaftliche Optimum, um maximale Gewinne für die wohlhabenden Aktionäre, die maximale Dividendenzahlungen erhalten sollen, ohne dafür zu arbeiten – herausgepresst aus der Arbeit der mittellosen Kleinkreditnehmer. Diese Vorgehensweise und dieses Ergebnis sind eine logische Konsequenz der Anwendung des Profitmaximierungsgedankens.

Völlig anders stellt sich die Lage dar, wenn es sich um einen Kredit zu Konsumzwecken handelt. Nehmen wir an, Robinson Crusoe würde sich die 30 Fische ausleihen, um damit eine Party zu veranstalten. Dann kann er die entliehenen Fische nur durch künftige Konsumeinschränkung zurückzahlen. Kommt noch ein stattlicher Zins hinzu, so kann es sehr leicht zu Überschuldung und Insolvenz – im Falle Robinsons im Extremfall zum Hungertod – kommen. Je ärmer der Kreditnehmer ist, desto gravierender sind die Auswirkungen von Konsumkredit mit hohen Zinsen. Denn Menschen, die ohnehin bereits ums Überleben kämpfen, ist es beinahe unmöglich, über künftigen Konsumverzicht einen Kredit mit Zinsen zurückzuzahlen. Konsumentenkredite an mittellose Menschen zu hohen Zinsen treiben diese häufig in finanzielle Abhängigkeiten, Überschuldung, Insolvenz und Elend. Auch diese Erkenntnis lässt sich verallgemeinern: Konsumentenkredite dienen in den seltensten Fällen dem Wohl der Kreditnehmer.

Volkswirtschaftlich betrachtet kann ein Konsumentenkredit mit einem Zinssatz von beispielsweise 25 % pro Jahr nur dann zurückgezahlt werden, wenn die Einkommen ebenfalls um 25 % pro Jahr steigen. Da die Löhne jedoch in den seltensten Fällen in diesem Ausmaß steigen, führen Konsumentenkredite über längere Zeiträume durch den Zinseszinsseffekt zwangsläufig zu Überschuldung und Insolvenz bei einer steigenden Anzahl von Schuldner. Die Geschichte ist voll von Beispielen hierzu.²³ Verallgemeinernd kann man sagen: Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind Konsumentenkredite kein geeignetes Mittel, langfristig Wohlstand und Wohlfahrt der Menschen zu erhöhen. Sie sollten daher verboten oder zumindest eingeschränkt werden.

Aus diesem Grund waren (und sind) Konsumentenkredite bei der Grameen Bank verboten. Ganz anders ist die Ausgangslage für Banken wie die Compartamos Bank. Für sie ist es rational, den Zinssatz so lange zu erhöhen, wie der betriebswirtschaftliche Nutzen aus den erhöhten Zinsen den betriebswirtschaftlichen Schaden aus den daraus folgenden erhöhten Privatinsolvenzen der Mikrokreditnehmer übersteigt.

Größenordnung der Kredite und weitere Besonderheiten

Das völlig Neue an den von der Grameen Bank eingeführten Krediten war ihre geringe Größe, woraus sich auch ihr Name – Mikrokredite oder Kleinstkredite – ableitet. In den 1980er Jahren lag die typische Summe eines Mikrokredites für Neukunden der Grameen Bank bei umgerechnet etwa 25 US-Dollar,²⁴ um das Jahr 2010 lag die durchschnittliche Kreditsumme eines Mikrokredites bei etwa 200 US-Dollar.²⁵ Die Grameen Bank war und ist mit dieser völlig neuen Kreditart extrem erfolgreich und wuchs enorm. Bis 2014 hatte sie insgesamt

den Gegenwert von 14,8 Milliarden US-Dollar an Mikrokrediten vergeben, von denen 13,4 Milliarden US-Dollar bereits vollständig abbezahlt sind. 2014 hatte die Grameen Bank mehr als 8,5 Mio. Kunden, von denen 96 % Frauen waren. An diese wurden Anfang 2014 monatlich mehr als 145 Mio. US-Dollar an Mikrokrediten vergeben. Die Rückzahlungsrate lag Anfang 2014 bei 97,32 %.²⁶

Eine weitere Besonderheit der von der Grameen Bank ins Leben gerufenen neuen Kreditart war und ist, dass sie überwiegend an Frauen vergeben werden. Diese Tatsache stellt gerade in einem islamisch geprägten Land wie Bangladesch eine Art Revolution dar, da Frauen vor Gründung der Grameen Bank besonders große Schwierigkeiten hatten, an Geld zu kommen. Im Zuge der Erfahrungen mit Mikrokrediten stellte Yunus fest, dass Frauen als Kreditnehmerinnen häufig verantwortungsvoller mit dem entliehenen Geld umgehen als Männer, da sie das Geld vor allem für die Zukunft ihrer Kinder investieren und seltener als Männer für Konsumzwecke verwenden. Yunus leistete durch die Kreditvergabe an Frauen auch einen erheblichen Beitrag zur Gleichberechtigung von Frauen.

Ergebnisse

Die von Muhammad Yunus als nicht-gewinnorientierte Genossenschaftsbank gegründete Grameen Bank, die sich überwiegend im Eigentum der Kleinkreditnehmer befindet, war von Anfang an ein Segen für die überwiegend weiblichen Kleinkreditnehmer und hatte auf nahezu allen Ebenen erhebliche positive Auswirkungen auf ihre Kreditnehmerinnen. Weltweit gibt es zahlreiche Belege für positive Auswirkungen von Mikrokrediten, die in diesem Geist gehandelt wurden:

- In Bolivien konnten Mikrokreditnehmer durch die Vergrößerung ihrer Kapitalbasis ihr Einkommen innerhalb von nur zwei Jahren verdoppeln.²⁷
- In Ghana konnten Einkommenssteigerungen von Mikrokreditnehmern ermittelt werden, die doppelt so hoch waren, wie jene einer Kontrollgruppe.²⁸
- In Indonesien lagen die Einkommenssteigerungen der Mikrokreditnehmer innerhalb eines Beobachtungszeitraums bei 12,9 %, bei Nicht-Mikrokreditnehmern hingegen nur bei 3 %.²⁹

Eine Vielzahl von Studien kann bereits Ergebnisse dieser Art vorweisen. Höhere Einkommen ermöglichten es Mikrokreditnehmern, die zuvor häufig über keinerlei Ersparnisse verfügten, sich fortan durch gezieltes Sparen für die Zukunft abzusichern. Äußere negative Einflüsse wie Unwetter und Ernte-

26 http://www.grameeninfo.org/index.php?option=com_content&task=view&id=453&Itemid=527

27 Vgl. Year of Microcredit 2005(2012)

28 Vgl. Littlefield, Elizabeth/Morduch, Jonathan/Hashemi, Syed (2003)

29 Vgl. ebenda.

23 Vgl. Graeber, Schulden – die ersten 5000 Jahre.

24 Vgl. Yunus (1999), S. 64 oder Dowla/Barua (2006), S.18f.

25 Vgl. Yunus (2010), S. 5.

ausfälle oder auch Notsituationen, wie z. B. Todes- und Krankheitsfälle innerhalb der Familie, ließen sich durch finanzielle Rücklagen einfacher oder gar erstmals bewältigen und führten nicht mehr wie so oft zwangsläufig zur Verelendung.

Doch es sind nicht nur rein finanzielle Vorteile, von denen Mikrokreditnehmer profitieren: Philanthropisch ausgerichtete Mikrokreditprogramme wirken häufig gezielt auf weitere Bereiche im Leben der Armen ein, indem sie z. B. das Bewusstsein der Armen in Bezug auf ihre eigene Gesundheit schärfen. Krankheiten führen gerade bei Armen zu Einkommenseinbußen oder zum gänzlichen Verlust des Einkommens. Die Grameen Bank, und viele andere ähnlich organisierte Mikrokreditbanken, bieten daher ihren Kunden u.a. Aufklärungsprogramme, Ernährungsberatung, sie vermitteln Grundlagen zum Thema Hygiene u.a.m.

So konnte bereits nachgewiesen werden, dass Kinder von Grameen's Mikrokreditnehmern mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die Schule besuchen.³⁰ Dadurch haben sie grundsätzlich bessere Chancen, langfristig der Armut zu entkommen.

Die profit-getriebenen kommerziellen Mikrokreditbanken nutzen zunehmend den seit Verleihung des Friedensnobelpreises an M. Yunus anerkannt guten Ruf der Mikrokreditbanken aus – vermutlich bis der Begriff Mikrokreditbanken völlig diskreditiert oder pervertiert ist. Deshalb ist es grundsätzlich falsch, Profit- und Non-Profit-Mikrokreditbanken unter dem Begriff „Mikrokreditbanken“ zu subsumieren. Man sollte künftig die Begriffe streng und sauber trennen in Non-Profit-Mikrokreditbanken und Profit-Mikrokreditbanken. ■

Literaturverzeichnis

Domhoff, G. William (2012): Wealth, Income and Power, in: WhorulesAmerica.net, www.sociology.ucsc.edu

Frick, Joachim und Grabka, Markus (2009): Gestiegene Vermögensungleichverteilung in Deutschland, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Januar 2009

Graeber, David (2012): Schulden – die ersten 5000 Jahre, Stuttgart

Grameen Bank (2011): Grameen Bank at a glance, October 2011, online abgerufen am 07.03.2014 unter http://www.grameeninfo.org/index.php?option=com_content&task=view&id=26&Itemid=175

Grameen Bank (2014): Monthly Report, Statement No.1, Issue No. 409, 05. Februar 2014, online abgerufen am 07.03.2014 unter http://www.grameeninfo.org/index.php?option=com_content&task=view&id=453&Itemid=527

Greenpeace-Magazin Nr.2/ 2014, März-April

Kennedy, Margrit (1996): Geld ohne Zinsen und Inflation, Stuttgart

Littlefield, Elizabeth/Morduch, Jonathan/Hashemi, Syed (2003): Is Microfinance an effective strategy to reach the Millennium Development Goals? Focus Note No. 24, January 2003, CGAP, Washington D.C., 2003 online abgerufen am 28.08.2013 unter <http://www.cgap.org/publications/microfinanceeffectivestrategyreachmdgs>

MicroFinance Transparency (2011): Grameen Bank Pricing Certification Report, Lancaster, PA, USA 2011 online abgerufen am 07.03.2014 unter <http://www.mftransparency.org/wp-content/uploads/2012/05/MFT-BRF-202-EN-Challenge-of-Understanding-Pricing-of-Microloans-2011-06.pdf>

Siebenbrock, Heinz (2013): Führen Sie schon oder herrschen Sie noch? Eine Anleitung zum fairen Management, Marburg

Smith, Phil/Thurman, Eric (2007): A Billion Bootstraps, Microcredit, Barefoot Banking, and the Business Solution for Ending Poverty, McGrawHill, New York, 2007

Spiegel, Peter (2012): Muhammad Yunus, Banker der Armen, Gestalter der Zukunft. 1. Auflage, Verlag Herder GmbH, Freiburg, 2012

Trading Economics (2013a): Bangladesh Inflation Rate, Trading Economics, New York City/Lisboa 2013 online abgerufen am 10.09.2013 unter <http://www.tradingeconomics.com/bangladesh/inflation-cpi>

Trading Economics (2013b): Mexico Inflation Rate, Trading Economics, New York City/Lisboa 2013 online abgerufen am 10.09.2013 unter <http://www.tradingeconomics.com/mexico/inflation-cpi>

Waterfield, Chuck (2011): The Challenge of Understanding Pricing of Microloans, MFTransparency, Lancaster, PA, USA, 2011, online abgerufen am 09.08.2013 unter <http://www.mftransparency.org/wp-content/uploads/2012/05/MFT-BRF-202-EN-Challenge-of-Understanding-Pricing-of-Microloans-2011-06.pdf>

Year of Microcredit 2005 (2012): Resource Library, UN Capital Development Fund/UN Department of Economic and Social Affairs, New York, 2012, online abgerufen am 18.08.2013 unter http://www.yearofmicrocredit.org/pages/reslib/reslib_recreading.asp#data

Yunus, Muhammad (1999): Banker to the Poor, Microlending and the battle against world poverty, PublicAffairs, New York, 1999

Yunus, Muhammad (2010): Social Business, Von der Vision zur Tat, Carl Hanser Verlag München, 2010

³⁰ Vgl. Year of Microcredit 2005 (2012)

Weiterführende Literatur

Bornstein, David (2005): The Price of a Dream, The Story of the Grameen Bank, Oxford University Press, Inc., Oxford, 2005

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2008): Mit Mikrofinanzierung aus der Armut: Der deutsche Beitrag zur Entwicklung nachhaltiger Finanzsysteme, BMZ Bonn/Berlin, Oktober 2008

Counts, Alex (2008): Small loans, big dreams: How Nobel prize winner Muhammad Yunus and microfinance are changing the world, 2008 edition, John Wiley & Sons, Inc., Hoboken, New Jersey, 2008

Daley-Harris, Sam/Awimbo, Anna (2006): More Pathways Out Of Poverty, Kumarian Press, Inc., Bloomfield, CT USA, 2006

De Soto, Hernando (2000): The Mystery of Capital, Why capitalism triumphs in the west and fails everywhere else, Black Swan Books, London, 2000

Dowla, Asif/Barua, Dipal (2006): The Poor Always Pay Back, The Grameen II Story, Kumarian Press, Inc., Bloomfield, CT, 2006

Lützenkirchen, Cédric/Weistroffer, Christian (2012): Microfinance in Evolution, Deutsche Bank AG, DB Research, Frankfurt am Main, 2012, online abgerufen am 23.08.2013 unter http://www.dbresearch.com/PROD/DBR_INTERNET_EN-PROD/PROD0000000000294314.pdf?kid=dbr.inter_ghpen.headline

Moro Visconti, Roberto (2011): Poverty Traps and Microfinance, From Financial Inclusion to Sustainable Development, ibidem-Verlag Stuttgart, 2011

Narayan, Deepa/Pritchett, Lant/Kapoor, Soumya (2009): Moving Out of Poverty, Volume 2, Success from the Bottom Up, Palgrave Macmillan & The World Bank, 2009

Odell, Kathleen (2010): Measuring the Impact of Microfinance: Taking Another Look, Grameen Foundation USA, Washington D.C., 2010, online abgerufen am 17.08.2013 unter http://www.grameenfoundation.org/sites/default/files/Updated2_Measuring%20the%20Impact%20of%20Microfinance%20Taking%20Another%20Look.pdf

Rosenberg, Richard (2010): Does Microcredit Really Help Poor People? Focus Note No. 59, January 2010, CGAP, Washington D.C., 2010, online abgerufen am 28.08.2013 unter <http://www.cgap.org/publications/does-microcredit-really-help-poor-people>

Rosenberg, Richard/Gaul, Scott/Ford, William/Tomilova, Olga (2013): Microcredit Interest Rates and Their Determinants, CGAP, Washington D.C., 2013, online abgerufen am 27.08.2013 unter <http://www.microfinancegateway.org/p/site/m//template.rc/1.9.62171>

Sachs, Jeffrey (2005): The End of Poverty, economic possibilities for our time, The Penguin Group Inc., New York, 2005

Yunus, Muhammad (2008): Die Armut besiegen, Carl Hanser Verlag München, 2008

Yunus, Muhammad (2011): Sacrificing Microcredit for Megaprofits, The New York Times, 14.01.2011, online abgerufen am 19.09.2013 unter http://www.nytimes.com/2011/01/15/opinion/15yunus.html?_r=0

Über die Autoren

Prof. Dr. Christian Kreiß studierte Volkswirtschaftslehre und promovierte in München über die Große Depression 1929 bis 1932. Nach neun Jahren Berufstätigkeit als Bankier, davon sieben Jahre als Investment-Banker, unterrichtet er seit 2002 als Professor an der Hochschule Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. Zahlreiche Veröffentlichungen, Vorträge, Rundfunk und Fernsehinterviews zur aktuellen Finanzkrise, geplantem Verschleiß und Wegen in eine menschengerechte Wirtschaft.

Jochen Splettstößer, geboren 1987, studierte Wirtschaftsingenieurwesen und Industrial Management an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Aalen und schloss sein Studium jeweils als Jahrgangsbester ab. 2013 beschäftigte er sich im Rahmen seiner Masterarbeit intensiv mit dem Thema Mikrokredite.

Überleben setzt leben können voraus

Noch ist die Idee von der „nachhaltigen Entwicklung“ nicht brauchbar.

Otto Ulrich

Zur Einleitung

Nach diesem Sommer wissen wir es: Der **Klimawandel** lässt sich nur noch abschwächen und verlangsamen – alte, scheinbar richtige Gewissheiten lösen sich auf: Sind Regenmengen nur Klimaanomalien oder dirigiert dahinter eine unsichtbare Kraft? Und der Klimawandel selbst? Die meteorologische Faustregel lautet, dass erst nach 30 Jahren Wetterstatistik eine Klimaänderung „bewiesen“ ist – offenbar gilt das aber immer weniger: Der Rückversicherer MunichRe schreibt: „Der Klimawandel wird sich in den nächsten 10 Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit sogar beschleunigen. Extreme Schäden werden die Folge sein.“

Demnach gilt: Wetterextreme als Folge des laufenden Klimawandels im Hintergrund werden zum neuen Alltag gehören – lässt sich im Hinblick auf eine sozialverträgliche Anpassung noch etwas tun? Was wäre das?

Auf den **UN-Weltklimakonferenzen** ringt die internationale Staatengemeinschaft seit 1994 um einen rechtlich verbindlich festgelegten Konsens darüber, dass bis 2050 die globalen CO₂-Emissionen um 50 Prozent zu reduzieren sind.

Vom 1. bis 12. Dezember 2014 wird die **20. UN-Weltklimakonferenz** in Lima stattfinden. Sie soll die vom 30. November bis 11. Dezember 2015 in Paris stattfindende **21. UN-Weltklimakonferenz** so gut vorbereiten, dass der so dringlich erwartete Konsens

dort endlich gemeinsam erreicht wird – alle Vorläuferkonferenzen scheiterten an der folgenden Frage:

- Wie muss ein Konsens im Sinne der globalen Klimagerechtigkeit aussehen, dass ihm sowohl die Industrieländer, wie vorneweg China und die USA, aber auch Deutschland, die bislang weiterhin die Atmosphäre mit CO₂ verschmutzen, wie auch die sogenannten „Entwicklungsländer“, die schon jetzt unter den Folgen der globalen Erwärmung besonders leiden, zustimmen können?

Längst hat sich aber auch eine Gegenbewegung formiert, die von den schleppenden, von Taktik bestimmten „Hinhalte“-Weltklimakonferenzen immer weniger hält. **Emanzipatorische Alternativen** haben sich auf den Weg gemacht, die Zukunft der Welt von unten her neu zu gestalten:

- Die **Commons-Bewegung** erprobt neue Formen gemeinschaftlichen Reproduzierens.
- Die **Transition-Town-Bewegung** will resiliente Gemeinschaften aufbauen.
- Die **Gemeinwohlökonomie** setzt bei Unternehmen an, die in ein Sozialgefüge eingebettet sind.
- Die **Soziale Dreigliederungs-Bewegung** hat eine grundlegende Erneuerung des sozialen Organismus – vom Menschen her – im Visier.

Es wundert nicht, dass längst von einer „Globalen Transformation“, von einem an Fragen der Umsetzung interessierten „**transformativen Lernen**“ gesprochen wird – der „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung zu Globalen Umweltveränderungen“ (WBGU) setzt gerade hier richtungsweisende Akzente.

Insbesondere wird dabei seit vielen Jahren auf die „**Bildung für nachhaltige Entwicklung**“ (BNE) gesetzt – die UN Dekade BNE, von 2005 bis 2014, läuft gerade aus. Ende September 2014 findet genau zu diesem Thema in Bonn eine „**Nationale Konferenz zum Abschluss der UN Dekade BNE**“ statt. Dort wird Rückblick gehalten: Wo stehen wir, was wurde erreicht? Zugleich wird versucht werden, neue Akzente zu setzen, die in einer wohl 2015 ansetzenden neuen UN Dekade einmünden werden.

Seit langem werden aber auch Stimmen laut – etwa in Österreich sowie im Umfeld des „Wuppertal Instituts“ – die die inhaltliche und die didaktische Orientierung von BNE heute für zu kurz gegriffen und damit für unangemessen halten, weil, wie eingangs erwähnt, die immer dichter werdenden Wetterextreme die soziale Verwundbarkeit zunehmend erhöhen.

Hier setzt der nachstehend Artikel an, er fragt im Kern danach, wie eine **Didaktik** der sozialen Vorsorge aussehen müsste, um den Menschen gerade in modernen Angestelltengesellschaften resilienter, also fehlerfreundlicher und flexibler zu machen, damit er unter sich verändernden Lebensbedingungen im wahren Leben ankommen kann – um überhaupt (über)leben zu können.

Nachhaltige Entwicklung?

Viele, die sich auskennen, resignieren: Die weltweit angesagte „nachhaltige Entwicklung“ ist bisher nicht viel mehr als eine Idee, die noch nicht um sich greift. Noch sind wir schutzlos den neuen Gesetzmäßigkeiten ausgesetzt, die aus der Überdehnung der Belastungsgrenzen des Planeten und aus den wachsenden CO₂-Konzentrationen resultieren. Wir sind Teil der Natur und müssen endlich von ihr lernen, wie man sich nach Zusammenbrüchen neu aufrichtet, sich wandelt und weiter wächst. Förderung der sozialen Resilienz (vgl. Kasten) wird in diesem Sinne ein wichtiges neues Politikfeld, wenn nicht sogar eine neue Staatsaufgabe werden.

Dass sich die Idee der „nachhaltigen Entwicklung“ mit Blick auf die 2015 beginnende neue UN-Dekade zu „globalen nachhaltigen Entwicklungszielen“ weiterentwickelt, ist für uns alle von größtem Interesse.

Es gibt Menschen, die immer noch so tun, als würde der eingeschlagene Kurs einer „nachhaltigen Entwicklung“ dienen –, sei es, weil es ihr Auftrag ist, sei es, weil sie sich auf der Seite der Zukunft zeigen und wie Menschen darstellen wollen, die ihre Verantwortung wahrnehmen und sich anpassen. Und dann gibt es jene, die ganz genau wissen, dass das so nicht funktioniert, weil die Idee zwar begründet ist, aber noch ungezündet im Schatten liegt... Wo ist das Licht? Die weltweit heranrollenden Springfluten, die mehr und mehr unser Handeln bestimmen, beunruhigen uns – der Hurrikan „Sandy“ ist da nur ein Beispiel. Zum Schatten gehört auch, dass neue Gesetzmäßigkeiten schleichend, aber längst messbar, in Kraft getreten sind: Die Folgen des Klimawandels rücken näher, für jeden erkennbar – unser Planet zeigt Stressphänomene. Wir werden handeln müssen und das wird unseren Alltag zunehmend verändern.

Wird die „nachhaltige Entwicklung“, auf deren Pfaden wir uns seit mindestens 20 Jahren wähen, zu jenem Licht werden können? Und dürfen wir in seinem Schatten mit dem dann „grünen“ Wachstum weiter machen wie bisher? Dürfen wir dann auch weiter daran glauben, dass unsere „Energiewende“ etwas mit Klimaschutz zu tun hat, dass wir also auf dem richtigen Wege sind?

Noch hat die notwendige Debatte über diese Fragen, von technologischen Machbarkeitsfragen abgesehen, nicht begonnen. Unter uns herrscht kein geistiges Klima, in dem öffentlich über die nötigen Konsequenzen der Tatsache gesprochen werden könnte, dass sich der Klimawandel nicht nach den Bedürfnissen des Menschen richtet, sondern wir uns an die Folgen des Klimawandels anzupassen haben; dass wir angemessener darauf reagieren müssten, dass sich der Klimawandel schon weit in das biologische Unterfutter des Lebens auf der Erde, und damit in die Lebensbedingungen unserer Existenz, hineingefressen hat...

Die Belastungsgrenzen unseres Planeten sollten der Maßstab sein für die Beurteilung, ob die Idee einer „nachhaltigen Entwicklung“ bisher überhaupt

Resilienz

„Resilienz (lateinisch *resilire*, ‚zurückspringen‘, ‚abprallen‘, deutsch etwa ‚Widerstandsfähigkeit‘) beschreibt die Toleranz eines Systems gegenüber Störungen. – „Resilienz ist die Fähigkeit eines Systems, mit Veränderungen umgehen zu können.“ (Wieland, A. & Wallenburg, C.M. (2013): The influence of relational competencies on supply chain resilience: a relational view. *International Journal of Physical Distribution & Logistics Management*. Vol. 43, No. 4, pp. 300-320.) – Systeme müssen von innen oder außen kommende Störungen ihres Zustandes ausgleichen oder unter Aufrechterhaltung ihrer Systemintegrität ertragen können. [...] Ein anschauliches Beispiel für Resilienz im engeren Sinn ist die Fähigkeit eines Stehaufmännchens: Es kann sich aus jeder beliebigen Lage wieder aufrichten. [...] Ein eng verwandter Begriff ist Selbstregulation. – Der Begriff wird in verschiedenen Fachgebieten unterschiedlich interpretiert. [...]“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/Resilienz>)

angemessen realisiert wurde; ob dieses Leitbild des 21. Jahrhunderts überhaupt tauglich ist zum großen Wurf, geeignet als Orientierungsrahmen zur epochalen Wende, um damit dem Paradigmenwechsel als konzeptionelles Unterfutter dienen zu können; ob dieses Licht, einmal entzündet, die Schatten verdrängt, die uns heute noch bedrängen.

„Ich denke mir die Erde mit ihren Dunstkreisen ...“

... gleichsam als ein großes lebendiges Wesen, das im ewigen Aus- und Einatmen begriffen ist“, so Goethe im Gespräch mit Eckermann, 1827. Auch Alexander von Humboldt sah seine Forschungen unter einer planetarischen Perspektive: Sein „Kosmos“ beginnt mit dem Blick „[...] aus den Tiefen des Weltraums“, um dann „durch die Sternenschicht zu dem luft- und meerumflossenen Erdsphäroid, seiner Gestaltung, Temperatur und magnetischen Spannung, welche vom Licht angeregt sich an seiner Oberfläche entfaltet“ zu kommen.¹

Vielleicht macht nur dieser planetarische Blick auf unser „Raumschiff Erde“ deutlich, wie sehr unsere Lebensgrundlage unter dem Stress des Klimawandels bereits erschüttert wurde und dass unsere Lebensbedingungen dadurch längst infrage gestellt werden. Umso mehr sollten wir „die Chance für eine neue Zivilisation“ – wie es 1980 in dem Brundtland-Report der UNO unter Leitung von Willy Brandt hieß – dort suchen, wo sie schon vermutet wurde: in der „nachhaltigen Entwicklung“. Es gilt, ihr Leitbild zu überprüfen, neu zu greifen, neu zu justieren und

¹ Alexander von Humboldt: *Kosmos. Entwurf einer physischen Weltbeschreibung*. Erster Band. Stuttgart und Tübingen 1845. S. 80. Siehe auch http://www.deutsches-textarchiv.de/book/view/humboldt_kosmos01_1845?p=99

schließlich neu zu definieren, was unter „nachhaltiger Entwicklung“ zu verstehen ist – gerade auch weil sie weiterhin so „schwerfällig, unbrauchbar, nicht sexy“, daher kommt, wie es einst Umweltminister Jürgen Trittin formulierte.

Hier nun kommen die Forschungen von Johan Rökkström vom Stockholm Resilience Centre in Stockholm ins Visier. Er erarbeitete mit einem Team internationaler Wissenschaftler – zu denen auch Professor Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung gehört – aus einer tatsächlich planetarischen Perspektive ein Konzept zur Bestimmung der „Belastungsgrenzen des Planeten“. Den Wissenschaftlern geht es darum, das System Erde in seinen essentiellen Dimensionen zu erfassen und in den mittlerweile erreichten globalen Grenzwerten abzubilden. Diese Forschungsarbeiten wurden 2009 in der Zeitschrift „Nature“ veröffentlicht. Nun liegt ein weiterer wissenschaftlich abgesicherter Beweis vor, dass wir die Atmosphäre unseres blauen Planeten zunehmend über seine Grenzen hinaus mit CO₂-Schwaden vergiften.

Angesichts dieses „harten“ empirischen Ergebnisses muss die Idee einer „nachhaltigen Entwicklung“ ernsthaft befragt werden: Was beinhaltet sie wirklich? Ist sie zu Recht eine noch zu entdeckende Zukunftsoption oder müsste sie vielmehr weiterentwickelt werden? Wenn ja, in welche Richtung und wie? Immerhin sollte sie, einmal gezündet, dazu verhelfen, einen neuen zivilisatorischen Entwurf der Zukunft, in die Tat umzusetzen – einer Zukunft, die im Einklang mit planetarischen Gesetzmäßigkeiten steht.

Konkret stellt sich die Frage: Lassen sich Argumente entwickeln, die die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) der UN (Zieljahr 1915) mit den Zielen verbinden, die mit der bisherigen Idee von „nachhaltiger Entwicklung“ und deren voraussichtlich nötiger Weiterentwicklung erreicht werden sollen? Wie müssten diese Argumente lauten?

Die griechische Erdgöttin Gaia hat uns darüber aufgeklärt...

– und wir haben es leider immer noch nicht begriffen: Der Mensch ist untrennbar und unverkennbar Teil des ökozentrischen Weltkreislaufs des Lebens – und doch auf dem besten Wege, „den Ast abzusägen, auf dem er sitzt“.

„Nachhaltig ist eine Entwicklung, welche den Bedürfnissen der gegenwärtigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“²

Auch wenn diese klassische Definition des Brundtland-Reports millionenfach zitiert wurde, ändert dies nichts daran, dass sie nebulos und diffus ist und für viele unverständlich und abstrakt geblieben

ist. Warum ist es bis heute nicht gelungen, diese diplomatische Kompromissformel didaktisch mit Leben zu füllen – etwa durch Versuche, das unendlich geheimnisvolle Zusammenspiel von Natur und Mensch künstlerisch in bewegende Bilder zu fassen oder durch reale Simulationsspiele, durch die das notwendige Umdenken spielerisch erlernt werden kann?

Vielleicht resignieren einige der Väter der Idee der Nachhaltigkeit, weil sie erkennen, dass die Kluft zwischen dem, was geleistet werden müsste und dem, was auf dem Felde „nachhaltiger Entwicklung“ seit 20 Jahren nicht geleistet wird, immer weiter auseinander klafft.

Klaus Töpfer ist einer, der es wissen muss, weil er 1992 auf der berühmten UN-Konferenz in Rio dabei war: Als damals junger Bundesumweltminister hat er maßgeblich dazu beigetragen, dass die Idee einer „nachhaltigen Entwicklung“ auf die globale Agenda gesetzt wurde. Bis heute bestimmt ihr Leitwort die Richtung der laufenden UN-Kampagne „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

„Wir waren damals zu euphorisch“, gesteht Töpfer heute, um es dann auf den Punkt zu bringen: „Am täglichen Müll, den eine Gesellschaft erzeugt, ist ablesbar, dass wir noch lange keine nachhaltige Gesellschaft sind.“

Ein weiterer, der es beurteilen kann, ob wir in den letzten Jahrzehnten auf dem Pfad der „nachhaltigen Entwicklung“ voran gekommen sind, ist Dennis Meadows, Mitautor der vor 40 Jahren erschienenen Studie über die „Grenzen des Wachstums“:

„Schon seit langem bewegen wir uns weit jenseits der Nachhaltigkeit. In der Theorie bleibt ‚nachhaltige Entwicklung‘ eine feine Sache. Aber was bislang in der Praxis daraus gemacht wurde, ist reine Fantaserei“, lesen wir im Januar dieses Jahres in einem Interview in der Zeitschrift „OYA“. Dennis Meadows muss es wissen. Er überblickt wie kaum ein anderer, die langen Linien wachsender Belastungen unseres Planeten. Wohl deshalb kommt er zu der für ihn begründeten Einsicht, dass „die natürlichen Systeme bald die Kontrolle über unsere Lebensbedingungen auf der Erde übernehmen werden“.

Eine Feststellung, die auch von dem Norweger Jørgen Randers, Mitautor von „2052. Der neue Bericht an den Club of Rome“, geteilt wird: „Ich habe 40 Jahre lang für Nachhaltigkeit gekämpft, und heute ist die Welt weniger nachhaltig, als sie es vor 40 Jahren war.“ Randers lehnt sogar den Begriff der „Nachhaltigkeit“ ab: „Ein steriles Wort“, das nur dazu geführt habe, „dass wir aufgrund der falschen Wortwahl 30 Jahre in einer völlig gegenstandslosen, sinnfreien Debatte verbracht haben.“

Laut denjenigen, die es beurteilen können, sind wir schutzlos den Rückkoppelungen unseres fossilen Tuns ausgeliefert, die in absehbarer Zeit über uns hereinbrechen werden. Und offenbar bereiten wir uns auch noch falsch auf diese Katastrophe vor...

2 Vgl. Brundtland-Report: Unsere gemeinsame Zukunft, 1987, http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/brundtland_report_563.htm

Das Konzept „nachhaltige Entwicklung“ muss neu und schärfer justiert werden. Aber wie?

Nehmen wir einmal an, Dennis Meadows und sein Kollege Jörgen Randers hätten ebenso wie Klaus Töpfer recht damit, dass das, was man seit 20 Jahren auf den Weg zu bringen versucht, um eine „nachhaltige Entwicklung“ zu begünstigen, nutzlos, zu steril und sogar kontraproduktiv war, weil mit falschen Mitteln an der falschen Front gekämpft wurde. Dann muss hier von Politikversagen gesprochen werden, auch wenn etwa Deutschland meint, auf dem Felde der Nachhaltigkeit allen voran zu gehen.

Oberflächlich gesehen und nach außen hin hat sich die deutsche Politik des Themas Nachhaltigkeit angenommen. Seit 2001 lässt sich die Bundesregierung von einem „Rat für Nachhaltigkeit“ beraten, sie hat einen Staatssekretärskreis für Nachhaltigkeit einberufen, der Bundeskanzlerin Merkel 2011 veranlasst zu sagen: „Welch anderes Land, wenn nicht Deutschland, kann auf dem Weg der Nachhaltigkeit mitgingen?“

Noch ist Deutschland diesem Anspruch nicht gerecht geworden. Noch wurde der Weg, „nachhaltige Entwicklung“ als vorrangige, neue Staatsaufgabe zu verstehen, nicht beschränkt. „Nachhaltige Entwicklung“ findet im Rahmen der Aufgabenverteilung der Bundesregierung nicht statt. Keine Bundesregierung hat es bislang geschafft, diesem Thema eine angemessen bedeutsame Rolle innerhalb der staatstragenden Ministerialbürokratie zuzugestehen. Noch haben wir keine vom Staat gewollte und mitgetragene Politik, die einer nachhaltigen Entwicklung und damit der „Aufrechterhaltung der Lebensbedingungen auf der Erde“ dienen will. Dass dieses Thema als vorrangiges Staatsziel gesehen wird, davon sind wir weit entfernt.

Hinter der Idee der Nachhaltigkeit steckt jedoch noch unendlich viel mehr – und darum geht es, soll eine trockene Definition mit Leben gefüllt werden: So immerhin sieht es der jüngst verstorbene Physiker Hans-Peter Dürr. Für ihn ist Resilienz etwas Flexibles, etwas Dynamisches. Vielfalt ist die Voraussetzung, um bessere Lösungen zu finden. „Nur die differenzierte Vielfalt, die sich anpassen gelernt hat und es dann auch kann, ist langfristig überlebensfähig.“ Ist Resilienz der Docht, der die Flamme „nachhaltige Entwicklung“ zum Leuchten bringen kann?

Was sind resiliente Persönlichkeiten?

Namita lebt mit ihrer Familie in einem Dorf in Tamil Nadu in Südindien: Elektrischen Strom gibt es dort noch nicht, sauberes Wasser nur einmal in der Woche, die Toilette ist um die Ecke im nahen Regenwald, der jetzt gerodet werden soll. Deshalb gehört Namita einer Frauengruppe an, die sich in gewaltlosem Widerstand übt. Der Fluss ist immer früher und länger ausgetrocknet; der rußige Qualm des Hüttenfeuers schlägt auf die Lunge, jeder Atemzug schmerzt, aber der Junge hat Hunger, die Tochter hustet fürchterlich, der Mann ist,

wie meist, besoffen und bei irgendwelchen Weibern; das Brennholz ist wieder zu feucht, die Ameisen sind auch überall; das Dach muss endlich geflickt werden, der Nachbar wird ihr wohl dabei helfen, der hat noch etwas Bindedraht, wie sie weiß. Sie ist bei alledem ganz zufrieden, sie liebt die Morgensonne.

Friedrich kommt aus einem Dorf. Er hat seinen Aufstieg über den 2. Bildungsweg gemacht, sogar das Abitur hat er so geschafft. Seine Eltern sind ganz stolz darauf – immerhin haben sie ihm geholfen, wo sie konnten. Nun lebt er in Hamburg, kennt viele Kneipen, der Bioladen ist gleich nebenan. Morgens joggt er im nahen Park, er hat nette Kumpels, eine schicke Freundin. Sein Auto braucht er selten, dafür aber umso mehr das Fahrrad.

Vor dem Studium in London, Lausanne und Berlin war er 2 Jahre in den USA und Japan, er spricht neben Deutsch auch Englisch, Französisch und ganz gut Japanisch; er ist stets mobil und erreichbar, sein „soziales Netzwerk“ ist ganz okay. Gerade hat er sein Jurastudium abgeschlossen: Energierecht. Eine internationale IT-Firma hat ihn mit einem traumhaft guten Gehalt sofort eingestellt, er wird wohl Karriere machen.

Er hat etwas Angst, bald keine Freizeit mehr zu haben.

Unser „modernes“ Bildungssystem bringt hochintelligente, allerdings dem Leben entfremdete, Absolventen hervor; sympathische junge Menschen, die weit gereist sind, zumeist polyglott, die aber in der Regel auch nie und ungeplant ins Schleudern gekommen sind – was schade ist, denn genau darum geht es, will man resiliente, lebenserprobte und damit auch krisenkompetente überlebensfähige Persönlichkeiten heranbilden. Wir brauchen ein Curriculum, in dem gelernt wird, wie wichtig es ist, täglich seine Fehler zu machen, in dem das Lernen aus Fehlern genau das Gewollte ist.

Der tägliche Fehler wird zum Geschenk, zum Träger einer neuen Fehlerkultur

Jeder „Fehler“ ist eine Aufforderung zur Entwicklung, zur Anpassung – bis zum nächsten Fehler, dem nächsten Zusammenbruch, dem nächsten Scheitern, dem nächsten Mangel – und der Überwindung all dieser Herausforderungen.

Soziale Resilienz ist die Fähigkeit eines Menschen, aber auch von sozialen Gemeinschaften, sich beim Durchlaufen von Krisen und beim Managen von schwierigen Umständen weiterzuentwickeln, sich durch alles hindurch selbst zu organisieren, um dann krisenerfahren zu erkennen, wo sich neue Chancen eröffnen, die andere eben nicht sehen, um daran weiter und weiter zu wachsen – genau das macht doch im Kern Entwicklung aus.

Wer gelernt hat, sich durch das Managen von Krisen „am Dasein zu halten“, seine „Existenz aufrecht zu erhalten“, sich „zu bewahren“ hat eine im Wortsinn „nachhaltige Entwicklung“ durchgemacht – womit

sich endgültig zeigt: Der Begriff „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist nur dann mit Leben zu füllen, wenn es gelingt, eine Didaktik zu entwickeln – wie sie in Indien oder im afrikanischen Busch noch unmittelbar vom Leben dort vorgegeben wird – die den jungen Menschen in unseren Angestelltengesellschaften erlebbar macht, dass ein schmerzhafter Prozess der notwendigen Transformation zugrunde liegt, die es ihnen ermöglicht, ein Leben zu führen, das sich selbst am Dasein erhalten kann, weil die Betroffenen permanent aus Krisen, Zusammenbrüchen und Katastrophen gelernt haben.

Nichts von alledem ist bislang in den schulischen Konzepten zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ angekommen: Wer hinter die bunten Fassaden etwa des „Globalen Lernens“ schaut, findet immer noch den alten Muff, mediatorisch aufgehübscht – uralte Paukmuster: Globale Fakten verpackt in bunte Filmchen, Fakten auf CDs, Fakten in Büchern, Fakten zum auswendig Lernen und zum Abprüfen. Klassischer Frontalunterricht, Arbeitsgruppen zu weltweiten Einzelthemen, die alle für sich wichtig sind, multimedial präsentiert werden, genau aber das nicht zu leisten vermögen, was moderne, didaktisch entwickelte seriöse Gestaltungsspiele aus sich heraus leisten können.

Deshalb wird solchen Gestaltungsspielen – sei es dem amerikanischen Online-Spiel „World without Oil“ oder dem in Deutschland entwickelten UN-Weltklimaspiel „Cooling down!“ – die Zukunft gehören. Diesen Spielen liegt ein Prinzip zugrunde, welches das Langweilertema „nachhaltige Entwicklung“ mit Leben erfüllt, an einem Punkt, auf den es wirklich ankommt: Den jungen Menschen, die sich darauf einlassen, wird spielerisch mitgegeben, dass man nur durch Dialog zum Konsens finden kann. Das ist etwas, was sie brauchen werden, was sie auch suchen, um geistige Monokulturen aufzubrechen. Auf diese Weise kann nachhaltige Entwicklung in soziale Bewegung münden.

Moderne Simulationsspiele, dem Gedanken des Commoning verpflichtet – dem gemeinsamen, spielerischen Gestalten als Spielprinzip – machen es möglich, das unverstündlich gebliebene Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ mit jenen Prozessen des Lebendigen zu verknüpfen, die das große Spielfeld der Evolution bestimmen – sich im Leben immer wieder neu aufzurichten, sich zu verändern und sich anpassen zu können; auch nach bitteren Erfahrungen in jedem Fehler eine Chance, in jedem Mangel eine Herausforderung, in jedem Scheitern den Anstoß zum Gelingen erkennen zu können – all das gehört zur Grundausrüstung der Resilienz.

Damit wird soziale Resilienz zunächst einmal zu einem Thema der politischen Vorsorge: Es gilt den unabwendbar anstehenden, möglicherweise von kommenden „Sandys“ erzwungenen, gesellschaftlichen Wandel als Politikauftrag zu moderieren.

„Soziale Resilienz“ einübbar zu machen ist eine didaktische Herausforderung, die geeignet ist, zum Kernziel einer didaktisch neu zu greifenden „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu werden.

Wir müssen die sozialen Fähigkeiten, die uns befähigen den Wandel zu managen, als Chance begreifen, wenn es gilt, die Zukunft zu erobern. Scheitern kommt von Holzsplit, und jedes Holzsplit, das vom Baum absplittert, führt zur Gesundung des weiteren Wachstums des Baumes. ■

Otto Ulrich,

geb. 1938, hat sich viele Jahre im Bundeskanzleramt unter Helmut Schmidt mit politischer Langfristplanung befassen können; heute ist er auch international unterwegs, um mit seinem, von ihm entwickelten Simulationsspiel „Cooling down!“ das Thema der globalen Nachhaltigkeit an Schulen und Universitäten voran zu bringen. www.cooling-down.com

UNESCO trifft Eurythmie

Auf der „Nationalen Konferenz zum Abschluss der UN-Dekade BNE“ vom 28. bis 30. September in Bonn geht es auch um inhaltlich neue Perspektiven für eine in 2015 erwartete neue UN-Dekade zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Bundesweit werden im Anschluss an die Konferenz zahlreiche BNE Aktionstage stattfinden. Auf folgende, von der Deutschen UNESCO Kommission befürwortete Veranstaltungen, sei hier aufmerksam gemacht:

Mit Spielen die Welt verändern. Das Simulationsspiel als didaktisches Übungsfeld zur „nachhaltigen Entwicklung“. 1.10.14, Bad Honnef, Gymnasium Schloss Hagerhof, Menzenberg 13, Foyer, 13.00 – 17.00, <http://www.bne-aktionstage.de/index.php?year=2014&d=g&mode=quick&gid=2422>

Liebesgrüße an „Bruder Atmosphäre“. Lesung mit eurythmischen Einlagen zum Text. Mit einer Einführung: Was hat Eurythmie und Dichtung mit Nachhaltigkeitsbildung zu tun? Mitwirkende: Nana Tsiklauri, Eurythmistin und Musikerin, Johannes O. Ulrich; Verfasser und Vortragender, 30.9.14, Bonn, Frauenmuseum, Im Krausfeld 10, 53111 Bonn, 19.30, <http://www.bne-aktionstage.de/index.php?year=2014&d=g&mode=quick&gid=2439>

Weitere Informationen, etwa darüber, wo diese Veranstaltungen noch stattfinden, unter www.cooling-down.com

Wer Interesse hat, die eine oder die andere Veranstaltung mit uns zu organisieren, schreibe eine Mail an: Otto.ulrich@web.de

Zeichen der Zeit

Beschleunigung in der Ukraine und die Frage der kritischen Solidarität

Kai Ehlers

Vorbemerkung der Redaktion: Der folgende Artikel wurde Ende Juli geschrieben. Die Grundfrage, die der Autor im Hinblick auf die Ukraine behandelt, bleibt aber in allen Wechselfällen der Ereignisse konstant eine höchst aktuelle. Zugleich verweisen wir auf die Website des Autors www.kai-ehlers.de, wo man immer wieder Updates zur jeweils aktuellen Lage im Ukraine-Konflikt findet.

Die Eskalation des Bürgerkrieges in der Ukraine steigert sich von Tag zu Tag. Zu befürchten ist, dass der soeben erfolgte Zerfall der Koalitionsregierung das Tempo eher noch beschleunigen als abbremsen wird. Solidarität wird mehr und mehr zum Gebot der Stunde.

Aber mit wem soll man solidarisch sein? Die Ansichten dazu gehen so diametral auseinander wie die Speichen eines Fahrrades. Mit den Mitgliedern der Regierung, die durch das Auseinanderfallen der Koalition noch stärker unter den Druck der Rechten und des internationalen Kapitals geraten? Mit den Soldaten, die laut Poroschenko „heldenhaft unser Land verteidigen“, die aber ab August keinen Sold mehr bekommen werden, wenn nicht sofort das neue Steuergesetz verabschiedet werden kann, das heißt im Kern, wenn nicht endlich die Oligarchen zu ausreichenden Steuerabgaben verpflichtet werden können? Mit den Wehrpflichtigen und ihren Müttern, die gegen Poroschenkos neue Mobilmachung demonstrieren? Mit den Opfern der Kiewer Offensive gegen „Terrorismus“? Für welche Ziele stehen welche Gruppierungen? Ist der Westen des Landes „faschistisch“? Sind der Osten und Süd-Osten, namentlich der Donbas „terroristisch“?

Das Informationschaos über das Geschehen im Lande ist inzwischen perfekt – ganz zu schweigen von dem Sturm der gegenläufigen Übertreibungen, Verdrehungen und gezielten Falschmeldungen, die zu den Ereignissen im Lande verbreitet werden, einschließlich der nach wie vor bloßen Schuldzuweisungen und wilden Spekulationen zu den Ursachen des Boeing-Absturzes.

Die Situation scheint ohne Ausweg zu sein. Westliche Appelle zur Niederlegung der Waffen und zur Aufnahme von Gesprächen prallen an der Entschlossenheit des Präsidenten Poroschenko ab, den Widerstand des Donbas zu brechen, koste es, was es wolle.

Da helfen auch Aufrufe der deutschen Bundeskanzlerin nichts, Poroschenko möge bei der Niederschlagung des Widerstandes die Verhältnismäßigkeit der Mittel beachten. Angesichts der Tatsache, dass Poroschenko selbst, wenn er wollte, die diversen irregulären Truppen, Milizen und Banden nicht im Griff hat, die aufgebrochen sind, um in ihrem Sinne im Osten für Ordnung zu sorgen, klingen solche Ratschläge wenn nicht dumm, dann zynisch, ganz abgesehen davon, dass Poroschenko eine solche Rücksichtnahme erklärtermaßen nicht will.

Auf der anderen Seite brechen sich russische Appelle zur Niederlegung der Waffen an der Hartnäckigkeit der Kämpfer in den vom Westen belagerten und bombardierten Städten im Donbas und an ihren, angesichts der erklärten Zielsetzung Poroschenkos verständlichen, Befürchtungen, dass sie nach Niederlegung ihrer Waffen damit zu rechnen hätten, niedergemacht, verhaftet, verfolgt und vertrieben zu werden.

Je weiter die Eskalation voranschreitet, soeben noch einmal angeheizt durch die von Poroschenko angeordnete nochmalige Teilmobilisierung von ca. 60.000 Mann, umso unversöhnlicher radikalisieren sich die Positionen, umso mehr treten die ursprünglichen sozialen und politischen Ziele der Unruhen hinter die militärische Aktion und hinter die Selbstbehauptung zurück, bekommen polare Positionen die Überhand über gemäßigte, verwandeln sich politische Ziele in Hass und Gewaltbereitschaft.

Wie auf dem Kiewer „Euro-Maidan“ die nationalistische pro-ukrainische Rechte, die mit europäischen Werten rein gar nichts im Sinn hat, in der Logik der Radikalisierung dennoch in Führungspositionen vorrückte und am Ende das Geschehen des Umsturzes und der nachfolgenden Politik der Übergangsregierung, einschließlich des Kurses von Poroschenko bestimmte, so zeichnet sich auf der Seite des ursprünglichen Gegen-Maidan, der zunächst nicht mehr war, als die Forderung nach betrieblicher, lokaler und regionaler Selbstbestimmung, unter dem Eindruck der Bombardierung von Dörfern und Städten durch Kiewer Truppen ein spiegelbildlicher Vorgang ab, bei dem die ursprünglichen breiten Referenden sich, unter dem Einfluss russischer Ideologen und Kämpfer in aggressiven pro-russischen und orthodoxen Nationalismus zu verwandeln drohen.

Wer vertritt hier noch die Interessen der Bevölkerung? Wer hat hier noch die ursprünglichen Impulse der anti-oligarchischen Proteste im Blick? Wer hat den Nutzen von dieser Entwicklung? Schaut man genau hin, dann sind im Westen wie im Osten des Landes nur diejenigen Gewinner, denen es gelingt, die brennenden sozialen Probleme des Landes unter aufgeputzten nationalistischen Hysterien zu begraben.

Wer noch genauer hinschaut, wer vor allem hinhört, was das Volk redet, in russischen Küchen ebenso wie in ukrainischen, wo man sich bei gegenseitigen Verwandtschaftsbesuchen ein Bild von den Ereignissen zu machen versucht, dem eröffnet sich noch eine weitere Dimension: die Dimension des Geldes. So bitter es ist, das zu sagen: Sowohl für die TeilnehmerInnen des frühen Euro-Maidan ebenso wie für die des Anti-Maidan, habe es Geld gegeben, erzählt man sich an den Küchentischen und in den Urlaubsorten, wo Russen und Ukrainer sich immer noch begegnen.

Dieses Geld kam mit Sicherheit nicht nur von den Amerikanern, auch nicht nur von der EU, sondern ebenso, ohne dass dies irgendwo öffentlich ausgerufen worden wäre, aus inländischen Quellen, aus Kreisen der Oligarchen, die über den Maidan, wie schon in früheren Jahren, ihre Konkurrenz austrugen, die den Maidan dafür benutzten.

Geld kostet jetzt auch die „Offensive gegen den Terrorismus“, kostet das Heer, kostet die Nationalgarde, kosten die paramilitärischen Truppen eines Rechtsradikalen Jarosch, kosten schließlich auch die lokalen und regionalen Milizen, die offen von Oligarchen als Privattruppe unterhalten werden. Kein Zufall, dass die Regierung jetzt an der Novelisierung eines Steuergesetzes scheitert. Poroschenko hat es nicht geschafft, anders als seinerzeit Putin in Russland, die Oligarchen nach ihren Privatisierungsraubzügen endlich wieder zu regelmäßigen Steuerzahlungen zu verpflichten. Es ist auch sehr fraglich, ob er – Oligarch unter Oligarchen und unter dem Druck der nationalistischen Rechten – das überhaupt schaffen kann.

Geld kostet aber auch der Anti-Maidan. Das war schon so, als Janukowitsch den Anti-Maidan in Kiew finanzierte. Das gilt jetzt umso mehr, als die Kämpfe des Anti-Maidan nicht nur Waffen, sondern die politischen Aktivitäten auch Geld erfordern. Angesichts der anhaltenden Differenzen zwischen den verschiedenen Oligarchenclans dürfte klar sein, dass es da auch potente inländische Unterstützer gibt. Aus Solidarkassen von Kumpels und Stahlarbeitern, deren Spitzenlöhne bei 200 € im Monat liegen, lassen sich die Ausgaben einer „Republik“ Donezk oder Lugansk nicht bezahlen – jedenfalls nicht die von den Basis-Interessen der Donbasser Industrie-Arbeiterschaft sich loslösenden hochfliegenden Pläne eines russisch-orthodox ausgelegten „Novorossija“.

Der lachende Dritte im nationalistischen Gemetzel, zu dem die Menschen des Westens gegen die des

Ostens aufgestachelt werden, sind die ukrainischen Oligarchen, die nach dem Maidan überall im Lande die unmittelbare Macht übernommen haben. Dahinter werden noch ihre westlichen Unterstützer sichtbar. Poroschenko ist der deutlichste, wenn vielleicht auch selbst vorübergehende, Ausdruck dieser Situation. Sie vernichten ihre Kritiker im Osten wie auch im Westen, indem sie die Menschen aus dem Westen und aus dem Osten als „Faschisten“ und „Terroristen“ aufeinander hetzen.

Solidarität kann unter diesen Umständen nicht heißen, blind für „den Westen“ oder für „den Süd-Osten“ Partei zu ergreifen und die einen pauschal als „Faschisten“, die anderen als „Terroristen“ abzustempeln. Solidarität zu üben, heißt dazu beizutragen, Kriegshetze, Hass und Gewalt im Lande und in der internationalen Wahrnehmung der Vorgänge zu stoppen. Politische und sachliche Differenzen gehören ins Gespräch, Kriegshetze, Folter und Mord vor Gericht. Alles andere ist Lynchjustiz, ganz gleich mit welcher Rechtfertigung sie daherkommt – ob sie sich nun hinter einer nationalistischen, separatistischen oder gar menschenrechtlichen Maske verbirgt. ■

Kai Ehlers,

geb. 1944, studierte Geschichte, Publizistik und Theaterwissenschaften. Über APO und neue Linke führte sein Weg Anfang der 80er Jahre in die kriselnde Sowjetunion. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit als Journalist, Publizist, Schriftsteller, Forscher und Organisator liegt seitdem auf den Veränderungen im nachsowjetischen Raum und deren lokalen wie globalen Folgen. Dabei richtet sich seine Aufmerksamkeit in wachsendem Maße auf die Erarbeitung von Alternativen zur globalen Finanz-, System- und Kulturkrise.

Die kommunalen Auswirkungen von TTIP und TISA

Wilhelm Neurohr

Auf einer öffentlichen Veranstaltung zum TTIP-Abkommen im Stuttgarter Forum 3 am 19. März sowie auf anderen Veranstaltungen in verschiedenen Städten hatte der Autor in einem Kurzvortrag einige mögliche Auswirkungen von TTIP und TISA auf die Kommunen und die örtliche Daseinsvorsorge sowie die kommunale Selbstverwaltung und lokale Demokratie aufgezeigt. In einer ergänzten und vervollständigten schriftlichen Zusammenfassung sollen hier die zu erwartenden Auswirkungen und Einschnitte noch einmal verdeutlicht werden, die nach Auffassung des Verfassers teilweise gegen das Grundgesetz und die Kommunalverfassung verstoßen, aber auch gegen europäische Verträge und die gültige Grundrechte-

und Sozialcharta der EU. Die kommunalen Spitzenverbände (Städtetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund sowie die Verbände der öffentlichen Dienstleister) sind bei alledem außen vor, ebenso der EU-Regionalausschuss, während die Lobbyisten und Konzernvertreter einbezogen sind.

Hunderttausende Kommunen mit ihren Dienstleistungen und öffentlichen Unternehmen wecken kommerzielle Begehrlichkeiten

Was macht unsere (verarmten) Städte so begehrt für die internationalen Dienstleistungskonzerne? Hunderttausende Städte und Gemeinden in ganz Europa und fast 13.000 Städte, Kreise und Gemeinden in Deutschland bieten sich mit ihren vielen Dienstleistungen und kommunalen Unternehmen für einen „kommerziellen Beutezug“ geradezu an. Die amerikanischen Städte und Countys haben bereits fast alle Dienstleistungen bis auf die Wasserversorgung kommerzialisiert. Auch der EU-Binnenmarkt ist bereits zu 60 bis 70% ein Dienstleistungsmarkt. Allein die Kommunen in Deutschland vergeben jährlich Aufträge im Wert von 200 Mrd. €, Bund und Länder für weitere 200 Mrd. €. Deshalb ist das öffentliche und kommunale Vergabe- und Beschaffungswesen Bestandteil des geplanten TTIP-Abkommens.

An den internationalen Finanzmärkten spekuliert man, durch die Privatisierung des Wassermarktes 1 Bio. Dollar, des Gesundheitswesens 3,5 Bio. € und des „Bildungsmarktes“ 2,5 Bio. Dollar Profit zu machen – das sind die drei größten Wachstumsmärkte. Auch Bertelsmann als Europas größter Medienkonzern und einflussreichster TTIP-Lobbyist – der sämtliche Kommunen in Deutschland schon vorbereitend über seine Stiftung auf das New-Public-Management eingeschworen hat – kündigte im Februar dieses Jahres an, z.B. mit dem internationalen Bildungshandel 20 Mrd. € an Gewinnen anzustreben. Der verstorbene Bertelsmann-Patriarch Reinhard Mohn hatte zuletzt in einem Interview¹ die Finanzprobleme der kommunalen Haushalte als einen „Segen“ bezeichnet, weil nunmehr der Privatisierung kommunaler Dienste und Einrichtungen nichts mehr im Wege stehe. (Bekanntlich hatte die Bertelsmann-Tochter Arvato sogar versucht, ganze Kommunalverwaltungen z.B. in Yorkshire/England und in Würzburg/Bayern mitsamt den hoheitlichen Aufgaben komplett zu übernehmen, ist aber vorläufig damit gescheitert).

Mit der Gründung der ÖPP-Deutschland AG² unter Beteiligung privater Firmen hatte der damalige Bundesfinanzminister Steinmeier versucht, die Finanzierung öffentlicher und kommunaler Infrastruktur statt aus Steuern aus kommerziellen Geldquellen zugunsten von PPP-Modellen³ umzusteuern – was für Kommunen auch zur Bedingung und Voraus-

setzung für EU-Fördermittel werden sollte. Die überschuldeten (teilweise eigentlich insolventen) Städte und Gemeinden, die ihre Gehaltszahlungen an die Rathaus-Bediensteten oft über Dispo-Kredite (Kassenkredite) abwickeln, gehören faktisch den Banken. In dieser prekären Situation erhoffen sich die Betreiber des TTIP- und TISA-Abkommens für den Handel mit Dienstleistungen gerade auf kommunaler Ebene ein „leichtes Spiel“.

Bei TTIP und TISA geht es um den Handel mit Dienstleistungen und noch viel mehr

In dem geplanten Freihandelsabkommen (für die größte und damit dominante Freihandelszone der Welt) geht es nicht nur um Warenhandel, sondern – wie im vorletzten Heft ausführlich dargestellt – vor allem auch um den Handel mit Dienstleistungen und um Teilhabe an der öffentlichen Auftragsvergabe. Ferner umfasst TTIP den Handel mit Finanzprodukten, es geht um Patente und Urheberrechte, um die Nutzung von Land und Rohstoffen, aber auch um das Bildungs- und Gesundheitswesen, um kulturelle Dienstleistungen etc. Angestrebt wird die Veränderung von Sozialstandards, von Verbraucher- und Umweltstandards, die Marktöffnung für Abfallentsorgung, Energie und Transportwesen, Wasser- und Abwasserwirtschaft sowie Verkehr und öffentlichen Nahverkehr.

Es geht auch um Regelungen des Tarif- und Arbeitsrechtes, um Subventionsabbau, um Beschleunigung von Antrags- und Planverfahren (mit eingeschränkter Bürgerbeteiligung) u.a.m. Damit sind fast alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Selbstverwaltung und Planungshoheit massiv betroffen, obwohl das von der EU-Handelskommission bestritten wird. Dabei heißt es in einer offiziellen EU-Broschüre: Lediglich „bestimmte grundlegende Dienstleistungen auf lokaler Ebene werden durch TTIP nicht angetastet“. Es gehe doch bei den Marktöffnungen nur darum, marktrelevante Bereiche für ausländische Anbieter genauso wie für Inländer zu öffnen und handelshemmende Barrieren zu beseitigen...

Parallel finden ja auch noch Verhandlungen für ein Nachfolgeabkommen für das GATS-Abkommen der WTO (für den Handel mit Dienstleistungen) unter dem Kürzel TISA⁴ statt, um die bisher in Länderlisten festgelegten Ausnahmen für bestimmte öffentliche Dienstleistungen endlich zu kippen und die bisherigen „Positivlisten“ mit Tabubereichen durch „Negativlisten“ abzulösen, wonach künftig alles zu liberalisieren wäre, was nicht in Ausnahmen ausdrücklich erwähnt ist. Zudem sollen mit TISA Rekommunalisierungen nach gescheiterten Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen verhindert werden.

Damit werden die Städte und Gemeinden durch zwei Abkommen gleichzeitig „in die Zange genommen“. Diese bedenklichen Pläne haben neben der Zivilgesellschaft den deutschen Städtetag, den Verband kommunaler Unternehmen, den Deutschen

1 http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_14722_14723_2.pdf

2 <https://www.google.de/#q=%C3%B6pp+deutschland+ag>

3 Öffentlich-Private-Partnerschaft (Public Private Partnership), siehe <https://www.google.de/#q=ppp>

4 Siehe Beitrag im letzten Heft der Sozialimpulse.

Kulturrat und den WDR-Rundfunkrat, die Gewerkschaft ver.di und den DGB sowie viele andere Institutionen und Initiativen auf den Plan gerufen. Doch die kommunalen Spitzenverbände sind bei den nichtöffentlichen EU-Verhandlungen ebenso außen vor wie die Bürgerinnen und Bürger. Dennoch will die große Koalition in Berlin das Abkommen zügig abgeschlossen sehen, bevor die Kritiker dagegenhalten.

Während das GATS-Abkommen⁵ der WTO über den Handel mit Dienstleistungen den Ländern noch Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungsbereiche über Länderlisten erlaubte, sollen diese nun mittels TTIP und TISA liberalisiert oder abgeschafft werden, wie schon mehrmals durch die EU-Kommission vergeblich versucht. Die EU-Kommission verspricht aber bei den TTIP-Verhandlungen den Ausschluss von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ und will „Dienstleistungen in hoheitlicher Gewalt“ ausnehmen. Sie schreibt zudem in einer Presseerklärung vom November 2013: „Weder in der Vergangenheit noch in der Zukunft ist an einer Einschränkung oder Privatisierung kommunaler Daseinsvorsorge gedacht“ (obwohl sie zeitgleich mit der Konzessionsrichtlinie die Wasserprivatisierung nicht ausschließen wollte).

EU-Kommission hat keinerlei Rechtszuständigkeiten für Eingriffe in kommunale und regionale Zuständigkeiten

Eigentlich hat laut Lissabon-Vertrag die EU keinerlei Zuständigkeiten für die Belange der Kommunen und Regionen und kann folglich auch nicht für diese verhandeln, weil sämtliche lokalen und allgemeinen Dienstleistungen in der garantierten Selbstverwaltung der Städte, Kreise und Regionen liegen, einschließlich der Definitionshoheit und der Entscheidungskompetenz für kommunale Dienstleistungen. Im Februar 2010 hatte eine „Intergroup öffentliche Dienste“ aus EU-Parlament und -Kommission den ewigen Streitpunkt und Dauerkonflikt um die „Binnenmarktrelevanz“ kommunaler Dienstleistungen ein für allemal bereinigt. Die EU darf das Recht der Kommunen und Regionen auf Selbstverwaltung und das Subsidiaritätsprinzip nicht mehr antasten, wie auch vom EuGH zur Revision des europäischen Primärrechtes festgestellt.

Der Deutsche Städtetag wehrt sich deshalb auch gegen direkte und indirekte Auswirkungen auf die kommunale Organisationshoheit, auch dann, wenn Aufgaben und Organisationsformen der öffentlichen Verwaltung nicht explizit genannt werden. Die EU-Kommission pocht dessen ungeachtet auf Einschränkung der Marktregulierungsrechte der Kommunen, wenn sie ihr „angemessen und legitim“ erscheinen. Und seitdem das EU-Parlament im Mai 2013 in seiner Entschließung (Verhandlungsmandat) zu TTIP betont hat, dass TTIP für alle Verwaltungsebenen gelten solle (also auch für die Kommunen

als untere Ebene), fühlt sich die EU-Kommission verstärkt berechtigt, weiterhin in die kommunalen Rechte unrechtmäßig einzugreifen und versucht sogar, die Nationalparlamente aus der Ratifizierung des TTIP-Abkommens (über die Einschaltung des Europäischen Gerichtshofs [EuGH]) herauszuhalten.

EU und Bundesregierung verkaufen verfassungswidrig unsere Städte

Obwohl die EU laut Lissabon-Vertrag und gemäß dem Subsidiaritätsprinzip nicht in die kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsrechte eingreifen darf, weil sie damit ihre Zuständigkeit überschreitet, duldet unsere Bundesregierung den verfassungswidrigen Eingriff zur Entrechtung unserer Städte durch das TTIP-Abkommen. – Sie entmachtet sich sogar selber, indem sie den Konzernen vor internationalen Schiedsgerichten mit 3 Wirtschaftsanwälten erlaubt, die Staaten und Kommunen auf Entschädigung bei entgangenen Gewinnerwartungen zu verklagen, wenn z. B. der Bundestag oder Stadtrat handels-hemmende Umwelt- und Verbraucherschutzauflagen oder soziale Regeln wie Mindestlöhne gesetzlich beschließt. Vor jeder Gesetzesinitiative soll obendrein ein Konzerngremium ein vorheriges Überprüfungs- und Vetorecht bezüglich handels-hemmender Regelungen erhalten. Der Primat der Politik wird zum Primat der Wirtschaft – ein Staatsstreich von oben?). Die Folgen insbesondere auch für unsere Städte sind erheblich, in deren Rechte nur durch Gesetze, nicht aber durch bilaterale Abkommen eingegriffen werden darf.

Eigentlich ist in den Kommunalverfassungen bzw. Gemeindeordnungen der Bundesländer klar geregelt, dass die Kommunen – als Grundlage des demokratischen (Sozial-) Staatsaufbaus – „das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe“⁶ fördern. Deshalb sind sie in ihrem Gebiet „ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung“⁷. Die Gemeinden schaffen die „für ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Betreuung ihrer Einwohner erforderlichen öffentlichen Einrichtungen“ – also nicht etwa die transnationalen Konzerne. „Eingriffe in die Rechte der Gemeinden sind nur durch Gesetz zulässig“⁸ – also nicht durch bilaterale Handelsabkommen. Andernfalls läge hier ein deutlicher Verstoß gegen das Grundgesetz vor, dessen Artikel 28 (2) das Recht der Gemeinden garantiert, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung und Zuständigkeit zu regeln. Doch genau diese Gestaltungshoheit ist rundum in Gefahr! (Schon jetzt führen die Städte zu 80% nur noch Gesetzesvorgaben der EU aus, die zu nationalem Recht wurden oder hängen direkt und indirekt an den Fördertöpfen der EU).

6 So ist das beispielsweise in der Gemeindeordnung von NRW § 1 (1) formuliert (vgl. https://recht.nrw.de/lmi/owa/pl_text_anzeigen?v_id=2320021205103438063).

7 A.a.O., § 2

8 § 2 (3)

5 http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/wirtschaft/welthandel/welthandelssystem/GATS.html

Was kommt auf die entrechteten Städte und ihre Bürgerinnen und Bürger durch TTIP und TISA konkret zu?

Für die durch TTIP und TISA demnächst entrechteten Städte stellen sich in Zukunft beispielsweise folgende Fragen:

- Müssen die Städte bei öffentlichen Ausschreibungen künftig nicht nur europaweit, sondern auch in den USA oder weltweit ausschreiben? Dürfen sie überhaupt noch entscheiden, ob sie eine Aufgabe selber erledigen, oder sind sie generell gezwungen, sich stets der privaten Konkurrenz zu stellen? Müssen sich kommunale Unternehmen bei verschärfter Ausschreibungspflicht stets dem Wettbewerb stellen? Ist die übliche „Inhouse-Vergabe“ im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit noch erlaubt? Dürfen die Städte bei der Ausschreibung künftig noch die üblichen Auflagen machen wie z. B. tarifliche Bezahlung oder Mindestlöhne, Einhaltung von Umweltstandard, von Qualitäts- und Sicherheitsstandards mit Vorlegen von Umwelt- und Gütesiegeln, fair gehandelte Produkte (ohne Kinderarbeit), nachhaltige Bauweisen usw.?

- Dürfen die Städte im Rahmen von städtischen Klimaschutzprojekten, als „Fair-Trade-Stadt“ oder im Rahmen der Wirtschaftsförderung örtliche und regionale Unternehmen, Produzenten oder Händler bevorzugen, zur Strukturförderung oder aus Umweltgründen (um lange Transportwege zu vermeiden)? Dürfen die Städte (zusammen mit dem Jobcenter) noch örtliche Arbeitsmarktprogramme etwa im öffentlichen Beschäftigungssektor uneingeschränkt auflegen? Wird die kommunale Planungshoheit eingeschränkt z. B. bei Umweltauflagen in Raumordnungs-, Flächennutzungs- oder Bebauungsplänen oder beim Verbot der Ansiedlung von Kaufmärkten auf grüner Wiese (zugunsten gewachsener Einzelhandelsstrukturen in der Innenstadt)?

- Ist die Gründung oder Betätigung eigener Stadtwerke (Rekommunalisierung) mit Monopolen noch zulässig oder müssen geschlossene Versorgungs- und Konzessionsgebiete aufgehoben und Leitungsnetze für den Zugang Dritter geöffnet werden? Unterliegen die Städte dann dem vollständigen Preiswettbewerb und erleiden sie Einnahmeverluste bei den Konzessionsabgaben? Ist der übliche Anschluss- und Benutzungszwang (z. B. an Fernwärmenetze) gefährdet? Droht die Privatisierung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung? Ist die Müll- oder Abfallentsorgung komplett für kommerzielle Anbieter zu öffnen und dürfen noch eigene Abfallwirtschaftskonzepte entwickelt werden?

- Gibt es weitere Konkurrenz beim Öffentlichen Personennahverkehr und Subventionsverbote (z. B. Sozialticket)? Gibt es im Straßenbau den Zwang zu PPP-Modellen (siehe Ausbau der A7)? Wird der Sonderstatus der öffentlich-rechtlichen (kommunalen) Sparkassen gegenüber den Privatbanken erneut angegriffen, wenn die Finanzregelungen in TTIP einbezogen werden? Droht die Aufhebung von Fracking-Verboten (bisher durch Land und Bund

geregelt) und damit die Beeinträchtigung örtlicher Wasserschutzgebiete? Droht eine Veränderung der kleinbäuerlichen Strukturen in ländlichen Gemeinden durch Eindringen von Genmais etc.? Müssen die städtischen Kontrolleure oder die Kreisverwaltung bei ihren Kontrollen zum Verbraucherschutz abgesenkte Schutzstandards hinnehmen? Was kommt auf die kommunalen Datenzentralen hinsichtlich Patenten, Urheberrechten und Datenschutz zu?

- Wird die unverzichtbare Subventionierung von Bildungs- und Kultureinrichtungen (VHS, Musikschule, Stadtbücherei, Museen, Theater, Regional- und Lokalfunk etc.) untersagt und müssen sich auch diese Einrichtungen den kommerziellen Anbietern im Wettbewerb stellen? Was ist mit den Sozialeinrichtungen (Heime, kommunale Krankenhäuser, Rettungs- und Pflegedienste, sozialer Wohnungsbau)? Was ist mit kommunalen Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen? Was ist dann mit den Qualitätsmaßstäben, mit der Bezahlbarkeit, mit den kommunal erworbenen Kompetenzen? Und was ist allgemein mit dem gemeinnützigen Non-Profit-Sektor in den Städten (der auch kommerzielle Begehrlichkeiten weckt)? Was ist dann noch mit bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt sowie Gemeinwesen?

Was ist zu tun, damit die Stadt wieder uns gehört?

Da ohne freien (bzw. für jeden bezahlbaren) Zugang zu öffentlichen Diensten und Einrichtungen wie Bildung, Kultur, Soziales, Energie, Wasser usw. keine Einhaltung der Menschenrechte möglich ist, geht es hier um den Kampf um unsere Menschenrechte und um unsere Demokratie und Selbstverwaltung. Denn das Freihandelsabkommen TTIP und das Parallelabkommen TISA stellen Angriffe auf Demokratie und Menschenrechte, auf europäische Sozial- und Umweltstandards dar – und sind kein Instrument fairer Handelspartnerschaft. Es geht nicht zuletzt auch um den Kampf für unsere Städte – oder um das, was davon übrig geblieben ist. („Vom Konzern Stadt“ zur „Stadt der Konzerne“?)

Deshalb hat sich bereits in kürzester Zeit die größte denkbare Widerstandsbewegung gegen TTIP gebildet, mit Hunderten vernetzten Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Verbänden usw., die bereits Hunderttausende Unterschriften gesammelt, eine Petition eingereicht und eine europäische Bürgerinitiative (mit der Sammlung von 1 Mio. Unterschriften) gestartet sowie ein „alternatives Handelsmandat“ entwickelt haben. In fast allen Städten finden Aktionen und Informationsveranstaltungen statt.

Was jetzt noch folgen muss, sind Initiativen über alle Stadträte landauf, landab gemäß § 23 der Gemeindeordnung NRW oder §§ 20 (1) und 20a der GO Baden-Württemberg (und gleichlautender Paragraphen in den anderen Kommunalverfassungen der Bundesländer), wie bereits in zahlreichen Städten eingeleitet: Denn die Gemeinden haben ihre Einwohner über alle bedeutenden Angelegen-

heiten zu unterrichten und über wichtige Vorhaben und deren Folgen und Auswirkungen, die das wirtschaftliche, kulturelle und soziale Wohl ihrer Einwohner nachteilig berühren. Bürgerversammlungen sind in großem Stil einzuberufen. Also: Ratsfragen, Ratsresolutionen, Bürgerversammlungen, Marktplatzaktionen, Info-Veranstaltungen, Kandidatenbefragungen zur Kommunal- und Europawahl und vielleicht Schilder an den Ortseingängen und öffentlichen Einrichtungen: „TTIP-freie Zone“! Holen wir uns unsere Städte und unsere kommunale Selbstverwaltung zurück – notfalls auch per Verfassungsklage! ■

Neurohr, Wilhelm

Wilhelm Neurohr, geb. 1951, 2. Bildungsweg, Studienabschluss als Dipl.-Ing. für Städtebau und Landesplanung. Viele Jahre Berufstätigkeit als Stadt- und Regionalplaner und in der Landschaftsplanung im Planungs- und Umweltamt der Kreisverwaltung Recklinghausen. Personalratsvorsitzender, umfangreiche Tätigkeit als Publizist und Vortragender, parteipolitisches, gewerkschaftliches und kommunalpolitisches Engagement, Bürgerinitiativen und soziale Initiativen von 1970–2007. Diverse Funktionen in der Gewerkschaft ver.di, Engagement bei attac, in Sozialforen und seit Beginn im Netzwerk Dreigliederung.

„Fuck the EU“

Das Verhältnis der Obama-Administration zum europäischen Projekt ist die Geschichte eines Missverständnisses. Mit Blick auf Kiew offenbaren sich Grundsatzunterschiede in der Ostpolitik des atlantischen Bündnisses – mit potenzieller Sprengkraft auf dessen Gesamt-Arrangement. Der inzwischen sprichwörtlich gewordene Ausspruch der Europa-Beauftragten der USA für Europafragen „Fuck the EU“ ist kein Ausrutscher, sondern ein Symptom für langfristig wirksame Widersprüche zwischen USA und Europa.

Roland Benedikter

Am 4. Februar 2014 ließ eine Meldung die – durch den NSA-Skandal bereits wechselseitig irritierten – europäischen und amerikanischen Amtsstuben erneut erzittern: „Die Spitzendiplomat Victoria Nuland, im US-Außenministerium für Europafragen zuständige Abteilungsleiterin, hat sich in einem Telefongespräch mit dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, unter anderem mit den

Worten ‚Fuck the EU‘ zur Situation in der Ukraine geäußert. Im Gespräch ging es um Lösungsansätze zur Beilegung der Krise in der früheren Sowjetrepublik. Nuland und Pyatt betonten dabei, dass der Oppositionspolitiker Vitali Klitschko zunächst keine Rolle in einer möglichen Übergangsregierung spielen sollte, die vom früheren Außenminister Arseni Jazenjuk angeführt werden könnte...“¹ „Nuland und Pyatt sprachen auch über die Pläne von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, den niederländischen Diplomaten Robert Serry als seinen Ukraine-Gesandten zu ernennen. Serrys Ernennung wäre ‚großartig‘, damit die Vereinten Nationen die Dinge in der Ukraine ‚zusammenklebt‘, sagte Kerrys Abteilungsleiterin für Europa und ergänzte: ‚Weißt du, schieß‘ auf die EU.‘ Pyatt stimmte zu und äußerte in seiner Antwort die Befürchtung, dass Russland eine Lösung in der Ukraine ‚hinter den Kulissen‘ torpedieren könnte.“²

Kein Zweifel: Nulands „kurzer Frustrations-Ausbruch über die Ukraine-Politik der Europäischen Union“, wie das US-Außenministerium ihren epochalen Ausspruch „Fuck the EU“³ später bagatellierte, hatte, abgesehen von der Form, inhaltlich einige durchaus nachvollziehbare Gründe. Dazu gehören einerseits Meinungsunterschiede zwischen den USA und der EU über den Umgang mit makrostrategischen Rahmenbedingungen der entstehenden multipolaren Welt-Konstellation; andererseits konträre Auffassungen in der Grundsatz-Interpretation des europäischen Projekts und seiner Implikationen für die Osteuropa-Beziehungen im Allgemeinen und die Rußland-Beziehung im Besonderen.

Strategische Rahmenbedingungen

Unter den strategischen Rahmenbedingungen ragt ein Grund für wechselseitige Frustration hervor: der (an sich legitime) Versuch der USA, am Beginn der Phase einer multipolaren Weltordnung die Osteuropapolitik gemeinsam mit der EU auf eine neue Grundlage zu stellen – und Brüssels (ebenso legitime) zweifache Weigerung, sich dabei der strategischen Gesamtführung Amerikas unterzuordnen oder auch nur eine „klare“ Geopolitik im Sinn pro-westlicher Machtpolitik zu betreiben.

Dabei hieß es, in europäischen Amtsstuben bis heute zu wenig beachtet, bereits im US-Verteidigungsleitbild (Defense Strategic Guidance) vom Januar 2012 „Die globale Führung der USA erhalten: Prioritäten für die Verteidigung des 21. Jahrhunderts“, das Präsident Obama zur Unterstreichung seiner außerordentlichen Bedeutung persönlich im Pentagon präsentierte, in einer für die Außenpolitik der Obama-Ära insgesamt charakteristischen Mischung aus Faktenfeststellung, Forderung und Wunschvorstellung:

¹ APA: „Fuck the EU“. US-Spitzendiplomat abgehört, 06.02.2014, <http://www.apa.at/News/6316832644/fuck-the-eu-us-spitzendiplomat-abgehört.html>.

² FAZ: Diplomatischer Fauxpas: Kerrys Beraterin entschuldigt sich für „Fuck the EU“, 06.02.2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/amerika/diplomatischer-fauxpas-kerrys-beraterin-entschuldigt-sich-fuer-fuck-the-eu-12789197.html>.

³ Original-Audiostatement unter: Youtube: Top U.S. diplomat: Fuck the EU: Victoria Nuland, Geoffrey Pyatt, <https://www.youtube.com/watch?v=6hkN-0vLkmc>.

„Unsere Nation befindet sich in einer Phase des Übergangs... *Um mit der sich entwickelnden strategischen Landschaft Schritt zu halten, muss sich unsere Haltung in Europa ebenfalls entwickeln.* Viele europäische Länder sind nun Produzenten statt Konsumenten von Sicherheit. Gemeinsam mit dem Rückzug aus dem Irak und Afghanistan hat uns dies die strategische Chance eröffnet, die militärische Investition der USA in Europa neu zu balancieren und von einem Fokus auf aktuellen Konflikten zu einem auf künftigen Kapazitäten voran zu schreiten... In einer Ära begrenzter Ressourcen werden wir mit den NATO-Alliierten daran arbeiten, einen Ansatz ‚Intelligenter Verteidigung‘ zu entwickeln, um unsere respektiven Kapazitäten anzupassen, zu teilen und zu spezialisieren... Partnerschaftskapazitäten anderswo in der Welt aufzubauen bleibt ebenso wichtig, um die Kosten und Verantwortlichkeiten für globale Führung zu teilen. Quer über den Globus werden wir versuchen, der Sicherheitspartner freier Wahl zu sein, indem wir neue Partnerschaften mit einer wachsenden Zahl von Nationen einzugehen suchen, deren Interessen und Sichtweisen in eine gemeinsame Vision von Freiheit, Stabilität und Wohlstand einmünden können. *Wo immer möglich, werden wir dabei innovative, unaufwendige und wenig belastende Ansätze wählen, indem wir auf gemeinsame Übung, rotierende Präsenz und Beratungsfähigkeit setzen.*“⁴

Bemerkenswert an der Formulierung ist zunächst, dass „Europa“ hier weiterhin nicht als Einheit, sondern als „viele Länder“ gesehen wird: Für die USA ist die EU weiterhin kein ernstzunehmender Ansprechpartner, sondern nur nationale Regierungen sind dies. Das einzige einigende Band, welches das Amerika unter Obama ernst nimmt, ist die NATO. Obamas wiederholte Brückierung gesamteuropäischer Institutionen und Initiativen entspricht dieser strategischen Sichtweise – so etwa seine bereits „klassische“ Brückierung der EU beim US-EU Gipfel in Spanien im Mai 2010, als er wegen „Zeitmangels“ und „wichtigerer innenpolitischer Termine“ seine Teilnahme kurzfristig absagte; seine einseitige Absage von Gesprächen beim G-20 Gipfel in Mexiko im Juni 2012, weil „es nichts mehr zu besprechen gibt“; oder sein ständiges, faktisch wöchentliches „Europe-bashing“ über seine gesamte Amtszeit zu Fragen der Finanz- und Schuldenkrisenbewältigung, der Währungspolitik oder der außenpolitischen Geschlossenheit. Barack Obamas Geringschätzung der EU gegenüber ist in den USA sprichwörtlich und hat sich seit seinem Amtsantritt in einer langen, zum Teil historisch beispiellosen Reihe von Verhaltensweisen und Aussagen manifestiert.

Das Verteidigungsleitbild 2012 ist in dieser Hinsicht nicht Ursprung, sondern Ausdruck eines weit tieferliegenden Misstrauens, ja der Geringschätzung des europäischen Einigungsbemühens, das den Amtsantritt des „ersten pazifischen Präsidenten der USA“ – wie sich der in Hawaii geborene Obama

4 U.S. Department of Defense: Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense, January 3, 2012, http://www.defense.gov/news/defense_strategic_guidance.pdf, S. 1–3. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter. Kursivsetzungen im Originaldokument.

programmatisch selbst nennt, um damit seine „pro-asiatische“ Differenz zum „europäischen“ Amerika der Ostküste zu betonen – von Anfang an offen begleitet hat.

Andere Dokumente, wie die Nationale Sicherheitsstrategie (National Security Strategy) der Vereinigten Staaten 2010⁵ oder die Vorbereitungsarbeiten zur Vierjahresüberprüfung der Streitkräfte (Quadriennial Defense Review) 2014⁶, aber voraussichtlich auch die für das erste Quartal erwartete neue Nationale Sicherheitsstrategie 2014 – die zweite und letzte der Obama-Ära⁷ – bieten bezogen auf Europa neben der üblichen gehörigen Portion Skepsis im Wesentlichen Echos dieser Kernaussagen.

Seit dem Irak-Krieg finden sich bereits routinemäßig in US-Strategiepapieren eingestreute Aussagen wie: „Unsere westeuropäischen Alliierten sind eine schwindende Quelle der Unterstützung“⁸. Außerdem handeln sie alle davon, wie man die künftig reduzierte militärische Schlagkraft der USA mittels geschlossenerer, einheitlicherer und entschlossenerer Diplomatie zwischen Europa und Amerika wettmachen kann, um die Vorherrschaft entweder zu erhalten oder „präventiv“ mittels rechtzeitigem Zugewinn neuer Einflusszonen zu sichern für den Zeitpunkt, ab dem der bisherige Einfluss aufgrund des Aufstiegs Chinas und anderer BRICS-Staaten erwartungsgemäß abzunehmen beginnt.

Dabei bleibt zentral – doch von Europa zuweilen ebenfalls zu wenig beachtet –, dass all dies weiterhin (und dezidiert) unter dem Signum der „Aufrechterhaltung der globalen Führungsrolle der USA“ erfolgen soll, also einer klaren Dominanz der Schutzmacht globaler Demokratie statt einer gleichberechtigten Multipolarität unter Einbeziehung nicht-demokratischer Mächte wie Russland oder China. Diese Führungsrolle kennt, obwohl die USA sie selbst mittelfristig im Übergang von einer absoluten in eine relative Hegemonie sehen und sie zudem seit Obama ausdrücklich eher diplomatisch als militärisch interpretieren, im Prinzip bis auf Weiteres keine „natürlichen“ geopolitischen Grenzen – weder im Hinblick auf regionale Ansprüche Russlands noch Chinas.

Alle wichtigen US-Strategiepapiere sind sich einig: Amerika will seine Führungsrolle, so lange es geht, fortsetzen, dabei aber vermehrt Kosten teilen – und sucht für ihr Auslaufen an allen möglichen Stellen der Welt vorzubauen. Dieses Vorbauen sieht seine Schlüsselzonen in der diplomatischen „Begrenzung“

5 The White House: National Security Strategy, May 2010, Washington DC 2010, http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/rss_viewer/national_security_strategy.pdf.

6 C. Murdock and K. Saylor: Preparing for the 2014 Quadriennial Defense Review: A Report of the CSIS International Security Program. Center for Strategic and International Studies Washington DC, March 2013, http://csis.org/files/publication/130319_Murdock_Preparing2014QDR_Web.pdf.

7 S. Wilson: Obama to issue a new statement of U.S. national security strategy. In: The Washington Post, November 30, 2013, http://www.washingtonpost.com/politics/obama-to-issue-a-new-statement-of-us-national-security-strategy/2013/11/29/cd6531f8-5937-11e3-8304-caf30787c0a9_story.html.

8 C. Murdock and K. Saylor: Preparing for the 2014 Quadriennial Defense Review, a.a.O., S. 72. Übersetzung aus dem Englischen: Roland Benedikter.

(containment) von Russland und China durch „Einkreisung“ (encircling). Es stützt sich dabei zunehmend auf Informationssammlung statt auf militärische oder wirtschaftliche Muskelspiele – also darauf, „dass wir einen besseren Aufklärungsjob machen als andere, die es genau wie wir auch versuchen. Wir spitzeln einfach besser als die anderen. Das kann uns niemand übelnehmen.“⁹

Die Ukraine: Symptomatischer Anwendungsfall für die angestrebte US-EU-Gemeinschaftsstrategie: „Spezialisierung von Kapazitäten bei rotierender Präsenz“

Genau dies steigende Stellenwert von (informationsgestützter) Diplomatie gegenüber der militärischen und der wirtschaftlichen Macht innerhalb der „vorausschauenden“ US-Geopolitik zur Sicherung von Einfluss (regional presence) und zur Vorbeugung gegen Abstieg (decline), erklärt, in Kombination mit den Problemen bei der dabei angestrebten stärkeren Einheit und Arbeitsteilung mit der EU, die außergewöhnliche Nervosität von Spitzendiplomaten wie Victoria Nuland in Schlüsselregionen wie der Überschneidungszone zwischen Europa und Eurasien in der Ukraine.

Zweifellos erfüllt die Situation in der Ukraine derzeit alle Anforderungen für einen Testfall in Bezug auf sämtliche genannten Aspekte der US-Vorstellungen für die künftige Zusammenarbeit mit der EU. Sie macht aus US-Sicht in der Tat den „Übergang von aktuellen Konflikten zu künftigen Kapazitäten“ im Sinn vorbeugender nicht-militärischer Einflussicherung hinter den Kulissen notwendig, um einer Stärkung Russlands mit nicht-militärischen Mitteln vorzubeugen und an seine Grenzen heranzutreten.

Da dies nicht allzu offen erfolgen kann, weil die Ukraine geopolitisch eindeutig näher an Russland als an den USA oder der EU liegt, sind die USA gerade hier darauf angewiesen, „einen Ansatz intelligenter Verteidigung“ zu entwickeln, um „Partnerschaftskapazitäten“ mit einer möglichen neuen ukrainischen Regierung aufzubauen, um „Kosten und Verantwortlichkeiten (der Eingrenzung Russlands) zu teilen“. Die USA bieten sich dazu über ihre Botschaft unter Führung der Europa-Eurasien-Beauftragten Nuland möglichen neuen Führungsfiguren, die vorher genau durchleuchtet und auf ihre Eignung untersucht werden, als „Sicherheitspartner freier Wahl“ an, weil sie hoffen, dass die Ukraine, wie im Verteidigungsleitbild gefordert, nach einem Machtwechsel eine in jener „wachsenden Zahl von Nationen“ sein kann, mit der eine pro-westliche „neue Partnerschaft“ möglich ist, weil ihre „Interessen und Sichtweisen in eine gemeinsame Vision von Freiheit, Stabilität und Wohlstand einmünden.“

9 Bild.de: Ex-NSA-Chef bei Maybrit Illner: „Wir spitzeln einfach besser als andere“, 21.01.2014, <http://www.bild.de/politik/inland/maybrit-illner/maybrit-illner-talk-ex-nsa-chef-wir-stehlen-die-geheimnisse-anderer-nationen-34474914.bild.html>; sowie Geospatial Intelligence Forum: Q&A: General Michael V. Hayden. In: Geospatial Intelligence Forum, Vol. 5, Issue 2 (2007), <http://www.knmediagroup.com/geospatial-intelligence-forum/articles/139-geospatial-intelligence-forum/mgt-2007-volume-5-issue-2/1238-qa-general-michael-v-hayden-sp-914>.

Entscheidend für die Intensität von Nulands Bemühen in Bezug auf diesen Schritt ist, dass die USA das in dieser Region nicht alleine schaffen können – sei es wegen von ihnen als ungeeignet eingestufte Führungsfiguren im pro-europäischen Lager, wie etwa dem ehemaligen Box-Champion Vitali Klitschko, dem Nuland nicht zuletzt aufgrund seiner (zu) starken Deutschland-Bindung skeptisch gegenübersteht; sei es aufgrund des starken Abwehrpotentials Russlands sowohl im diplomatischen wie im wirtschaftlichen (Darlehens-) wie im cybertechnologischen Bereich. Deshalb brauchen die USA aus ihrer Sicht in der Ukraine nicht nur die Unterstützung, sondern eine Rolenteilung mit der EU – weshalb die Ukraine aus Sicht Nulands zu einem veritablen Anwendungsfall der gemeinsamen „Anpassung, Teilung und Spezialisierung respektiver Kapazitäten“ im Rahmen „gemeinsamer Übung, rotierender Präsenz und Beratungsfähigkeit“ geworden ist, die das Verteidigungsleitbild angibt.

Die USA hätten sich aus der Zusammenarbeit mit der EU in der Ukraine gewünscht, dass es auf Seiten der lokalen pro-westlichen Kräfte zu einer aktiven, klaren und auch machtpolitisch dezidierten gemeinsamen strategischen massiven Einflussnahme kommt.

Aber die EU zögert seit Ausbruch der Krise mit ihren Politiken. Sie spielt eher Vermittlerin zwischen Europa-Befürwortern und -Gegnern, anstatt klar Partei zu ergreifen, während die USA über ihre Botschaft in Kiew klare Machtpolitik betreiben und sich hinter den Kulissen unmissverständlich im eigenen Interesse in Richtungs- und Personenentscheidungen einmischen.¹⁰ Eine „respektive“, also komplementäre „Spezialisierung von Kapazitäten“ gibt es nicht; und auch keine „rotierende Präsenz“ im Sinne einer klaren Komplementarität. Was aus amerikanischer Sicht noch schwerer wiegt: Die EU lässt keine klare Richtungstendenz erkennen – nicht zu reden von einer strategischen Linie. Die bedacht-same Ausgleichs- und Versöhnungspolitik der Außenbeauftragten Catherine Ashton in der Ukraine, von Kanzlerin Merkel hoch gelobt¹¹, ist für die USA nur bedingt, oder gar nicht von gemeinsamem Interesse.

Im Gegenteil: Dass deutsche Beobachter das im Zusammenhang mit der Demokratie- und Richtungsdebatte in der Ukraine erfolgte klare Eintreten der Berliner Bundesregierung für einen West- und (anti-russischen) Demokratiekurs „Deutschland und die Ukraine“ „auf den Weg zur Gegnerschaft“ bringen,¹² entspricht keineswegs der Meinung der USA. Bereits die bloße Tatsache, dass Präsident Janukowitsch ein unterschrittsreifes Assoziierungsabkommen mit der EU nach sechs Jahren Verhand-

10 Vgl. die ausführlichere Originalversion von Nulands Telefonat mit abgehörten internen deutschen Reaktions-Statements unter: Youtube: Fuck the EU: Abgehörtes Telefonat der US-Vize Außenministerin Nuland, Deutsch, <http://www.youtube.com/watch?v=yliYQNOUYVg&feature=share>.

11 Die Zeit: Angela Merkel: Die Kanzlerin nennt Nulands Worte „absolut inakzeptabel“, 07.02.2014, <http://www.zeit.de/politik/2014-02/merkel-kritik-nuland-fuck-the-eu-aussage>.

12 Vgl. M. Thumann: Was will Moskau mit der Ukraine – was will Steinmeier in Moskau? Die Krise in der Ukraine hat Rußland und Deutschland zu Gegnern gemacht. In: Die Zeit, Nr. 8/2014, 13. Februar 2014, S. 7; sowie C. Luther: Ukraine-Diplomatie. „Fuck the EU“ ist nicht das Problem. In: Die Zeit, 7. Februar 2014, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-02/fuck-eu-ukraine-nuland>.

lungen im letzten Moment einseitig aufkündigte, wird von den USA nicht nur als Bankrott, sondern als Demütigung der EU, ja als Beweis ihrer internationalen Bedeutungs- und Richtungslosigkeit angesehen.¹³ Das betrifft im Kern vor allem auch die Führungsqualitäten Deutschlands.

Typologische Unterschiede der Allianz in der Ost-Politik

Man könnte den insgesamt in der Ukraine-Politik beispielhaft zutage tretenden Unterschied zwischen den atlantischen Partnern aus europäischer Sicht an folgenden Punkten festmachen:

Erstens: Europa respektiert die geopolitische Nähe der Ukraine zu Russland, die USA nicht.

Zweitens: Europa respektiert die gewählte Regierung zumindest bis zu einem gewissen Grad, eben weil sie gewählt wurde – und weil Europa sich nicht als globale Einflussmacht, sondern als Rechts- und Zivilmacht interpretiert, die im Prinzip für demokratische Spielregeln auch zu eigenen Ungunsten eintritt.

Drittens: Das europäische Projekt ist als solches der Versuch, eine ganz neue Konstellation der „Einheit in der Verschiedenheit“ zwischen Nationen unterschiedlicher Geschichte, Demokratietraditionen und Kulturen hervorzubringen, das neu in der Geschichte ist und noch nirgends existiert, wie es etwa Kurt Biedenkopf ausdrückt.¹⁴ Daher ist es, selbst noch experimentell, auf Annäherung und freilassende Integration ausgerichtet – statt wie in den USA zu „klaren“ Grenzen nationaler Art und einem auf der Erfahrung des Erfolgs beruhenden „Wir oder sie“ zu tendieren.

Viertens schließlich zwingt die eigene Krise Europa zu Vorsicht bei der „Erschließung neuer Gebiete“, welche die USA vorantreiben; das Thema Erweiterung ist in einer Phase der Selbstüberprüfung, wie sie in den USA, vielleicht mit Ausnahme des Bürgerkriegs, so nie stattgefunden hat und die sie deshalb nicht nachvollziehen können, wie auch ihr Drängen auf Aufnahme der Türkei zeigt.

In den Termini des wichtigsten philosophischen Streits neuerer europäischer Philosophie ausgedrückt, zeigt sich die typologische Dialektik zwischen den atlantischen Partnern in der Ukraine so: Das europäische Projekt ist das eines Hegelianischen „Sowohl-als-Auch“, das der USA eines Kierkegaard'schen „Entweder-Oder“. Aristotelisch gesprochen: Es ist eher ein Projekt der Potentialität als eines der Realisation. Das bedingt unterschiedliche politische und strategische Gesten, und es bedingt verschiedene „präventive“ Verhaltensweisen die Zukunft gespaltenen Gesellschaften wie der heutigen Ukraine betreffend. Amerikas Vorgehen

ist entschlossen und zielgerichtet, das Europas behutsam und abwartend. Amerika wählt Zuneigung (demokratische Opposition) gegen Gegnerschaft (Russland-freundliche Regierung), weil es in der Ukraine „Sicherheitspartnerschaft“ mit seinesgleichen sucht; Europa wählt den Weg des Dialogs mit beiden Gruppierungen, weil es für die Zukunft eine Kooperation mit beiden Seiten wünscht, weil beide weiter existieren werden unabhängig davon, welche im heutigen Kräftemessen die Oberhand gewinnt.

Dies gereicht alles sehr zum Missfallen der USA, die bereits in einer vergleichsweise frühen Phase der Kiewer Konstellation mit ungeheurer Frustration reagieren – bis zum Punkt, dass sie nicht nur mit Worten wie „Fuck the EU“ auf die EU „pfeifen“, sondern ihren Ukraine-Kontakten vorschlagen, an Stelle der EU die UNO einzubeziehen, weil auf Europa kein Verlass sei (vor allem nicht unter der neuen Binnenleitmacht Deutschland), da es eine „unklare Linie“ verfolge.

Ursprung „ungeheuren Misstrauens“: Die Schröder-Ära

Was in den europäischen Reaktionen nicht nur in Bezug auf den Inhalt, sondern vor allem auf die besondere Inbrunst von Nulands Ausspruch „Fuck the EU“ vom 4. Februar zu wenig hervorgehoben wurde, ist der Ursprung der darin zum Ausdruck kommenden, durchaus emotionalen Aversion heutiger US-Eliten gegen Europas unsichere und vielfach in sich gebrochene neue Eigenständigkeit. Diese Aversion ist nicht situativ oder kontextuell, sondern grundsätzlicher Art – nicht nur in professioneller, sondern auch in persönlicher Hinsicht; und sie richtet sich ursprünglich und gegenwärtig weniger gegen die EU als Ganze, als vielmehr gegen deren neues Gravitationszentrum Deutschland – und erst von da ausstrahlend gegen das noch unsicher im Werden begriffene europäische Einheitsprojekt.

Die Ursprünge von all dem liegen, berechtigt oder nicht, klar in der Ära Gerhard Schröder (1998-2005). Schröders „einbindende“ Russlandpolitik mit einem bis heute von den USA zutiefst skeptisch betrachteten persönlichen Näheverhältnis zum „nicht lupenreinen Demokraten“¹⁵ Putin, das auf Kooperation und Vertrauen statt auf „Eingrenzung“ setzte, lief den amerikanischen Strategien bereits lange vor Verabschiedung der heutigen Sicherheitsdoktrin diametral zuwider. Schröders China-Politik ebenso; denn in ihr liegen die Ursprünge der von den USA noch misstrauischer beäugten heutigen wirtschaftlichen und diplomatischen „Sonderbeziehung“ Deutschlands zum Mittleren Reich.¹⁶

Die wichtigste, auch persönlich wirksame, ja für viele US-Spitzenbeamte lebenslang mentalitätsbildende

13 S. Kornelius: EU und Ukraine: Eine einzige Demütigung. In: Süddeutsche Zeitung, 30. November 2013, <http://www.sueddeutsche.de/politik/eu-und-ukraine-eine-einzige-demuetigung-1.1831931>.

14 K. Biedenkopf im Gespräch mit dem Autor, Fairmont Hotel San Francisco, 13.04.2013. Aufzeichnung im Archiv des Autors.

15 G. Schröder: So „lupenrein“ ist Putin als Demokrat. In: Bild Zeitung, 12.02.2014, <http://www.bild.de/politik/ausland/gerhard-schroeder/schroeder-und-putin-34655786.bild.html>.

16 H. Kundnani and J. Parello-Plesner: China and Germany: Why the Emerging Special Relationship Matters for Europe. European Council on Foreign Relations (ECFR) Policy Brief 55, May 2012, http://ecfr.eu/page/-/ECFR55_CHINA_GERMANY_BRIEF_AW.pdf.

Zäsur aber war der Irak-Krieg – und Deutschlands Haltung zu seinem Beginn. Auf das historisch einmalige Trauma, auf eigenem Boden angegriffen zu werden, und nun auch darauf, erstmals für Angriffe von außen erreichbar zu sein, reagierten die USA in einer Art nach außen gehender Panik – und erlebten sich dabei vom wichtigsten europäischen Verbündeten im Stich gelassen: Dieser Umstand kann für die Diagnose des letzten transatlantischen Jahrzehnts gar nicht überbewertet werden. Er wurde aber von Europa mit seiner ganz andersartigen Trauma-Geschichte in seiner umfassenden und nachhaltigen Bedeutung für Amerika und dessen langfristige Selbstkonzeption und strategische Ausrichtung nie wirklich nachvollzogen.

Für die USA bleibt bis heute im Hinblick auf die Einschätzung Kontinentaleuropas die Erfahrung des Beginns des Irak-Krieges weit wichtiger als dessen tatsächliche Hintergründe, die damit verbundenen Illusionen, die Frage, ob Deutschland Recht hatte, die Begründungs- und Legitimationsfragen oder die Folgen. „Wir werden angegriffen und ziehen in einen Krieg auf Leben und Tod – und Deutschland läßt uns allein? Wir kennen unsere Alliierten offenbar nicht wirklich – und sie sind möglicherweise auch nicht wirklich unsere Alliierten, wie sich jetzt zeigt, wo es darauf ankommt“, so (zu Recht oder Unrecht) der grundlegende Eindruck, der sich damals prägend in die Herzen und Köpfe der heranwachsenden Eliten einbrannte. Die heutige, für Europa zuständige US-Führungsgeneration um Nuland war damals Anfang 40 und machte ihre ersten Schritte in Spitzenpositionen. Während der Administration von George W. Bush jr. (2001–2009) war Nuland unter anderem außenpolitische Beraterin des erzkonservativen Vizepräsidenten Dick Cheney und dann US-Botschafterin bei der NATO. Um so prägender war die Erfahrung mit dem deutschen Alliierten.

Diese Erfahrung wurde durch die Revision der Begründung des Krieges, die leidvolle Erfahrung seine Scheiterns und das Eingeständnis, im Irak einen Fehler begangen zu haben, nicht nur nicht ausgelöscht, sondern emotional auch nie revidiert. Um so mehr setzte sich gleichzeitig mit der Aversion gegen die – aus Sicht der konservativen US-Eliten als Verweigerung zum Ausdruck kommende – neue Eigenständigkeit Kontinentaleuropas bei diesen Eliten das Bewusstsein fest, sich in „neuen Einflusszonen“ außerhalb festsetzen zu müssen, wann immer sich die Chance bietet, um langfristig die Wiederholung von Traumata im eigenen Land zu verhindern. Beide Überzeugungen wurden damals geradezu zu Mantra; und noch viel wichtiger ist: Beide erzeugten eine Art Pawlow'schen Effekt, indem von konservativen US-Spitzenbeamten die eine Überzeugung unmittelbar mit der anderen assoziiert wird.

Nulands „Fuck the EU“ ist direkte Folge der Assoziation, dass die EU sich der Arbeitsteilung verweigert und Verrat an ihr übt. Die Echos davon in Form der eher ausgleichenden und vermittelnden, jedenfalls nicht „in Einklang gebrachten“ Haltung der EU zur Ukraine erscheinen den USA als Halbherzigkeit und Unzuverlässigkeit. Zugleich hat der NSA-Skandal bereits davor für Entfremdung gesorgt, und zwar

auf beiden Seiten. Dass ausgerechnet Nuland für seine atlantische Entschärfung zuständig war, trug bereits in der Vergangenheit nicht überzeugend zur Konfliktlösung bei. Dazu kommt die Sonderbeziehung der EU-Leitmacht „wider Willen“ Deutschland zu China zu einem Zeitpunkt, in dem sich im chinesischen Meer chinesische und amerikanische Kriegsschiffe säbelrasselnd gegenüberstehen und es praktisch monatlich zu Zwischenfällen kommt. Wie kann Europa, insbesondere Deutschland, in dieser Lage eine vom Peking-Politbüro als „zentral für die Zukunft“ bezeichnete strategische Partnerschaft mit China eingehen, wenn es doch der Verbündete der USA ist?¹⁷ Diese Frage steht in Amerika sowohl in politischen wie akademischen Diskussionsrunden praktisch täglich auf der Tagesordnung – in Europa kaum.

Wenn Gerhard Schröder heute sagt: Das Kernproblem der transatlantischen Beziehung, das sich seit Jahren in vielen Einzelsymptomen, darunter nicht zuletzt dem NSA-Skandal mit der Abhörung von seinem und Merkels Handy, manifestiere, sei „das ungeheure Misstrauen der Amerikaner gegenüber dem deutschen Bündnispartner“¹⁸, dann hat er damit völlig Recht – ist seine Politik doch der zentrale Ursprung davon. Das ist keine Wertung seiner Politik, sondern eine objektive Tatsache. ■

Fortsetzung im nächsten Heft:

„Fuck the EU“: Vom Faux-pas zur Provokation | Selbstunterminierung der Eliten | „Fuck the EU“: Vom individuellen Ausspruch zum Emblem von Obamas Europa-Politik | Die Zukunft aus amerikanischer Sicht: Asien statt Europa | Das dahinter liegende Kernproblem: Amerika versteht das europäische Projekt nicht und kann es vielleicht auch nicht verstehen |

Roland Benedikter,

geb. 1965, ist Research Scholar am Orfalea Center for Global and International Studies der University of California at Santa Barbara, Full Fellow des Potomac Institute for Policy Studies Washington DC und Vollmitglied des Club of Rome. Er ist u.a. Mitautor des Pentagon White Paper zur Zukunft der Neurokriegsführung vom Februar 2013 für das U.S. Verteidigungsministerium und den Generalstab sowie Autor des Buches „USA: Abkehr von Europa? Obama gegen Romney: Perspektiven der US-Präsidentschaftswahlen bis 2016“ im Heinz Heise Verlag 2012: http://www.heise.de/tp/ebook/ebook_4.html. Sein neuestes Buch „China: Situation und Perspektiven des neuen weltpolitischen Akteurs“ (Koautorin Verena Nowotny, 482 Seiten) erschien mit einem Vorwort von Wolfgang Schüssel im Springer Verlag Berlin 2014, <http://www.springer.com/springer+vs/politikwissenschaft/book/978-3-658-01512-1>. Kontakt: rbenedikter@orfaleacenter.ucsb.edu. Homepage: <http://europe.stanford.edu/people/rolandbenedikter/>

17 R. Benedikter und V. Nowotny: China. Situation und Perspektiven des neuen weltpolitischen Akteurs, Springer Berlin 2014; dies.: China's Road Ahead: Problems, Questions, Perspectives, Springer New York 2014.

18 Die Welt: Gerhard Schröder: „USA haben keinen Respekt vor Deutschland“. In: Die Welt online, 05.02.2014, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article124559422/USA-haben-keinen-Respekt-vor-Deutschland.html>.

Berichte

Europäische Kommission lehnt Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP & CETA ab

Charlie Rutz

Das Bündnis „Stop TTIP“ für eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen die internationalen Handels- und Investitionsverträge TTIP und CETA hat Widerstand gegen die Entscheidung der EU-Kommission angekündigt, die EBI nicht zuzulassen.

„Jetzt geht die Auseinandersetzung erst richtig los“, erklärt Michael Efler, Kontaktperson der Europäischen Bürgerinitiative für das mittlerweile knapp 230 Organisationen aus 21 EU-Ländern umfassende Bündnis. „Die Ablehnung der Bürgerinitiative reiht sich ein in die Strategie der EU-Kommission, Bevölkerung und Parlamente aus den Verhandlungen um CETA und TTIP rauszuhalten. Statt Bürgerinnen und Bürgern werden hier lieber Lobbyisten gehört.“

Die Ablehnung der EBI wird damit begründet, die Verhandlungsmandate zu TTIP und zum CETA seien keine Rechtsakte, sondern interne Vorbereitungsakte zwischen den EU-Organen und insofern durch eine Bürgerinitiative nicht anfechtbar. „Die Auffassung der Kommission, dass nur Rechtsakte mit Wirkung auf Dritte durch eine EBI berührt werden dürfen, ist offensichtlich rechtsfehlerhaft. Das Verhandlungsmandat der Kommission ist ein förmlicher Beschluss des Rats und ein Rechtsakt. Würde die Rechtsauffassung der Kommission Bestand haben, hieße das im Klartext: Der Bevölkerung sind bei der Entwicklung internationaler Verträge jeder Art die Hände gebunden – eine Auskunft, die ebenso erschreckend wie skandalös ist“, so Efler.

Darüber hinaus, so die Begründung, könne die Kommission keine negativen Ratifizierungsvorschläge machen und insofern der EBI-Forderung, die Verhandlungen über CETA und TTIP nicht abzuschließen, auch nicht nachkommen. „Im Umkehrschluss heißt das, internationale Verhandlungen der Kommission dürfen durch Bürgerinnen und Bürger nur bejubelt, nicht aber kritisiert werden“, fasst Efler zusammen. Das EBI-Bündnis, das vor Einreichung der Bürgerinitiative ein eigenes Rechtsgutachten eingeholt hatte, erwägt nun rechtliche Schritte und will den für diesen Fall vorgesehenen Weg vor dem Europäischen Gerichtshof prüfen.

„Statt auf die Bedenken angesichts einer bürgerfernen Handelspolitik einzugehen, verweigert die Kommission die Auseinandersetzung“, so Efler. „Das erscheint aus Bürgersicht als Akt der Willkür, verprellt engagierte Menschen in Europa und ist Wasser auf die Mühlen der Europa-Gegner.“ Vor diesem Hintergrund fordert das Bündnis auch den neuen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker auf, den undemokratischen Kurs der EU-Kommission zu korrigieren und sein Versprechen wahrzumachen, Demokratie und Transparenz herzustellen. „Offenbar fürchtet die Kommission diese EBI, die das Potential hat, zur bisher erfolgreichsten Bürgerinitiative zu werden“, sagt Efler. „Wenn die Brüsseler Bürokratie glaubt, die Bürgerproteste gegen die Investitionsverträge mit dieser Ablehnung stoppen zu können, hat sie sich geirrt. Wir werden es nicht auf sich beruhen lassen, dass die Kommission versucht, Bürgerinnen und Bürgern die Hände zu binden.“

Quelle: http://www.mehr-demokratie.de/eu-kommission_lehnt_ebi_ab.html (11.9.2014)

Die Vereinsrechtsform unter Beschuss – die FAZ greift ein heißes Thema auf

Der „Verein ist Frucht und Unterpfand des Rechtsstaates und der Demokratie. Er steht für einen offenen Sozialstaat. Jetzt ist er in Gefahr“. Die Frankfurter Allgemeine findet in der Ausgabe vom 4.09.2014 deutliche Worte für eine vom Kammergericht in Berlin nahezu leichtfertig verursachte Tendenz, Vereinen die Eintragungsfähigkeit abzuspüren, die Träger beispielsweise von Kindertagesstätten und Schulen sind. Nach Ansicht des KG Berlin wird eine Betätigung wie Erteilung von Unterricht, Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern insgesamt und vollständig zu einer wirtschaftlichen Betätigung, sobald dafür Entgelte erhoben werden. Würde diese (falsche) Annahme zutreffen, wären solche Vereine nicht rechtsfähig, könnten nicht in das Vereinsregister eingetragen werden und – soweit bereits eingetragen – von Amts wegen gelöscht werden. Der Auffassung des KG Berlin haben sich andere Registergerichte angeschlossen (in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein). Dagegen liegt ein Beschluss des OLG Schleswig-Holstein vom September 2012 vor, der Kita-Vereine grundsätzlich für eintragungsfähig hält. Die juristische Fachwelt und die sozialpolitischen Verbände haben sich nahezu einhellig gegen die Auffassung des KG Berlin gestellt.

Das schreibt Axel Janitzki, Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Erbrecht, am 08.09.2014 auf der Website der RA-Kanzlei Barkhoff und Partner.

Quelle: www.barkhoff-partner.de, dort findet man eine ausführlichere Darstellung.

Gedenken

Michael Rist

1927 bis 2014

Christoph Strawe

Am 17. August verstarb Michael Rist. Mit ihm hat ein Mensch den physischen Plan verlassen, der mit bewundernswerter Unermüdlichkeit für Anthroposophie und Dreigliederung tätig war.

Michael Rist war Diplom Bauingenieur, Dr. der Agrarwissenschaft und Dr. h.c. Wie der Schweizerische Konsumentenverband in einem Nachruf herausstellt, war er ein „Pionier der Bioszene. So war er einer von sieben Persönlichkeiten, die am 1. Februar 1973 die ‚Schweizerische Stiftung zur Förderung des biologischen Landbaus‘, die Trägerin des FiBL (Forschungsinstitut für biologischen Landbau, CS), gründeten. [...] Durch die Arbeit des FiBL erlangte der biologische Landbau erstmals weltweite Anerkennung und konnte so Verbreitung finden.“¹

Michael Rist war lange Jahre an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich tätig, wo er Aufbau und Entwicklung der Sektion Tierhaltung und Landwirtschaftliches Bauwesen an der Landwirtschaftlichen Abteilung verantwortete. Von seinem pionierhaften Engagement auf dem Feld der Tierhaltung zeugt auch sein 1989 im Verlag Freies Geistesleben Stuttgart erschienenes Buch „Artgemäße Nutztierhaltung – Ein Schritt zum wessengemäßen Umgang mit der Natur“. Auch zeigt sich bei seinem Wirken an der ETH seine Fähigkeit, geisteswissenschaftliche Forschungsergebnisse in anschlussfähiger Art und Weise in den aktuellen akademischen Dialog einzubringen. Vor über 20 Jahren gründete er die „Johannes-Kreyenbühl-Akademie zur Synergie von Natur- und Geisteswissenschaft“. Sie ist seither Trägerin und Mitträgerin von Veranstaltungen und Herausgeberin von Publikationen.

Fast fünf Jahrzehnte war Michael Rist Präsident des „Konsumentenvereins Zürich zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaft“. Sein Wirken zielte dabei immer auf ein Doppeltes: die Aufklärung der Verbraucher über die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise und zugleich über eine neue „assoziative“ Art des Wirtschaftens. Dass dieser oft verkannte oder übersehene sozialökonomische Im-

puls R. Steiners heute nicht gänzlich in Vergessenheit geraten ist, ist auch mit sein Verdienst.

Michael Rist gehörte zum Kreis um Herbert Witzmann (+ 1988), von dessen Forschungen auf sozialwissenschaftlichem und erkenntniswissenschaftlichem Feld er für seine eigene Arbeit viele Anregungen erfahren hat. Rist hatte mich einmal zu der sog. Weltlage-Tagung des Witzmann-Kreises in Dornach eingeladen, wo ich zur Gorbatschows Perestrojka vortragen durfte. Im Anschluss machte er mich mit Witzmann bekannt. Auch Rist selber war nicht nur Forscher, sondern an vielen Orten seminaristisch und durch Vorträge Lehrender, der vielen Menschen zur Begegnung mit Anthroposophie und Dreigliederung verholfen hat.

Seit 1988 waren wir durch das Projekt der Anthroposophischen Hochschulwochen verbunden, bei deren Vorbereitung ich ihn kennengelernt habe. Sie fanden in Stuttgart, Kassel, Dornach und Wetzikon statt. Die Sommeruniversität in Wetzikon war die Frucht seiner Initiative und seiner unerschütterlichen Durchhaltekraft. Er wirkte jedoch auch an Kursen und Symposien im Rahmen der Stuttgarter Veranstaltung mit.

Vor allem im gemeinsamen Engagement für soziale Dreigliederung und assoziative Wirtschaft sind wir uns immer wieder begegnet. Den Lesern der „Sozialimpulse“ ist Michael Rist durch eine Vielzahl von Beiträgen bekannt, die aus seinem Ansatz der Konsumentenbildung erwachsen waren und die er deshalb immer mit „Michael Rist, Johannes-Kreyenbühl-Akademie in Zusammenarbeit mit dem Konsumentenverein Zürich“ zeichnete. In diesen Betrachtungen von Zeitphänomenen, die immer konzentriert auf den Kern der Sache zielten, erwies er sich als Meister der Kürze, in der bekanntlich die Würze liegt. Hinzu kamen größere Aufsätze, z. B. zum alternden Geld und zur Einkommensfrage. Wir sind dankbar für alles, was er für die Zeitschrift getan hat.

In seiner Bescheidenheit und Gradlinigkeit, in der Unermüdlichkeit seines Engagements, in der Treue und selbstlosen Hingabe gegenüber den vielen Aufgaben, die er sich gestellt hatte, in der schlichten Menschlichkeit, mit der er anderen begegnete, musste man Michael Rist nicht nur hoch achten, sondern auch lieben. Wir bleiben mit ihm verbunden.

Nachtrag: Am 12. September verstarb Michael Rists Frau und aktive Mitstreiterin Rosemarie Rist-Engelmann. Wir schließen sie in unser Gedenken mit ein. ■

¹ http://www.konsumentenverband.ch/news/news_detail.php?recordID=63

Termine

11. Oktober* 2014: Europaweiter, dezentraler Aktionstag gegen TTIP, CETA, TISA und die Freihandelsagenda

Zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und Basisinitiativen aus ganz Europa rufen zu einem Aktionstag auf, um die laufenden Verhandlungen über TTIP, CETA und andere Freihandelsverträge zu stoppen und eine alternative Handelspolitik voranzubringen, die Menschenrechte, Demokratie und Umwelt an die erste Stelle setzt.

TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership – zwischen USA und EU) und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement – zwischen Kanada und EU) sind die prominentesten Beispiele dafür, wie Handels- und Investitionspolitik undemokratisch und im alleinigen Interesse großer Konzerne verhandelt wird. Die Verhandlungen werden im Geheimen geführt, ohne Information für die kritische Öffentlichkeit, während Unternehmenslobbyisten zunehmend Einfluss eingeräumt wird. Der Aktionstag wird unseren Widerspruch in den Straßen von Europa öffentlich sichtbar machen. Wir werden die Debatte über diese Politik in die Öffentlichkeit tragen, von der die EU-Kommission und die europäischen Regierungen sie fernhalten wollen. Und wir werden uns für eine alternative Handelspolitik einsetzen.

Wir sind solidarisch verbunden mit BürgerInnen und Gruppen in aller Welt, die unsere Sorge um Umwelt, Demokratie, Menschenrechte und soziale Rechte teilen. Der Einsatz, mit dem wir BürgerInnen aus Europa, Kanada und den USA unsere Stimmen hörbar machen, wird TTIP und CETA stoppen. Wir rufen Organisationen, Einzelpersonen und Bündnisse zu dezentralen, selbstorganisierten Aktionen überall in Europa auf. Wir begrüßen die Vielfalt von Taktiken und Solidaritätsaktionen auf der ganzen Welt, die dabei helfen, Menschen vor Ort zu informieren, zu motivieren und zu mobilisieren.

Quelle: <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/home/detailansicht/datum/2014/08//11-oktober-europaweit/>

* Gruppen sind herzlich eingeladen, einen anderen Wochentag zu wählen, wenn er für ihre lokale Kampagne geeigneter erscheint.

Geld?! Vom Geist zum Geld – vom Geld zum Geist

Werkstatttage 2014 an der Rudolf-Steiner
Schule Ismaning, vom 10. bis 11. Oktober

Programm: Freitagabend 20.00: Das Geld und die menschliche Seele (Vortrag Alexander Schwedeler) | Samstag: Bildbetrachtung (Georg Schumann), Begegnungscafé, Vortrag: Der Geldbegriff R. Steiners und die Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus (Stephan Eisenhut), Eurythmie (Wolfgang Büscher), drei Werkstätten: Geld im Geistesleben (Christian Gelleri), Geld im Wirtschaftsleben (Alexander Schwedeler), Geld im Rechtsleben (Stephan Eisenhut); Begegnungscafé, Plenum

Veranstaltungsort: R. Steiner Schule Ismaning, Dorfstr. 77, 85737 Ismaning. Bis auf den Freitagabendvortrag Anmeldung erforderlich. Teilnahmegebühr 65,- € (30,- € ermäßigt, 80,- € Förderbeitrag)

Veranstaltungen im Forum 3 Stuttgart

Vorträge

Thomas Mayer: Vollgeld – unser Weg aus der Finanzkrise. Montag, 6. Oktober, 19.30

Hans-Bernd Neumann: Geld – Zerrbild der ersten globalen Religion? Montag, 20. Oktober, 19.30

Gerd Weidenhausen: Die Ukraine und die Wiederkehr der Geopolitik. Samstag, 8. November, 19.30

Gabriela Reinwald: Willst Du recht haben oder Zukunft gestalten? Freitag, 14. November, 19.30

Jeweils € 7,- /Rentner 5,- erm. 4,- /bis 21 J. 2,-

Regelmäßiger Kurs „Was sind die Kernpunkte der sozialen Frage heute?“

Montags 19.30, mit Ingrid Lotze. Ab 20. Oktober, 14-täglich, 5 Abende

Anhand des gleichnamigen Buches von Rudolf Steiner wollen wir uns mit den ungelösten wirtschaftlichen sozialen und kulturellen Problemen unserer Zeit auseinandersetzen. Mit Hilfe der von R. Steiner aufgezeigten sozialen Gesetzmäßigkeiten können die Ursachen von Fehlentwicklungen wie z. B. die Finanz- und Schuldenkrise erkannt und Lösungsansätze entwickelt werden. Ziel ist es, die TeilnehmerInnen zu befähigen, fruchtbar und hilfreich in das jeweilige soziale Geschehen in ihrem Umfeld einzugreifen.

Fortlaufender Kurs, Neueinstieg möglich. Kosten: 50,-/erm. 35,-, SchülerInnen 25,-. **Ort:** Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart, 0711 - 4400 749 77, www.forum3.de, kursbuero@forum3.de

Zukunft gestalten - Intensivwoche, 11. bis 16. Januar 2015

Die Sektion für Landwirtschaft führt mit dieser Veranstaltung zum vierten Mal eine Intensivwoche „Zukunft gestalten“ am Goetheanum in Dornach/Schweiz durch. Die Intensivwoche ist ein Angebot für Menschen, die in der biologischen oder der biodynamischen Landwirtschaft aktiv sind und einen neuen kreativen Schritt in ihrem Hof, ihrer Organisation oder ihrem Unternehmen einleiten wollen. Die Intensivwoche basiert auf dem U-Prozess von Claus-Otto Scharmer und arbeitet hauptsächlich mit dialogischen Methoden. Jeder Teilnehmer hat die Gelegenheit, sich mit einer eigenen Frage oder einem eigenen Projekt intensiv auseinanderzusetzen. Dabei wird die Methode des Gestaltens aus der Zukunft erlernt und es werden auch konkrete Lösungen für eine aktuelle Situation erarbeitet. Anthroposophisch vertiefte inhaltliche Beiträge zur Methode und zu wichtigen Zeitfragen impulsieren die Arbeit. Zum ersten Mal wird die Intensivwoche zweisprachig angeboten. Arbeitssprachen sind Deutsch und Englisch. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, um eine intensive Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Anmeldung (bis spätestens 26.12.2014): Sektion für Landwirtschaft am Goetheanum, Tel./Fax: +41 61 706 42 12 / 15, sektion.landwirtschaft@goetheanum.ch. Flyer und Programm siehe <http://www.sektion-landwirtschaft.org/Intensivwoche-2015.6703.0.html>

Das Ich zwischen Täuschung, Selbstbetrug und Wahrheit

Jan Hus und seine Bedeutung in unserer Zeit

**Tagung anlässlich des Konziljubiläums
Konstanz, 2.10. bis 5.10.2014, Kulturzentrum
am Münster, Konstanz am Bodensee**

Als Johannes Hus in der Prager Bethlehemskapelle 1413 seine 6 Thesen an die Wand malen ließ, rief er alle Menschen auf, ab jetzt selbst zu verstehen und selbst zu entscheiden, was die Wahrheit sei. Das war in der Menschheitsgeschichte neu: Das Ich des Menschen kann ein eigenständiges Verhältnis

zur Wahrheit aufbauen. Dies markiert den Beginn eines neuen Zeitalters. Das Vermächtnis des Jan Hus lebte in der böhmischen Brüdergemeinde weiter. Die „Bewegung für religiöse Erneuerung“ knüpft im zwanzigsten Jahrhundert daran an. In jeder Lebenssituation ist heute der Einzelne aufgerufen, seine eigene Entscheidung zu treffen.

Die Tagung möchte die Aufgabe des Einzelnen und die Aufgabe des Christentums in unserer Zeit beleuchten und vertiefen. Sie will einen Beitrag leisten zur Aufarbeitung der menschheitsgeschichtlichen Bedeutung des Konstanzer Konzils vor 600 Jahren – durch Vorträge, Gesprächsgruppen und Begegnungen. Ein Münsterkonzert, künstlerische Beiträge sowie Stadtführungen runden die Tagung in Konstanz ab.

Mitwirkende: Michael Debus, Carola Gerhard, Anežka Janátová, Hans Bernd Neumann u.a.

Information und Anmeldung: Die Christengemeinschaft, Hansegartenstraße 15, 78464 Konstanz, Tel. +49 7531 690922, janhustagung@t-online.de, www.christengemeinschaft.org

„Am Zeitgeschehen erwachen, an Konflikten Friedensfähigkeit entwickeln“

**Vortragsreihe zum Jahr 2014
in der Stadthalle Braunschweig
Anthroposophische Gesellschaft
Zweig Braunschweig**

Mittwoch, 8. Oktober, 20.00: Prof. Dr. Albert Schmelzer, Alanus Hochschule und Institut für Waldorfpädagogik, Inklusion und Interkulturalität, Mannheim: „Rudolf Steiners Einsatz für Freiheit, Partizipation und Solidarität. Die Dreigliederungsbewegung 1919“

Mittwoch, 22. Oktober, 20.00: Ralf Gleide, D. N. Dunlop Institut für anthroposophische Erwachsenenbildung, Heidelberg: „Schicksalsbildend werden. Die menschliche Begegnung als gesellschaftsverändernde Kraft“

Sonntag, 9. November, 20.00: Christine Gruwez, Iranistin, Waldorfpädagogin und Seminarleiterin, Antwerpen: „Der Frieden lebt als Auferstehung aus der Ohnmacht“

Mittwoch, 12. November, 20.00: Hartwig Schiller, Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland, Stuttgart: „Erster Weltkrieg – Ursachen und Folgen im Lichte der zeitgeschichtlichen Betrachtungen Rudolf Steiners“

Mittwoch, 19. November, 20.00: Paul Mackay, Leiter der Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum, Dornach: „Wie kann die seelische Not der Gegenwart überwunden werden? Zum Sozialimpuls Rudolf Steiners“

Samstag, 22. November, 18.00 bis 19.30 und 20.00 bis 21.30: Professor Dr. Dr. h.c. Friedrich Glasl, Salzburg: „Ohne Verzeihung und Versöhnung gibt es keinen Frieden!“

Das geistig-kulturelle Leben in Zeiten der Geldherrschaft – Wege der Emanzipation

Weihnachtstagung, Achberg, 27. Dezember 2014 bis 6. Januar 2015

Mit Tagungs-Beiträgen von Christoph Klipstein, Gerhard Meister, Herbert Schliffka, Gerhard Schuster, und angefragten Gästen (s.u.)

Wie kann die Ohnmacht des Geisteslebens überwunden werden, um zu selbstbestimmten Verhältnissen im Bildungswesen, in der Wissenschaft oder im Bereich der Information zu kommen? Die Aufgabe: Der Macht und Herrschaft des Geldes wirksame Ideen und Impulse entgegenzusetzen! Akzeptieren wir in den weltweit vom Geld beherrschten Verhältnissen, die durch sie maßgeblich mitverursachte Ohnmacht des geistig-kulturellen Lebens oder wollen wir versuchen, Wege zu finden, die uns von den Imperativen der herrschenden Logik befreien? Die Aufgabe eines gemeinsamen Wollens zu ergreifen, um in konkreten Projekten mögliche Wege zur Befreiung des Geistes- und Kulturlebens zu finden, ist eine große Herausforderung in der Schwellenzeit vom 20. zum 21. Jahrhundert.

Programmrahmen (detailliertes Programm in Vorbereitung): 9.00 – 9.45 Gemeinsame Eurythmie mit Monika Klipstein. 10.00 – 13.00 Vormittagsarbeit. 16.00 – 18.00: 1. Arbeitsblock mit vorbereiteten Beiträgen und Gespräch. 20.00: 2. Arbeitsblock mit vorbereiteten Beiträgen und Gespräch.

Anmeldung: <http://www.humboldt-haus.info/anmeldeformular.php5>. Information: Internationales Kulturzentrum bzw. Humboldt Haus Achberg, Panoramastraße 30, 88147 Achberg (bei Lindau am Bodensee). Tel.: +49 8380 335, Mail: info@humboldt-haus.de. <http://www.kulturzentrum-achberg.de/tagung/weihnachten-2014-15>

Kosten inklusive Tagungsgebühr und Vollpension pro Tag bzw. Übernachtung Einzelzimmer: € 60,- | Doppelzimmer: € 50,- | Mehrbettenraum: € 40,- | Zelt: € 35,- Nur Vollpension ohne Übernachtung: € 24,- Bei Buchung ohne Unterkunft oder Verpflegung Tagungspauschale: € 10,-

Literatur

Christoph Strawe: Konsumenten – Auftraggeber der Wirtschaft

Christoph Strawe: Konsumenten – Auftraggeber der Wirtschaft, Konsumenten Verband, Zürich 2014, ISBN 978-3-9524237-1-4

Im Rahmen seiner Konsumentenbildungs-Projekte gibt der Schweizerische Konsumenten Verband Bildungshefte zur Weiterbildung von Konsumentinnen und Konsumenten heraus. Nachdem das erste Bildungsheft sich mit den „Grundfragen der Ernährung“ befasste, zeigt das vor wenigen Monaten neu erschienene zweite Heft auf, dass „Konsumenten Auftraggeber der Wirtschaft“ sind.

Es handelt sich um die überarbeitete Version eines Referats, das C. Strawe zu diesem Thema am zweiten Konsumenten-Kongress im September 2010 in Zürich gehalten hat. Strawe zeigt auf, wie der Konsument heute langsam erwacht, dass er eben nicht nur Endverbraucher ist, sondern mit dem Kauf auch Auftraggeber der Wirtschaft. So erkennen wir uns als Konsumenten plötzlich in der Rolle des Anstifters in der Ökonomie – ein Aufwachbewusstsein, das sich zur wirtschaftlichen Mitverantwortlichkeit Wirtschaft steigert.

„Dem Konsumenten“, so Strawe, „der ständig mit neuen Angeboten konfrontiert wird, droht das Empfinden dafür verloren zu gehen, dass im Grunde er selbst mit der Sogwirkung seiner Bedürfnisse es ist bzw. sein sollte, der die Produktion hervorruft. Dieser Saugstrom der Bedürfnisse ist also eigentlich dasjenige, was die Wirtschaft in Gang bringt.“ Doch heute wird durch das Marketing „die Sogwirkung überlagert durch Druckwirkungen. Dadurch erlebt sich der Konsument zu wenig als Auftraggeber der Wirtschaft. Er steht vor vollen Regalen und muss scheinbar nur zugreifen. Mit allem, was erst dazu geführt hat, dass die Ware ins Regal kam, so denkt er dann vielfach, hat er nichts mehr zu tun, sondern er wählt nur souverän unter den fertigen Angeboten aus.“

Mit dem Bildungsheft will der Konsumenten Verband das Bewusstsein der Konsumentinnen und Konsumenten schärfen und einen aktiven Beitrag zur Überwindung der heutigen Finanz- und Wirtschaftskrise setzen. Die Konsumenten können mit ihren bewussten Taten den nachhaltigen Wirtschaftswandel herbeiführen. Mit jedem Kauf geben wir den Auftrag, das

gleiche Produkt wieder herzustellen oder die gleiche Dienstleistung weiter anzubieten.

Quelle: www.konsumentenverband.ch/bildung/konsumentensicht.php. Konsumentenverband – Verband Schweizerischer Verband der Konsumentenvereine zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise und der assoziativen Wirtschaftsordnung. Adresse: Konsumenten Verband, Gentenwisstrasse 15, CH 8332 Russikon, Tel. 044 955 07 42, Fax 044 955 07 51, E-Mail, info@konsumentenverband.ch, Internet info@konsumentenverband.ch. Das Bildungsheft kann unter der obigen Adresse zum Preis von SFr. 8,- bestellt werden.

Markus Osterrieder: Welt im Umbruch

Osterrieder, Markus: Welt im Umbruch. Nationalitätenfrage, Ordnungspläne und Rudolf Steiners Haltung im Ersten Weltkrieg, Verlag Freies Geistesleben Stuttgart 2014 (ISBN: 978-3-7725-2600-83), 1754 Seiten, 79,- €

Ausführliche Besprechung siehe S. 9 und 10

Thomas Mayer, Roman Huber: Vollgeld

Thomas Mayer / Roman Huber: Vollgeld – Das Geldsystem der Zukunft. Unser Weg aus der Finanzkrise. Tectum-Verlag, 2014, 322 Seiten, Klappenbroschur, 14,8 x 21 cm, ISBN 978-3-8288-3350-0, 18,95 € (D)/19,50 € (A)

Inhalt

Kapitel 1: Einstimmung | Kapitel 2: Wer regiert die Welt – wir oder das Geld? (Wie kam es zur jüngsten Finanzkrise? Die Euro-Krise) | Kapitel 3: Hauptprobleme des heutigen Geldsystems | Kapitel 4: Vollgeld könnte eingeführt werden, ohne dass wir es bemerken (Die wichtigsten Punkte der Vollgeld-Reform, Auswirkungen für Bankkunden, Vollgeld braucht Gewaltenteilung) | Kapitel 5: Die großen Vorteile des Vollgeldes (Wirkungen auf Staatsverschuldung, Euro-Krise, Kluft Arm-Reich, Wachstumsdruck und Wettbewerb) | Kapitel 6: Vollgeld in der Diskussion (Alternativen zum Vollgeld, Missverständnisse zum Vollgeld, welche Probleme löst Vollgeld nicht? Auswirkungen für Banken) | Kapitel 7: Der Traum wird Wirklichkeit | Anhang (Online-Ergänzungsbuch, Anmerkungen, Literatur)

In vielen Ländern wird Vollgeld bereits diskutiert, in der Schweiz ist Vollgeld sogar auf dem Weg zur Volksabstimmung.

Die Autoren

Thomas Mayer ist Bürgerrechtler, Buchautor und Kampagnenleiter der aktuellen Vollgeld-Initiative (Schweiz). 1988 gründete er Mehr Demokratie e.V. mit und setzt sich seither für Direkte Demokratie in Deutschland ein. Er war Beauftragter des erfolgreichen Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Bayern“, mit dem der Bürgerentscheid in den bayerischen Gemeinden und Städten eingeführt wurde.

Roman Huber ist Bürgerrechtler, Unternehmer und Trainer. Er ist seit 1996 im Vorstand von Mehr Demokratie e.V., ist Initiator der größten Verfassungsbeschwerde in der Geschichte der BRD zu den Eurorettungsschirmen.

Weitere Informationen: www.monetative.de | www.vollgeld.de | www.vollgeld-initiative.ch | www.vollgeld.ch

Quelle: Pressemitteilung des Tectum-Verlags vom 3. Sept. 2014

**Urgedanken und
praktische Aufgaben,
Einstiegspunkte und
Kontroversen:**

Offene Fragen sozialer Dreigliederung

**10. und 11. Oktober 2014
Forum 3, Gymnasiumstr. 21
70174 Stuttgart**

Öffentliches Werkstattgespräch

**Freitag, 10. Oktober 2014,
Beginn: 19.00**

**Entwicklungsnotwendigkeiten
und methodische Grundlagen
sozialer Dreigliederung**

Einleitende Referate: Prof. Dr. Christoph
Strawe | Udo Herrmannstorfer
Gespräch im Plenum. Moderation: Ulrich
Morgenthaler. Teilnahmebeitrag nach
Selbsteinschätzung (Richtsatz EUR 10,-)

Forschungskolloquium

**Samstag, 11. Oktober 2014,
Beginn: 9.00**

- I. 9.00 – 10.30:** Fragen zu Aktualität
und Charakter sozialer Dreigliederung
- II. 11.00 – 12.30:** Fragen zum
Verhältnis der drei Glieder des
sozialen Organismus und ihren Qualitäten
- III. 14.00 – 15.30:**
Von Urbildern zu konkreten Lösungen
- IV. 16.00 – 17.30:** Fragen zur
Umsetzung der sozialen Dreigliederung
- V. 17.30 – 18.30:** Fragen zum
Verhältnis menschlich-sozialer und
sozial-struktureller Entwicklung | Résumé

Teilnahme von Gästen:

Das Forschungskolloquium ist ein
Gespräch von Menschen, die sich für
Dreigliederung engagieren und sich bereits
intensiver mit dem Thema auseinander-
gesetzt haben. Interessierte Gäste sind
als Zuhörer willkommen und herzlich ein-
geladen. Wir erbitten in diesem Fall eine
Spende, die nach eigenem Vermögen
und Ermessen angesetzt werden kann.

Kontakt: Institut für soziale Gegenwarts-
fragen e.V. Stuttgart bzw. Initiative
Netzwerk Dreigliederung
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart,
Tel. (0711) 23 68 950
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de
Internet: www.sozialimpulse.de

25 Jahre Initiative Netzwerk

Arbeitstreffen 2014

**Samstag, 6. Dezember 2013,
Stuttgart
Ort: Freie Hochschule,
Gebäude Libanonstr. 3
70184 Stuttgart,
11.00 bis 18.00**

In diesem Jahr können wir auf ein Viertel-
jahrhundert Netzwerkarbeit zurückblicken
und in Weiterführung des Gesprächs über
offene Fragen sozialer Dreigliederung beim
Oktoberkolloquium uns über die Zeitlage,
die Perspektiven und die nächsten Aufga-
ben der Dreigliederungsarbeit austauschen.
Nicht zuletzt wird zu besprechen sein, wie
es mit der Initiative Netzwerk weitergeht.

Anmeldung: Initiative Netzwerk Dreigliede-
rung, Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart, Tel. 0711-
2368950, E-Mail netzwerk@sozialimpulse.de,
Internet www.sozialimpulse.de



Von der Philosophie der Freiheit zum
Nationalökonomischen Kurs

Die Zähmung des Geldes: Lebenswirklichkeit und Geldströme

Seminar, Fr, 7. bis So, 9. November 2014
Rudolf Steiner Haus, Hugelstr. 67, 60433 Frankfurt/M

„Die Verselbständigung des Geldzweckes hat schwerwiegende Folgen für die zukünftige Sozialentwicklung. Denn mit dem zunehmenden Interesse am Geld wird dasjenige an den Menschen und den realen Wirkungen sozialen Verhaltens völlig verdunkelt. Eine Werbeaussage „Mehr Geld durch Geld [...] macht die dahinterstehenden sozialen Vorgänge zur nicht mehr erwahmenswerten Nebensache. Im Maße des Verlustes der Sozialbindung wird Geld im Grunde zu Jetons in einem Spiel, das aber jeden Moment in Lebensernst umschlagen kann, da im Spiel wie im Leben das gleiche Geld verwendet wird. In dieser doppelten Gültigkeit liegt der Reiz des Spieles, aber auch seine Gefahr. Würden im Großen die Spieljetons ins soziale Leben zururckkehren wollen, zeigte sich sofort die reale Unerfüllbarkeit. Deshalb werden laufend neue Geldbindungsformen, sog. Geldanlagemoglichkeiten, entwickelt und angeboten, ‚auf den Markt geklatscht‘ – wie es der Leiter der Chicago Stock Exchange in einem Interview formulierte –, um die Illusion eines sozial bindungslos wuchernden Geldwertes aufrecht zu erhalten.“ (Udo Herrmannstorfer: Scheinmarktwirtschaft, 3. Aufl. Stuttgart 1997, im Kapitel über das Geldwesen)

Freitag, 7.11.2014

19.30 Öffnung des Tagungsburos

20.00 Bewusstseinsentwicklung und Geldwesen
(Vortrag Dr. Michael Ross, Aussprache)

Samstag, 8.11.2014

9.00 – 9.30 Improvisation
(mit Elzbieta Bednarska)

9.30 – 11.00 Geldpathologien:
Phänomene, Ursachen, Lösungsansätze
(Vortrag Prof. Dr. Harald Spehl, Aussprache)

11.30 – 13.00 Gesprachsarbeit

14.45 – 15.15 Improvisation
(mit Elzbieta Bednarska)

15.15 – 16.45 Die Zähmung des Geldes heute: Therapieansätze aus dem Nationalökonomischen Kurs R. Steiners
(Vortrag Udo Herrmannstorfer, Aussprache)

17.15 – 18.45 Geldschöpfung in öffentlicher Hand
(Vortrag Thomas Betz, mit Aussprache)

20.00 Steuerung der Geldströme
(Rolle der Banken, Monetative, Komplementargeld, assoziative Organbildung)
(Diskussion mit Josef Schnitzbauer [Teamleiter GLS-Filiale Frankfurt/M], Thomas Betz, Udo Herrmannstorfer und Harald Spehl, Moderation: Prof. Dr. Christoph Strawe)

Sonntag, 9.11.2014

9.00 – 12.30 Auf dem Weg zu einer organischen Geldordnung:

Improvisation (mit Elzbieta Bednarska)

Plenumsgesprach (Einleitung Udo Herrmannstorfer)

12.30 Ende

Informationen und Anmeldung über www.sozialimpulse.de bzw. Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart e.V., Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart.

Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 175,00 (ohne Unterbringung) + EUR 30,00 für die Gemeinschaftsverpflegung (inkl. Pausenverpflegung). Ermäßigungen sind im begründeten Einzelfall nach Rücksprache möglich. Ebenfalls möglich ist der Besuch von Einzelvortragen. Die Teilnahmegebühr möglichst im Voraus überweisen an das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, Kto.Nr. 1238 6000, GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67. Infos zu ubernachtungsmoglichkeiten und Anfahrtsbeschreibung unter http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/html/Anweg_Frankfurt.htm. Außerdem: Tourismus + Congress GmbH, Kaiserstr. 56, 60329 Frankfurt/Main, Tel. +49 (0) 69 21 23 88 00 / Fax: 21 23 78 80, E-Mail: info@infofrankfurt.de, www.infofrankfurt.de